ISSN: 1865-9632

3,50 Euro
(Ausland: 5,00 Euro)

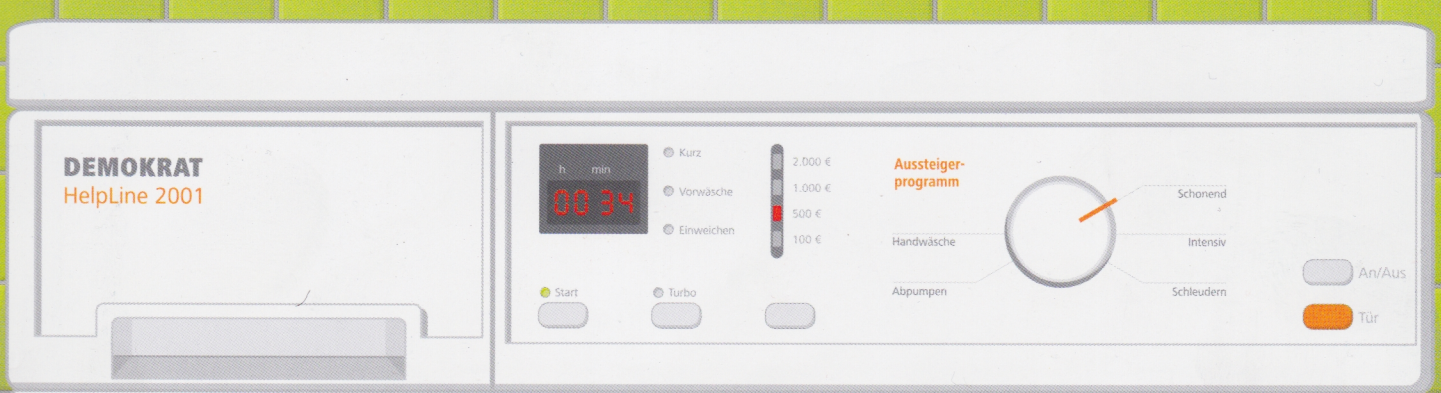
Lotta

Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen

#52
Sommer 2013
lotta-magazin.de

"Drinnen" oder "Draussen"?

Der Mythos Ausstieg aus der extremen Rechten



Außerdem in dieser Ausgabe: Die „Alternative für Deutschland" | Die „Identitäre Bewegung" in Deutschland | Der „Fordstreik" 1973 | Interview zur Keupstraße

Inhaltsverzeichnis

Gesellschaft

Intergeschlechtlichkeit / Intersex ..... Seite 4
Ein Ende der geschlechtszuweisenden Eingriffe im Säuglingsalter ist dringend nötig

Brüche im Establishment ..... Seite 7
Die „Alternative für Deutschland"

Schwerpunkt

„Drinnen" oder „draußen"? ..... Seite 11
Der Mythos Ausstieg aus der extremen Rechten

„Das Ding aus dem Sumpf"? ..... Seite 12
Trivialitäten und Komplexitäten von Distanzierungsprozessen

Ein Einsamer kehrt zurück ..... Seite 16
Geläuterte, Opfer und Rebellen. Der Mythos Ausstieg

Ausstieg und Gender ..... Seite 19
Eine gendersensible Betrachtung von Distanzierungsprozessen

Grundsätzlicher Zielkonflikt ..... Seite 21
Ausstiegshilfe vom Geheimdienst

Antifa als Ausstiegshelferin? ..... Seite 23
Die heikle Frage des Umgangs mit ausstiegswilligen Neonazis

Extreme Rechte

Nicht auf „demokratischem Wege" ..... Seite 26
Die „Freien Kräfte Oberberg"

Propaganda – Lüge – Aktivismus ..... Seite 28
Das Freie Netz Hessen zwischen Größenwahn und Jammerei

Landesverband Westpfalz? ..... Seite 32
Die NPD in RLP vor der Bundestagswahl

Bergab in neuer Besetzung? ..... Seite 34
Von „Hausverbot" zu „Kategorie C"

Nichts geahnt und gewusst? ..... Seite 36
Der NSU-Prozess in München hat begonnen

Die „Identitäre Bewegung" in Deutschland ..... Seite 38
Eine „neurechte" Jugendbewegung unter Führung rechtsintellektueller Netzwerke?

Unter freiem Himmel ..... Seite 41
Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Kurzmeldungen ..... Seite 43

Braunzone

„Botschafter der Aussöhnung"? ..... Seite 49
Die „Landsmannschaft Ostpreußen" in NRW stellt die Kriegsschuldfrage

International

Düstere Einsichten und Aussichten ..... Seite 52
Woraus schöpft die „Goldene Morgenröte" (Chrysi Avgi) ihre Stärke?

(Anti)Rassismus

„Das ist die nicht akzeptable Geschichte" ..... Seite 55
Interview mit Mitat Özdemir und Dr. Ayla Güler-Saied

Geschichte

„Wie lange sollen wir uns das gefallen lassen?!" ..... Seite 58
Zur Geschichte migrantischer Kämpfe in Deutschland – Der „Fordstreik" 1973

Justiz

Nazis raus? ..... Seite 62
Ausschluss von Neonazis aus Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

Rezension

Rezensionen ..... Seite 64

Von Heinz-Jürgen Voß

Intergeschlechtlichkeit / Intersex

Ein Ende der geschlechtszuweisenden Eingriffe im Säuglingsalter ist dringend nötig

Seit Jahren gibt es massive Proteste intergeschlechtlicher Menschen gegen die geschlechtszuweisenden medizinischen Eingriffe, die Säuglinge und Kleinkinder mit nicht-typischen Geschlechtsmerkmalen über sich ergehen lassen müssen. Diese Eingriffe sind medizinisch nicht notwendig. Lediglich in wenigen Fällen liegen tatsächlich die Gesundheit bedrohende Situationen (wie Salzverlust) vor, die eine medizinische Behandlung erfordern – aber selbst dann sind keine medizinischen Behandlungen erforderlich, die das Genital vereindeutigen.

Nachdem ein Ausschuss der *Vereinten Nationen* die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert hat, Menschenrechte für Intergeschlechtliche im Land herzustellen, hat die Bundesregierung endlich reagiert und zunächst den *Deutschen Ethikrat* mit einer Stellungnahme beauftragt – und mittlerweile weitere Initiativen ergriffen. Im Folgenden werden der bisherige gesellschaftliche Umgang mit intergeschlechtlichen Menschen in der Bundesrepublik skizziert, der durchaus problematisch ist, und die aktuellen Entwicklungen erläutert.

Begriffe und aktuelle medizinische Praxis

Intersex beziehungsweise *Intersexualität* bedeutet, dass die körperlichen Geschlechtsmerkmale eines Menschen nicht eindeutig als weiblich oder als männlich eingeordnet werden können. Ein Mensch befindet sich zwischen (*Inter-*) den zwei Geschlechtern (*-sex*). Lange Zeit und noch immer ist statt *Intersex* auch der Begriff *Hermaphrodit* gebräuchlich, dessen Definition offener ist. *Hermaphrodit* erlaubt gleichermaßen die beiden folgenden Definitionen, nämlich erstens, dass sich ein Mensch *zwischen* den zwei Geschlechtern „weiblich" und „männlich" befindet, und zweitens, dass ein Mensch *gleichzeitig „weiblich-und-*

männlich" ist. Aktuell fordern die Selbstorganisationen intergeschlechtlicher Menschen, von dem Begriff *Intersexualität* im Sprachgebrauch abzugehen und stattdessen *Intergeschlechtlichkeit* zu verwenden. Damit solle der Verwechslungsgefahr vorgebeugt werden, die sich im populären Sprachgebrauch ergebe. So könnte *Intersexualität* als eine Form sexuellen Begehrens missverstanden und damit der eigentliche Inhalt – physisches Geschlecht – vernebelt werden. Im Sinne der Definitionshoheit, die Selbstorganisationen zukommt, gilt es, dieser Forderung im emanzipatorischen Sprachgebrauch auf jeden Fall nachzukommen.

Seit den 1950er Jahren liegt ein „medizinisches" Behandlungsprogramm vor, mit dem Intergeschlechtliche im Regelfall bereits im Säuglings- oder frühen Kindesalter geschlechtlich vereindeutigt werden sollen. Dabei stehen insbesondere die Genitalien im Mittelpunkt. Vorausgesetzt wurde in den 1950er Jahren, dass ein Kind nur bei geschlechtlich eindeutigen Genitalien eine reguläre psychische Entwicklung als „Mädchen" oder aber als „Junge" durchlaufen könne; es sei nur dann in der Lage, eindeutig eine der gesellschaftlich existierenden Geschlechtsrollen anzunehmen. Schon wenn ein Mensch homosexuell war, wurde das (bis vor kurzem!) so interpretiert, dass ein Mensch keine eindeutige Geschlechtsrolle angenommen habe.

Von dieser Sicht ausgehend galt es in der Medizin als sinnvoll, geschlechtszuweisende operative Maßnahmen bereits in den ersten Lebensmonaten zu vollziehen und auch dann bereits hormonelle Interventionen einsetzen zu lassen. Möglichst bis zum 18. Lebensmonat sollten die wesentlichen chirurgischen Eingriffe vollzogen sein, da von diesem Zeitpunkt bis etwa zum 4. Lebensjahr das Kind sich geschlechtlich wahrnehme und am intensivsten eine eindeutige Geschlechtsrolle erlerne.

Die geschlechtszuweisenden Maßnahmen beschränkten und beschränken sich dabei allerdings nicht auf eine einmalige Operation. Vielmehr finden bei den meisten Intersexen mehrere chirurgische Eingriffe statt. In vielen Fällen wird es durch die Entfernung der Keimdrüsen (Hoden- und Eierstockgewebe) erforderlich, dass Intergeschlechtliche zeitlebens Hormone einnehmen. Meist wurde ein „weibliches Genital" hergestellt, weil es als einfacher galt, „ein Loch zu bohren", als „einen Pol aufzustellen". Weibliches Geschlecht herstellen bedeutete dabei aber auch, dass lange Zeit auf sexuelle Erregbarkeit keine Rücksicht genommen wurde. Als bedeutsam galt das „normale" Erscheinungsbild des Genitals, die Klitoris wurde oft vollständig entfernt. Eine neu angelegte Vagina sollte geweitet werden, damit sie nicht zuwächst. Auch das Weiten, das mit Dildo-ähnlichen Gegenständen oder einem Finger durch die Eltern geschehen konnte, sollte im frühen Kindesalter einsetzen. Aber auch wenn ein „männliches Genital" hergestellt wurde, ergaben sich oft Komplikationen, und die Behandlungen werden von den betroffen-gemachten Menschen kritisiert.

Die so behandelten Menschen beschreiben die Behandlungen meist als Gewalterfahrungen und traumatisierende Ereignisse. Neben den körperlichen Schmerzen beschreiben sie Verängstigungen, die sich bei ihnen und bei ihren Geschwistern dadurch ergaben, dass sie selbst oft ins Krankenhaus mussten – ihnen aber niemand mitteilte, warum das eigentlich notwendig war. Auch das Nicht-Informieren war in der Behandlung angelegt. So sollte vermieden werden, dass das Kind bei der Annahme einer eindeutigen Geschlechtsrolle verunsichert werden könnte. Auch die mittlerweile zahlreich vorliegenden medizinischen Untersuchungen der Behandlungsergebnisse und der Zufriedenheit der Behandelten stützen die Beschreibungen der intergeschlechtlichen Menschen. In seiner Stellungnahme hält der *Deutsche Ethikrat* fest: „Etliche Betroffene sind aufgrund der früher erfolgten medizinischen Eingriffe so geschädigt, dass sie nicht in der Lage sind, einer normalen Erwerbstätigkeit nachzugehen, oder sie sind infolge der Eingriffe schwer behindert."

Aktuelle Entwicklungen

Nachdem die Bundesregierung in einem Schnellschuss eine Änderung des Personenstandsgesetzes bezüglich Intergeschlechtlichkeit durchgesetzt hat, kommen nun auch weiterreichende Auseinandersetzungen in Gang. Die Bundesregierung hatte – mit ihrer Regierungsmehrheit im Bundestag – beschlossen, den Artikel 22 des Personenstandsgesetzes um die folgende Passage zu erweitern: „Kann das Kind weder dem weiblichen noch dem männlichen Geschlecht zugeordnet werden, so ist der Personenstand [...] ohne eine solche Angabe in das Geburtenregister einzutragen."

Diese Neuregelung wurde von den Verbänden intergeschlechtlicher Menschen sofort beanstandet. Sie kritisieren unter anderem, dass es sich nur um ein „Ablenkungsmanöver" handele, um ihren tatsächlich wichtigen Forderungen nicht nachkommen zu müssen. Die zentrale Forderung nach dem Ende der gewaltsamen und traumatisierenden geschlechtszuweisenden medizinischen Eingriffe werde nicht umgesetzt, die Medizin behalte die Oberhoheit im Diskurs über Intergeschlechtlichkeit. Zudem seien mit der Regelung problematische Auswirkungen wie Zwangsoutings intergeschlechtlicher Kinder verbunden, da bei Anmeldungen bei Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen stets das Ge-

schlecht des Kindes – „weiblich" oder „männlich" – angegeben werden müsse. Es seien somit weiterreichende Regelungen nötig.
Unterdessen hat der „UN-Sonderberichterstatter bzgl. Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Bestrafung" seine Kritik an den geschlechtszuweisenden Praktiken bei Intergeschlechtlichkeit erneuert. Die wiederholten Kritiken aus Gremien der UN hatten, nachdem intergeschlechtliche Menschen lange dafür gestritten hatten, überhaupt erst dazu geführt, dass die Bundesregierung handeln musste und den *Deutschen Ethikrat* mit einer Stellungnahme beauftragte. Der UN-Sonderberichterstatter **Juan E. Méndez** kritisiert in seinem Bericht vom Februar 2013 deutlich die normalisierenden medizinischen Behandlungspraktiken, die oft zu schweren Schädigungen der behandelten Personen führten. Dabei wendet er sich in eigenen kurzen Abschnitten explizit gegen die gewaltvollen und traumatisierenden Geschlechtszuweisungen bei intergeschlechtlichen Menschen. In einem weiteren Abschnitt kritisiert er ebenso klar die sich gegen Transgender richtenden sterilisierenden Eingriffe.
Diesen Kritiken trägt die Bundesregierung nach wie vor nicht Rechnung. Vielmehr finden in Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland noch immer die geschlechtszuweisenden Eingriffe statt – und auf diese Weise werden Menschen so stark geschädigt, dass sie meist lebenslang medizinischer Behandlung bedürfen. Das hat die Opposition im Deutschen Bundestag mittlerweile wahrgenommen. So brachten sowohl die Fraktion *Die.Linke* als auch die Fraktion *Bündnis 90 / Die Grünen* untereinander abgestimmte Anträge in den Bundestag ein, die neben weiteren wichtigen Punkten das Verbot der geschlechtszuweisenden Eingriffe fordern. In den Anträgen heißt es unter anderem: „Intersexuelle Menschen sollen als ein gleichberechtigter Teil unserer vielfältigen Gesellschaft anerkannt und dürfen in ihren Menschen- und Bürgerrechten nicht länger eingeschränkt werden. [...] Der Deutsche Bundestag sieht und erkennt erlittenes Unrecht und Leid, das intersexuellen Menschen widerfahren ist, an und bedauert dies zutiefst. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher dazu auf, sicherzustellen, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen vor deren Einwilligungsfähigkeit grundsätzlich verboten werden."
Es bleibt zu hoffen, dass so schnell wie möglich eine akzeptable Regelung erzielt werden kann, die den Forderungen intergeschlechtlicher Menschen und den Kritiken der *Vereinten Nationen* an den Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland Rechnung trägt. Dafür gilt es, weiterhin Aufklärungsarbeit zu leisten und Menschen in unserem Umfeld für die Forderungen intergeschlechtlicher Menschen zu sensibilisieren.

Weitere Informationen

Informationsseiten von Selbstorganisationen intergeschlechtlicher Menschen:

www.intersexualite.de
www.intersexuelle-menschen.net
www.zwischengeschlecht.org

Empfehlenswerte Dokumentationen:

Das verordnete Geschlecht.
www.das-verordnete-geschlecht.de
Die Katze wäre eher ein Vogel.
www.die-katze-ist-kein-vogel.de

Weiterlesen

Völling, Christiane (2010): „Ich war Mann und Frau": Mein Leben als Intersexuelle. Köln: Fackelträger-Verlag.
Klöppel, Ulrike (2010): XX0XY ungelöst: Hermaphroditismus, Sex und Gender in der deutschen Medizin. Eine historische Studie zur Intersexualität. Bielefeld: Transcript Verlag.
Voß, Heinz-Jürgen (2012): Intersexualität – Intersex: Eine Intervention. Münster: Unrast-Verlag.

Foto: Ch. Ditsch / version-foto.de

Parteichef Bernd Lucke auf dem Gründungsparteitag in Berlin

Von Jörg Kronauer

Brüche im Establishment

Die „Alternative für Deutschland"

Die „Alternative für Deutschland" (AfD) wird rechtsaußen heiß diskutiert. Sie entstammt demjenigen Teil des deutschen Establishments, der gegen die Krisenpolitik der Bundesregierung rebelliert, und will den Euro in seiner heutigen Form abschaffen. Von der Naziszene grenzt sie sich ab, zielt aber auf nichtnazistische Milieus rechts von Union und FDP.

Spekuliert die *Alternative für Deutschland* (AfD) bei der Bundestagswahl auch auf Stimmen aus der extremen Rechten? Die Frage brennt dem *Handelsblatt*, das spürbares Interesse an der Partei hat, unter den Nägeln. Parteichef **Bernd Lucke** räumt das umstandslos ein. „Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD", erklärt er gegenüber der Zeitung: Es bestehe heutzutage nun einmal die Gefahr, dass „enttäuschte Wähler" ihr Kreuzchen bei den „Extremisten" machten. Da müsse man doch wirklich froh sein, dass es die AfD gebe, die die Fähigkeit besitze, solche Menschen anzusprechen. Aufnehmen aber werde man einstige NPD- oder DVU-Mitglieder keinesfalls. Bei Ex-*Republikanern*, die in der AfD mitarbeiten wollten, sei das anders; allerdings prüfe man auch bei ihnen jeden „Einzelfall" im „persönlichen Gespräch". Stimmvieh? Ja! Parteifunktionär? Das kommt drauf an. Das ist die Linie, die die AfD-Führung für den Umgang mit Rechtsaußen festgezurrt hat.

Die VWL-Elite auf den Barrikaden

Ihren Ursprung hat die AfD im traditionellen bürgerlichen Establishment der Bundesrepublik – da, wo bislang parteipolitisch gesehen die Union und die FDP meist unangefochten dominierten. Nun setzt die Euro-Krise das traditionelle bürgerliche Establishment seit dem Jahr 2010 einer Zerreißprobe aus, die es in sich hat. Da konstruiert einerseits die Bundesregierung Hilfspakete und Rettungsschirme, weil die Einheitswährung der deutschen Exportwirtschaft nützt und deshalb gestützt werden soll.

Foto: Björn Kietzmann

Gleichzeitig kommt eine wachsende Fraktion unter den Eliten zu dem Schluss, dass dies zu gefährlich ist und daher deutschen Interessen massiv widerspricht. So viel steht mit den Billionensummen der Rettungsschirme auf dem Spiel, dass der Streit darum im Establishment heftig eskaliert. Seit etwa Mitte 2010 hat er diverse neue Organisationen hervorgebracht, in denen sich der eurorettungskritische Flügel der deutschen Eliten formiert.

Da ist zum einen ein beträchtlicher Teil des volkswirtschaftlichen Fachpersonals der Republik. Für ihn steht exemplarisch der Hamburger VWL-Professor Bernd Lucke. Lucke, der mehr als 30 Jahre lang der CDU angehörte, begann im Sommer 2010 verärgert aufzumucken. Aus seiner neoliberalen Perspektive ist die Rettungsschirm-Bastelei der Bundesregierung haltloses Draufgängertum, das es so rasch wie möglich zu stoppen gilt.

Lucke hat 2010 ein *Plenum der Ökonomen* gegründet, das mittlerweile mehr als 300 ÖkonomInnen umfasst. Sein Ziel war es, der Regierung mit professoralem Sachverstand beratend unter die Arme zu greifen. Als Lucke & Co. im Lauf der Zeit feststellen mussten, dass die Regierung auf ihr Spezialistentum pfiff, da gingen einige von ihnen einen Schritt weiter und gründeten Anfang 2012 eine etwas breitere Pressure Group: das *Bündnis Bürgerwille*, dem nun auch Politikerinnen und Politiker aus den großen Parteien beitraten. Einer der zwei Sprecher des Bündnisses war niemand anderes als der Initiator des *Plenums der Ökonomen*, Bernd Lucke.

Der Mittelstand muckt auf

Im selben Zeitraum wuchs der Unmut in einem weiteren Segment des bürgerlichen Establishments: im Mittelstand. Zahlreiche VertreterInnen kleinerer und mittlerer Unternehmen sehen ihre Interessen durch die Euro-Rettungspolitik massiv bedroht; sie befürchten etwa eine starke Inflation. Von Beginn an opponierte die Mittelstands-Lobby in den Unionsparteien und der FDP gegen die Euro-Krisenprogramme. Ihr schlossen sich schon bald die öffentlich kaum bekannten Mittelstands-Verbände an – *Die Familienunternehmer* etwa, ein Zusammenschluss, der gut 5.000 Firmen mit einem Jahresumsatz von mindestens einer Million Euro vertritt und dem auch einflussreiche Unternehmen wie **Oetker** angehören. Der Verband protestierte laut und entschlossen gegen die Rettungspolitik und schloss sich im Mai 2012 mit – unter anderem – Luckes *Bündnis Bürgerwille* zur *Allianz gegen den ESM* zusammen. Auch ihr blieb jedoch ein durchschlagender Erfolg versagt.

Die Wahlen im Blick

Das war der Zeitpunkt, wo einige aus dem traditionellen bürgerlichen Establishment beschlossen, für ihren Kampf künftig auch Wahlen zu nutzen. Bernd Lucke und der CDU-Mittelstandspolitiker **Gerd Robanus** gründeten im September 2012 die *Wahlalternative 2013*, die darauf abzielte, in irgendeiner Form zur nächsten Bundestagswahl anzutreten. Da Hochschulpersonal und mittelständische Unternehmen aber natürlich nicht ausreichen, um genügend WählerInnen zu gewinnen, kamen auch prominente, gut vernetzte Konservative mit ins Boot – **Konrad Adam** etwa, der mehr als 20 Jahre lang in der Feuilleton-Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gewirkt und seine berufliche Karriere als politischer Chefkorrespondent der *Welt* in Berlin beschlossen hatte. Viele nicht parteigebundene Konservative kennen und schätzen ihn. Einen Testlauf absolvierte die *Wahlalternative 2013* in Niedersachsen, wo sie gemeinsam mit den *Freien Wählern* am 20. Januar 2013 zur

Landtagswahl antrat. Das Bündnis scheiterte mit nur 1,1 Prozent. Lucke & Co. zogen daraus die Konsequenzen und gründeten am 6. Februar 2013 die AfD, also eine eigene Partei. Diese steht nicht nur in Konkurrenz zu den *Freien Wählern*, sondern bietet zudem ein Auffanglager für deren rechten Rand: Mit **Wolfgang Hübner**, ehemals Mitglied der *Freien Wähler* im Frankfurter Stadtrat, findet sich nun ein Rechtsausleger im hessischen Landesvorstand der AfD, der sein über die *Freien Wähler Frankfurt* errungenes Ratsmandat mitbrachte.
Kernprogrammpunkt der AfD ist die „geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes". Ob ein Nord-Euro oder die D-Mark folgen sollen, darauf legt die Partei sich noch nicht fest. Sie will die Verlagerung weiterer Kompetenzen an die EU definitiv stoppen, setzt aber ungebrochen auf den unternehmensfreundlichen „gemeinsamen Binnenmarkt". Die Bildung will sie verbessern – eine alte Forderung der Wirtschaft, die einen schlimmen „Fachkräfte-Mangel" beklagt; und sie will – zur Rettung der Renten und der Staatskassen –, dass deutsche Frauen wieder mehr Kinder, also künftige Arbeitskräfte gebären. Das war's im Wesentlichen. Die Programmatik der AfD ist außergewöhnlich dünn. Das hat den Vorteil, dass die Partei in allen politischen Spektren fischen kann, die den Euro – aus welchen Gründen auch immer – nicht so recht mögen. Eine zentrale Zielgruppe ist von Anfang an das Milieu gewesen, dem sie selbst entstammt – bekennende Neoliberale und der Mittelstand. Der Versuch, die Mittelstands-Lobby aus Union und FDP zum Überlaufen zu bewegen, muss inzwischen als gescheitert gelten: Abgesehen von einigen Stadtrats- und einem Landtagsabgeordneten in Hessen hat es fast nur auf den unteren Rängen Zustrom aus den großen Parteien gegeben. Für die AfD bedeutet das, dass sie in anderen Milieus verstärkt um Zustimmung werben muss. Hier kommen Personen wie Konrad Adam, einer der Sprecher der Partei, ins Spiel.

Muttis Ödnis

Adam hat Ende August 2012 einen Artikel publiziert, der sich unter dem Titel „Muttis Ödnis" über „die Einsamkeit der Konservativen in der Union" beklagte. Kurz darauf – welch ein Zufall! – nahm Adam an der Gründung der *Wahlalternative 2013* teil. Das Publikum, an das er sich mit seinem Artikel gewandt hatte, das waren die Leserinnen und Leser der *Jungen Freiheit*. „Konservative haben es schwer", seufzte Adam in dem Blatt, „und nirgends schwerer als in Deutschland, wo man nur 'konservativ' mit 'rechts' und 'rechts' mit 'faschistisch' gleichsetzen muß, um einen, der sich so nennt oder nennen läßt, im Handumdrehen zu erledigen." Derlei Artikel aus Adams Feder finden sich immer wieder in der *Jungen Freiheit*, und er ist nicht der Einzige aus der AfD, der das Rechtsaußen-Blatt als Sprachrohr nutzt. AfD-Unterstützer **Bruno Bandulet** etwa, der sich „Finanzexperte" nennt, das Periodikum *Gold & Money Intelligence* herausgibt und seine Bücher beim *Kopp-Verlag* veröffentlicht, publiziert dort regelmäßig. AfD-Unterstützer **Wilhelm Hankel** tut das ebenfalls.

Experte für die NPD

Bandulet gehört einer Riege von Aktivisten an, die bereits in den 1990er Jahren gegen den Euro kämpften. 1992 hatte sich der FDP-Politiker **Manfred Brunner**, der damals als Kabinettschef von EG-Binnenmarktkommissar **Martin Bangemann** (FDP) mit den Planungen für den Euro befasst war, mit seinem Chef überworfen, weil er den Euro für schädlich hielt. Kaum entlassen, machte er sich an die Bündelung eurokritischer Kräfte, die er Anfang 1994 im *Bund freier Bürger* (BFB) zusammenführte. Der BFB suchte gezielt alles einzusammeln, was damals gegen den Euro in Stellung zu bringen war: Nationalliberale etwa, frustrierte REPs, Rechtskonservative und Ähnliches mehr. Die Partei scheiterte bei den Europawahlen im Juni 1994 mit 1,1 Prozent und konnte sich von dieser Niederlage nie so richtig erholen; 2000 löste sie sich schließlich auf. Einige, die damals dabei waren, sind heute bei der AfD aktiv – als Mitglieder oder als Unterstützer. **Joachim Starbatty** ist einer von ihnen, ein emeritierter VWL-Professor aus Tübingen, der heute den wissenschaftlichen Beirat der AfD leitet. Neben Bandulet wäre vor allem noch der emeritierte Jura-Professor **Karl Albrecht Schachtschneider** zu erwähnen, ein AfD-Unterstützer. Schachtschneider ist in den unterschiedlichsten Strukturen der äußersten Rechten aktiv. Er schreibt Artikel für die *Junge Freiheit*, tritt als Referent bei Rechtsaußen-Burschenschaften auf, war auch schon bei der FPÖ zu Gast und hat vor kurzem bei FPÖ-TV verkündet, die Bundesrepublik benötige eigentlich auch eine „freiheitliche" Partei. Legendär ist mittlerweile Schachtschneiders Auftritt als „Experte" im Sächsischen Landtag: Dorthin eingeladen hatte ihn die NPD-Fraktion.

Am rechten Rand

Zur NPD hält die AfD ganz bewusst und strikt Distanz. Auch wenn Parteichef Lucke durchaus geneigt ist, ihr WählerInnen abspenstig zu machen – aus ihren Strukturen hält die AfD Neonazi-Aktivistinnen und -Aktivisten fern. Abgesehen davon, dass die neoliberale Ökonomenriege mit ihnen wohl ohnehin nicht viel anfangen könnte: Der politische Rufschaden wäre irreparabel, ließe die AfD sich auf Neonazis ein. Entsprechend hat sie bereits in ihr dürftiges Wahlprogramm eine kleine Passage eingebaut,

die jeden Nazi zuverlässig abschrecken dürfte. Sie fordert neben der Euro-Abschaffung, besserer Bildung und fröhlichem Kinderkriegen eine „qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung". Die Wirtschaft freut's, der NPD'ler aber kriegt 'nen Wutanfall und bleibt weg – das scheint der Hintergedanke bei der Formulierung des Programmpunktes gewesen zu sein. „Wer früher in der NPD oder DVU war, wird von uns nicht aufgenommen", hat AfD-Sprecher Adam im Interview mit dem ZDF bestätigt – allerdings auch sofort hinzugefügt: „Andere frühere Parteimitgliedschaften gucken wir uns genauer an".

Andere Parteimitgliedschaften? Damit sind nicht die Unionsparteien oder die FDP gemeint, sondern Organisationen wie die *pro*-Wahlvereine, die REP oder auch *Die Freiheit*. Dort bemüht sich die AfD durchaus nicht nur um Stimmen, sondern auch um Personal. Entsprechend schreibt sie in ihrem Wahlprogramm: „Wir setzen uns dafür ein, dass auch unkonventionelle Meinungen im öffentlichen Diskurs ergebnisoffen diskutiert werden, solange die Meinungen nicht gegen die Werte des Grundgesetzes verstoßen." Das ist im Kern nichts anderes als die alte, miefige Anti-PC-Kampagne der *Jungen Freiheit*. Und es funktioniert. Unter den Euro-Gegnerinnen und -Gegnern, die die AfD seit ihrer Gründung geradezu stürmen – Ende Mai wurde eine Zahl von 12.000 Mitgliedern genannt –, befinden sich tatsächlich auch Verschwörungsideologen und Rechte unterschiedlichster Couleur. Vor allem *Die Freiheit* verzeichnet einen Aderlass an die AfD; der ehemalige Hamburger AfD-Landesbeauftragte **Jens Eckleben** kam aus ihren Reihen, ebenso der erste stellvertretende Vorsitzende der AfD Brandenburg, **Rainer van Raemdonck**, und der Sprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern, **Andreas Kuessner**. Und natürlich ist die AfD im Frühjahr das große Diskussionsthema in den Medien der äußeren Rechten gewesen – vom *Ostpreußenblatt* über die *Junge Freiheit* und *Politically Incorrect* bis zur *Sezession*.

Weg mit dem Bundestag

Die Bandbreite der Partei lässt sich beispielhaft an ihrem NRW-Landesvorstand ablesen. Dessen Vorsitzender **Alexander Dilger** kommt aus der FDP, deren NRW-Landesfachausschuss „Innovation, Wissenschaft und Forschung" er zuletzt leitete. Dilger, ein Wirtschaftsprofessor an der Universität Münster, hat gelegentlich in der radikalliberalen Zeitschrift *eigentümlich frei* publiziert, die es sich nicht nehmen lässt, immer wieder auch Beiträge und Interviews mit Personen wie **Götz Kubitschek** (*Institut für Staatspolitik*), **Udo Voigt** (NPD) oder **Martin Lichtmesz** (*Sezession*-Autor) abzudrucken. Neben Dilger findet man Unternehmensberater im Landesvorstand, aber auch einen gewissen **Hermann Behrendt** aus Korschenbroich. Behrendt kämpft dafür, in der Bundesrepublik eine „mandative Demokratie" einzuführen. Er will die Regierung direkt wählen lassen und ihr das Recht übertragen, Gesetze per Erlass zu verkünden. Auch der Bundespräsident soll direkt gewählt werden. Den Bundestag will Behrend dafür einfach einsparen. Es soll einen „offenen Diskurs" in einem wie auch immer gearteten „Bürgerforum" und „direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten" geben – vielleicht Referenden wie in der Schweiz; das muss dann aber auch reichen.

Brücke nach rechts

Ein Rechtsausleger findet sich bei der AfD NRW auf Platz vier der Bundestags-Kandidatenliste – der Düsseldorfer **Ulrich Wlecke**. Wlecke hat eine durchaus erfolgreiche Karriere vozuweisen. Nach Anfängen bei der *WestLB* ging er 1991 zur Unternehmensberatung *Roland Berger*, wo er es bis zum Aufsichtsratsmitglied brachte. Nach Umwegen landete er 2010 bei der Hamburger Mittelstands-Beteiligungsgesellschaft *Elbe Partners*, in deren Düsseldorfer Büro er heute tätig ist. Wlecke hat eine Weile den *Rotary-Club* in Mettmann geleitet und engagiert sich in der katholischen Kirche, etwa im *Bund Katholischer Unternehmer* und im Kölner Diözesanrat. Und er gehört darüber hinaus der *Münsterer Burschenschaft Franconia* an.

Bei seinen AfD-Aktivitäten kann Wlecke durchaus parteipolitische Erfahrungen geltend machen. Als er Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre in Münster VWL studierte, betätigte er sich beim *Ring Freiheitlicher Studenten* (rfs), der damaligen Rechtsaußen-Alternative zum *Ring Christlich-Demokratischer Studenten* (RCDS). 1990 fungierte er als stellvertretender Landesvorsitzender der REP; er soll in Versuche involviert gewesen sein, eine REP-Parteistiftung (*Franz-Schönhuber-Stiftung*) aufzubauen. Eine Zeitlang versuchte Wlecke es dann bei der CDU, die er aber inzwischen wieder verlassen hat; zur Zeit ist er bei den *Freien Wählern* in Düsseldorf aktiv. Und er ist in den Jahren 2009 und 2010 für eine Partei als „Budget-Experte" aufgetreten, die auch bei einigen in der AfD Sympathien genießt – bei der FPÖ. Schaut man sich in Diskussionsforen der äußeren Rechten um, dann findet man Personen, die große Hoffnung auf Wlecke setzen – nämlich die Hoffnung, er könne eine Brücke zwischen bekennenden Neoliberalen aus dem VWL-Establishment, dem Mittelstand und der extremen Rechten in NRW, etwa *pro*, bauen. Das wäre im Kleinen, was die AfD im Großen schaffen könnte – eine Erweiterung des „legitimen" politischen Spektrums auf Bereiche rechts der heute etablierten Parteien.

Von Britta Kremers

„Drinnen“ oder „draußen“?

Der Mythos Ausstieg aus der extremen Rechten

Es ist nicht sehr außergewöhnlich, wenn sich Menschen von der extremen Rechten abwenden. Ihre Gründe, auf Distanz zu extrem rechten Gruppen und Szenen zu gehen, in denen sie sich teilweise viele Jahre lang bewegten und deren Aktivitäten einen bedeutsamen Teil ihres Lebens ausmachten, sind vielschichtig. Bei manchen führen veränderte persönliche Lebensverhältnisse – Gründung einer Familie, stärkere Eingebundenheit im Beruf etc. – zu einem Rückzug. Andere halten einem Druck von außen – Strafverfahren, öffentliche Thematisierung ihrer Eingebundenheit – nicht länger stand. Wieder andere sind desillusioniert und haben das Gefühl, sich in eine politische Sackgasse manövriert zu haben. Einige wenige erkennen in den Wertvorstellungen und politischen Forderungen der extremen Rechten die ihnen innewohnende Menschenverachtung, die sie nicht länger mittragen wollen. Sie alle sehen für sich in ihren bisherigen Politik- und Szene-Zusammenhängen keine Zukunft mehr. Doch längst nicht alle vollziehen einen wirklichen Bruch mit der Szene, geschweige denn, dass sie die bislang vertretenen ideologischen Positionen reflektieren und überwinden. Sie alle werden aber gemeinhin als „AussteigerInnen“ bezeichnet. Der Begriff des Ausstiegs suggeriert, dass eine Distanzierung von der extremen Rechten ein schwieriger und gefahrvoller Prozess ist, in dem die Ausstiegswilligen auf Hilfe von „außen“ angewiesen sind. So gibt es verschiedene Aussteigerprogramme, die sowohl von Organisationen wie *exit* als auch von den Verfassungsschutzämtern angeboten werden. Auch antifaschistische Initiativen sind oftmals mit „AussteigerInnen“ konfrontiert, beispielsweise wenn Neonazis gegenüber ihrem Arbeitgeber oder vor Gericht behaupten, „ausgestiegen“ zu sein, wenn vormalige Rechte in linksgeprägten Musikszenen auftauchen oder sich gar mit der Bitte um Unterstützung an die lokale Antifa-Gruppe wenden. Hoch im Kurs stehen „AussteigerInnen“ auch bei den Medien und in der Bildungsarbeit, da sie eine „authentische Stimme“ verkörpern sollen.
Eine Auseinandersetzung mit Distanzierungsprozessen ist deshalb ebenso von Nöten wie eine Diskussion über den richtigen Umgang mit den sich von der Szene abwendenden Personen und die Kriterien für eine gelungene Distanzierung. LOTTA hat das Thema zuletzt vor genau zehn Jahren in der Ausgabe #13 (Sommer 2003) als Schwerpunkt behandelt. Höchste Zeit also, die Diskussion wieder aufzunehmen.

Nils Schuhmacher kritisiert den „Ausstiegs“-Begriff und begründet, warum besser von Distanzierungen gesprochen werden sollte. ..... Seite 12

Christian Hummer warnt vor einem „Mythos Ausstieg“, der in der öffentlichen Auseinandersetzung bedient wird. ..... Seite 16

Johanna Siegl plädiert dafür, das gesamte Feld der Ausstiegsarbeit unter einer gendersensiblen Perspektive zu betrachten. ..... Seite 19

Torben Heine wirft einen Blick auf das „Aussteigerprogramm“ des nordrhein-westfälischen Innenministeriums. ..... Seite 21

Verena Grün und **Sebastian Hell** fragen, unter welchen Umständen die Unterstützung von „AussteigerInnen“ eine Aufgabe für antifaschistische Initiativen sein kann. ..... Seite 23

Von Nils Schuhmacher

„Das Ding aus dem Sumpf“?

Trivialitäten und Komplexitäten von Distanzierungsprozessen

Immer schon hat es Menschen gegeben, die der extremen Rechten beziehungsweise dem Neonazismus den Rücken kehrten, und dies stets in unterschiedliche Richtungen. Ein Teil fand den Weg in bürgerlich-konservative Kreise, ein anderer Teil „wechselte die Seiten“, der größte Teil verschwand – politisch gesehen – schlicht in der Versenkung.

Auf der individuellen Ebene verweisen solche Entwicklungen etwa auf biographische Brüche, auf Enttäuschungen in rechten Kreisen, auf neue Erfahrungen und neue Lebensabschnitte. Allgemein gesagt findet sich eine Häufung von Absetzbewegungen, wo kollektive Erschöpfung und repressiver Druck nicht mehr durch soziale Integrationskraft abgefedert werden können. Nicht selten ist dies der Fall, wenn im Zusammenspiel von Aktion und Reaktion eine unsteuerbare Dynamik entsteht. Ein anschauliches Beispiel aus jüngerer Zeit liefert hier die Entwicklung nach der Aufdeckung der Mordserie des NSU. Das Öffentlichwerden der Taten und die sich daran entzündenden Debatten haben erkennbar zu politisch-gesellschaftlicher Isolierung sowie zu einem Substanzverlust der extremen Rechten geführt.
Individuelle Absetzungen werden – vor allem seit der Entstehung erster „Aussteigerprogramme“ vor 13 Jahren – unter dem Leitbegriff des „Ausstiegs“ diskutiert; dieser provoziert jedoch angesichts der Entwicklung in jüngster Zeit zu einigen Anmerkungen.
Nicht zuletzt am obigen Beispiel zeigt sich: Die Schwächung politischer Gestaltungskraft hat weniger damit zu tun, dass der personelle Kern des Neonazismus schrumpft, sondern sie ist auf die Verkleinerung des Mobilisierungspotenzials, also auf das Wegbrechen des Umfeldes zurückzuführen.
Der Begriff des „Ausstiegs“ liefert jedoch ein Bild der extremen Rechten, in dem Zergliederungen und Verszenungen, also zunehmende strukturelle und soziale Offenheit, die ein Kommen und Gehen ermöglichen, gerade nicht enthalten sind.
Schließlich ist der Begriff auf engste Weise mit Bekämpfungsstrategien verbunden, die Gefahr laufen, die Auseinandersetzung zu entpolitisieren. Deutlich wird dies, wo „Ausstiege“ idealtypisch mit Zielen wie Straffreiheit, sozialer Unauffälligkeit, gesellschaftlicher „Re-Integration“ und „Deradikalisierung“ in Verbindung gebracht werden.
Kurz gesagt: pädagogische Intervention und polizeiliche und strafrechtliche Repression sind – so effektvoll sie im Einzelnen und in Bezug auf Einzelne sein mögen – nur Teilaspekte der „Ausstiegs“-Thematik. Für eine politische Diskussion bedarf es hingegen einiger begrifflicher Klärungen, die sich anhand von vier Punkten vollziehen lassen.

Zur Kritik des Ausstiegsbegriffs

Der Begriff des „Ausstiegs“ ist ein Fundamentalbegriff. Aussteiger_innen steigen aus „der Gesellschaft“ aus und sind „nicht mehr von dieser Welt“. Aussteiger_innen in der Debatte um die extreme Rechte sind negativ gespiegelte Exemplare dieses Bildes. Sie sind, so die verbreitete Vorstellung, in ein sektenähnlich verschlossenes soziales Umfeld geraten, aus dem sie nun wieder mit Mühen heraustreten. Zugrunde liegt in beiden Fällen ein simples Ordnungsmuster. Demnach sind den jeweiligen Sphären klare und klar voneinander zu un-

terscheidende Einstellungen, Wertvorstellungen und Verhaltensweisen zuzuordnen. Daraus ergibt sich auch die Stoßrichtung vieler „Aussteigerprogramme“: Sie bieten das Gegenbild einer normalen, das heißt nicht „extremistischen“ Welt; schon ihre Existenz gilt als Beleg, dass es einer *professionellen* Hilfe von außen bedarf, um den „Sumpf“ zu verlassen.

Nun kann keinesfalls bestritten werden, dass in Teilen der organisierten extremen Rechten – am klarsten wohl im Neonazismus – Verschwörerbünde existieren, in die und aus denen man nicht ohne Weiteres und nach Belieben ein- und austreten kann. Insofern ist es keinesfalls falsch, sich über Unterstützungsstrategien für diejenigen Gedanken zu machen, für die eine Neuorientierung mit Risiken und Problemen verbunden ist. Ob das plastische Bild einer hermetisch abgeschlossenen Gruppe jedoch die extreme Rechte in ihrer Gesamtheit wiedergibt, darf bezweifelt werden.

Bereits ein Blick auf die ältere Forschung, die sich mit Gangs und im Speziellen mit sanktionsbedrohten „abweichenden“ Gruppen beschäftigt hat, lässt ein deutlich vielschichtigeres Bild hinsichtlich Fragen sozialer Geschlossenheit, Verhaltens- und Einstellungskonformitäten entstehen. Die zentrale Erkenntnis dieser Forschungen lautet, dass die Angehörigen nicht einfach eingesponnen sind in ein starres System der Zugehörigkeit und Loyalität, sondern oft zwischen den Konformitätsanforderungen der Gruppe und Konformitätsanforderungen anderer sozialer Gruppen „driften“; sie sind also nie ganz, sondern immer nur situationsabhängig „drinnen“ und „draußen“. Umso bedeutungsvoller wird diese Erkenntnis, wo nicht von überschaubaren Gruppen, sondern von größeren sozialen Netzwerken – wie der extremen Rechten – die Rede ist. In ihr zeigt sich eine relative Vielfältigkeit an Ausdrucks- und Gruppierungsformen. Entsprechend diffus sind oftmals die stilistisch-ästhetischen (und wohl auch die strukturellen) Grenzziehungsprozesse. Entsprechend schwierig ist es, innerhalb eines solchen unübersichtlichen Feldes Verbindlichkeitsforderungen durchzusetzen.

Strukturell gliedert sich das Feld der extremen Rechten heute in Parteien und Organisationen, feste informelle Gruppen wie „Kameradschaften“ und eher offene Cliquen und Zusammenschlüsse, die sich über Szenezugehörigkeit definieren. Auf der Hand liegt, dass es in diesem Gefüge keine festen Hierarchien geben kann. Ebenso lebensnah ist die Vorstellung, dass viele Angehörige gleichzeitig unterschiedlichen Gruppen zuzurechnen sind. Entsprechend komplex dürften „Ausstiege“ ausfallen, die von formalem Austritt bis zu sozialem Rückzug eine große Bandbreite an Handlungen enthalten – und auf die es eine ebenso große Bandbreite an Reaktionen geben kann.

Programmatisch und ideologisch ergibt sich ebenfalls ein mehrschichtiges Bild. In Bezug auf die extreme Rechte lässt sich von Gesinnungsgemeinschaften sprechen. Diese Gesinnungsgemeinschaften werden allerdings nicht nur politisch-ideologisch, sondern oft auch (oder vor

allem) alltagskulturell zusammengehalten und begründen ihren Zusammenhalt durch rassistische Ablehnung und Abwertung und gemeinsame Selbstinszenierung. In Bezug auf die Positionen der extremen Rechten zeigt sich gleichzeitig, dass klare Grenzen, mit denen „extreme" Einstellungen von gesellschaftlich akzeptierten getrennt werden, oft mehr Wunschdenken als Realität sind. Praktisch bedeutet dies allerdings, dass der Versuch einer Re-Integration in die Gesellschaft immer mit einem Bild zu verknüpfen ist, wie eine solche Gesellschaft idealerweise aussehen *müsste*.
In Bezug auf den jeweiligen *alltagsweltlichen Status* der unterschiedlichen Teile der extremen Rechten ergibt sich schließlich ebenfalls ein wenig einheitliches Bild. So finden sich auf der einen Seite Regionen und Räume, in denen die extreme Rechte weitgehend isoliert und auch stigmatisiert ist, während sich auf der anderen Seite Regionen und Räume finden, in denen vergleichsweise etablierte Segmente einer rechten Alltagskultur existieren.
Zusammengenommen bedeutet dies: Der Begriff des Ausstiegs mag in Bezug auf Angehörige von *fest formierten* Gesinnungsgemeinschaften passend gewählt sein. In Bezug auf die Angehörigen von Gruppen, die in ihren Grenzen (und Spielräumen) relativ beweglich sind, ist er jedoch irreführend. Mit dem Ausstiegsbegriff allein kann es zudem nicht gelingen, die Mehrschichtigkeit von Abwendungen zu erfassen.

Dimensionen der Distanzierung

Weitaus passender ist der Begriff der Distanzierung. Distanzierungen können sich – dem obigen Bild folgend – auf klassische politische Gemeinschaften, auf politisch-alltagssoziale Vergemeinschaftung oder auf Alltagsbereiche, das heißt auf szenische oder subkulturelle Zugehörigkeit beziehen. Ihr Ausgangspunkt ist dabei nicht nur die besondere Struktur, sondern auch das Ausmaß an individuellem „Drin-Sein" und die jeweilige Rolle, die man in der Partei, der Kameradschaft oder der Szene ausgefüllt hat.
Der Begriff der Distanzierung bleibt jedoch ebenfalls zu unbestimmt, wenn nicht berücksichtigt wird, dass es sich nicht um *einen* Vorgang, sondern um ein variabel gehandhabtes Bündel an Vorgängen handelt, die sich auf verschiedene Ebenen beziehen. Distanzierung findet damit eben nicht nur sozial statt, indem man sich von denen entfernt, die gerade noch Freund_innen und Kamerad_innen waren (oder indem man ein neues Verhältnis zu ihnen aufbaut). Distanzierung bezieht sich auch auf die Ebene emotionaler und einstellungsbezogener Zuordnung, indem bestimmte Mentalitäten, Orientierungen und auch (ideologisch) gefestigte Einstellungen in Frage gestellt werden und gleichzeitig andere Orientierungen und Einstellungen in den Vordergrund rücken. Nicht zuletzt bezieht sich Distanzierung auf die Handlungsdimension: Man wendet sich von bestimmten Verhaltensweisen (konkret heißt dies: von körperlicher Gewalt) beziehungsweise von deren Adressierung ab.

Prozesse der Distanzierung

Aus der Forschung, aus der Praxis von Pädagogik und „Aussteigerprogrammen" und nicht zuletzt aus der Erfahrung antifaschistischer Initiativen ist bekannt, dass Distanzierungen weder einheitlich ablaufen noch zwingend all die genannten Ebenen berühren. Bekannt ist ebenfalls, dass es sich bei Distanzierungen um Prozesse handelt, in deren Rahmen Erfahrungen mit der eigenen und mit anderen Gruppen auf den Prüfstand gestellt werden. Es lassen sich dabei verschiedene Phasen idealtypisch voneinander unterscheiden.
Sich zu distanzieren setzt zunächst einmal eine Form von *Irritation* voraus, die wiederum nur dann Bedeutung bekommen kann, wenn es bereits eine relative innere Distanz zu den Verbindlichkeitsanforderungen der eigenen Gruppe gibt. In diesem Sinne spielen Negativerfahrungen in der eigenen Gruppe (bzw. deren Wahrnehmung) ebenso eine Rolle wie eine von Beginn an nicht besonders tiefgehende Einbindung.
Eine *Motivation* zur Distanzierung ergibt sich aus einem Abgleich der Vor- und Nachteile, die mit Zugehörigkeiten verbunden sind, und sie wird sich immer an einzelnen Ereignissen festmachen, die die Frage des Dabeiseins oder Nicht mehr-Dabeiseins in den Vordergrund rücken.
Eine *Loslösung* ergibt sich aus der Erschütterung des mit Zugehörigkeiten verbundenen Selbstbildes und dem Aufbau eines neuen Selbstbildes und meint innere und soziale Ablösungen, die sich auf bestimmte politische, aber auch soziale Handlungen, auf Selbstpräsentationen und inhaltliche Positionierungen beziehen.
Eine *Manifestierung* steht im Zusammenhang mit dem tatsächlich erfolgenden sozialen Bruch. Es finden sich hier sowohl „lautlose" Absetzungen (man kommt nicht mehr) als auch inszenierte – und zum Teil öffentlich vollzogene – Brüche, die solchen Prozessen den Charakter des Unumkehrbaren verleihen.
Reflexion beschreibt schließlich eine Phase des Distanzierungsprozesses, die über eine bloße soziale und verhaltensmäßige Distanzierung hinausgeht und den Kern bis dahin vertretener Einstellungen betrifft (und in der Regel erst nach der sozialen Distanzierung einsetzt).
Dieses Modell beschreibt letztendlich nicht, wie „es läuft", sondern einen

Möglichkeitsbereich. Betrachtet man das Wissen über individuelle Distanzierungen, so sieht man, dass sie sich erstens auf bestimmte Bereiche beziehen, zweitens mit unterschiedlichen Reflexionen und Konsequenzen verbunden sind und drittens nicht einem strikten Ablaufplan folgen. Plastisch gesagt: Manche distanzieren sich innerlich im Rahmen ihrer Zugehörigkeit, um dann den Schritt einer sozialen Distanzierung folgen zu lassen. Andere hören von heute auf morgen auf, ziehen weg und lassen ihre Geschichte hinter sich (etwa der im NSU-Prozess angeklagte Düsseldorfer Carsten S.). Einige arbeiten diese Haltungen auf unterschiedliche Weise auf, andere tun genau dies nicht.

„Muster" von Distanzierungen

Im Zusammenspiel von Dimensionen und Prozessen zeigen sich verschiedene Muster von Distanzierung.
Es gibt klassische *Aussteiger*, die sich – oft mit großer Mühe – aus einem recht geschlossenen politischen und sozialen Umfeld herauslösen. Es gibt daneben auch *Austreter* und *Rückzieher*, bei denen Distanzierungen oft mehr formale Akte des Ausscheidens sind, das zumindest nicht gegen den Druck des ehemaligen Umfeldes erkämpft werden muss. Es gibt schließlich Formen der Abstandnahme, die gar nicht unbedingt als nachhaltiger Bruch erlebt werden, da sie ihren Ausgang eben nicht in einer umfassenden Integration in eine geschlossene extrem rechte Lebenswelt nehmen.
Inhaltlich zeigt sich gleichzeitig, dass Distanzierungen auf unterschiedliche Weise *Umstiege* sind: Betrachtet man die Aktivist_innen der extremen Rechten über die Jahrzehnte hinweg, so zeigt sich, dass der größte Teil der Distanzierer_innen im Endeffekt nicht mehr am politischen Geschehen teilnimmt, sondern „privatisiert", was keinesfalls bedeuten muss, dass bis dahin vertretene Einstellungen nicht in abgeschwächter Form weiter vorhanden sind. Ein anderer Teil steigt aktiv um, was in manchen Fällen auch bedeutet, sich direkt und bewusst gegen die extreme Rechte zu engagieren.

Konsequenzen für die Diskussion

Die Frage, welche Distanzierungen „echt" sind, lässt sich nicht generell, sondern nur in Abhängigkeit von den eigenen Erwartungen beantworten. Aus der Perspektive eines polizeilichen Aussteigerprogramms kann auch das Leben in sozialer Unauffälligkeit ein Beispiel für eine gelungene Distanzierung sein. Ein politischer Distanzierungsbegriff ist notgedrungen weiter ausgerichtet. Mit ihm kann man die starke Konzentration auf Ziele wie „Straffreiheit" und „Konformität" kritisch hinterfragen, da es sich um Begriffe handelt, die entweder allzu unbestimmt ausfallen oder vor allem kontrolltheoretisch ihren Sinn entfalten und damit gerade nicht darauf abzielen, im weitesten Sinne emanzipatorische Haltungen zu befördern. Allerdings ist genauso vor einer Überdehnung der mit einem politischen Distanzierungsbegriff verbundenen Ansprüche zu warnen. Für diejenigen, die außerhalb einer professionellen „Aussteigerarbeit" mit dem Thema zu tun haben, dürften hierbei drei Aspekte von Bedeutung sein:

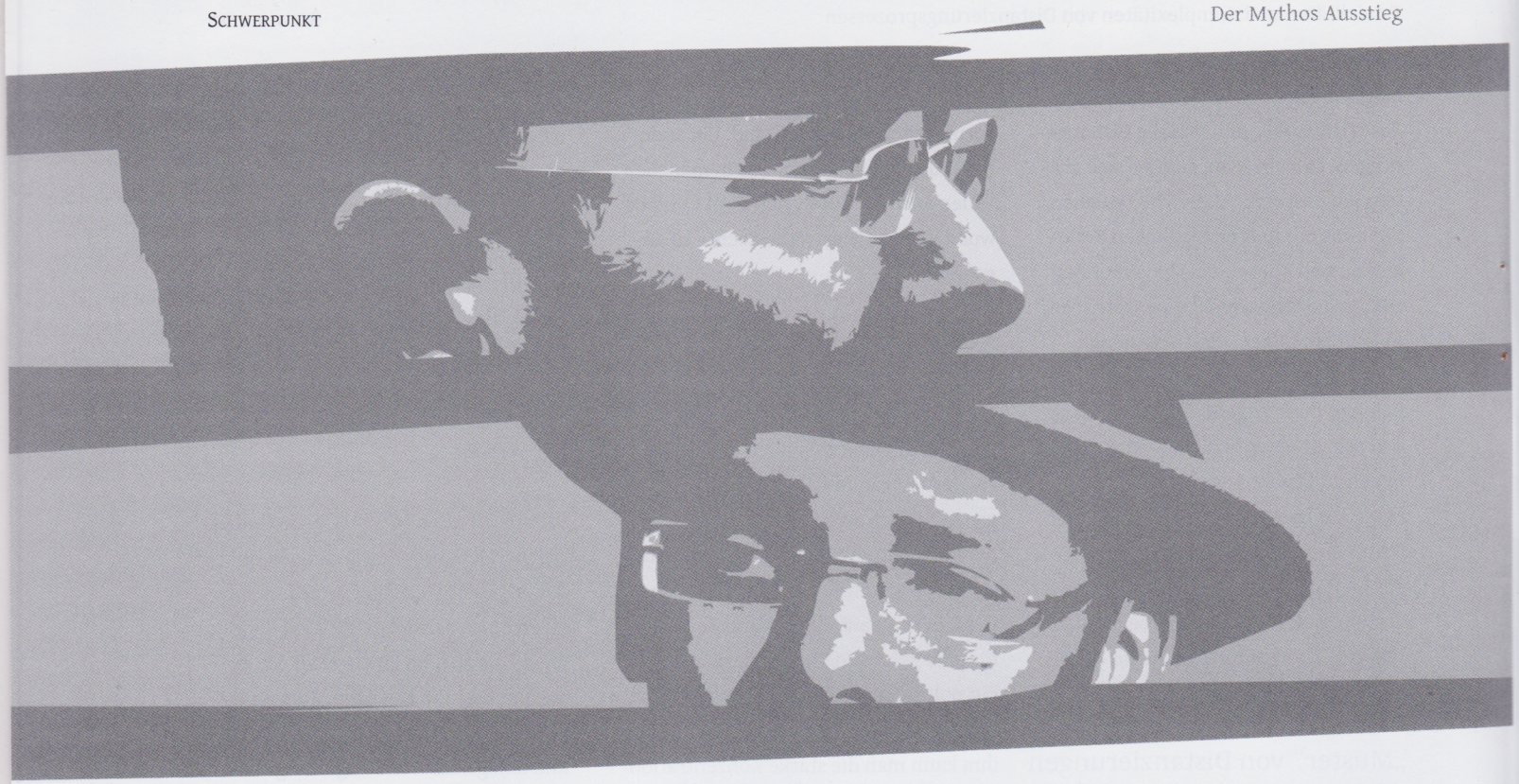
1. Grundsätzlich setzt ein politischer Distanzierungsbegriff auf die individuelle Bereitschaft, sich mit den inhaltlichen Aspekten einer Zugehörigkeit zur extremen Rechten auseinanderzusetzen. Die Ergebnisse einer solchen Auseinandersetzung sind allerdings prinzipiell offen.

2. Eine vollständige politische und soziale Distanziertheit ist nicht vorauszusetzen, sondern immer das Ergebnis einer Auseinandersetzung. Entscheidend ist damit, inwieweit individuell die Bereitschaft zu einer solchen Auseinandersetzung besteht *und* inwieweit in nicht-rechten politischen Gruppen, Initiativen und Jugend- und Alltagskulturen selbst Bedingungen für eine Auseinandersetzung mit problematischen Einstellungen geschaffen werden.

3. Distanz schaffende Irritationen finden sich bereits unter den Bedingungen der Zugehörigkeit. Dies erfordert zum einen einen sensiblen Blick auf diejenigen, die sich im Einzugsfeld der extremen Rechten bewegen. Zum anderen setzt es voraus, politische, soziale und alltagskulturelle Zugehörigkeit als zwar miteinander zusammenhängende, aber auch Eigenlogiken folgende Ebenen extrem rechter Vergemeinschaftung zu erkennen.

Anmerkung

Der Beitrag ist eine verschriftlichte Fassung des Vortrags „Drinnen oder draußen? Über Aussteiger, Austreter, Rückzieher und Ausstiegsprozesse aus der Neonazi-Szene", gehalten am 25. April 2012 auf einer *INPUT*-Veranstaltung in Düsseldorf.



Von Christian Hummer

Ein Einsamer kehrt zurück

Geläuterte, Opfer und Rebellen. Der Mythos Ausstieg

AussteigerInnen umweht der Dunst von Gefahr und moralischer Überlegenheit. Schaut man genauer hin, bleibt oft wenig davon übrig. Dabei ist nicht nur die Motivation mancher AusteigerInnen zweifelhaft, auch jene, die sie der Öffentlichkeit präsentieren, schieben für eine gute Geschichte gerne mal jegliche Skepsis beiseite.

„Das Interview findet in einem Hotelzimmer statt. Wir dürfen nicht zeigen, wo er wohnt. **Axel Reitz** war ein Insider der deutschen Neonaziszene und wird bedroht", verkündet die sonore Stimme aus dem Off, während Reitz ins Bild kommt. Das erste Interview mit dem ehemaligen „Hitler von Köln" fährt mit allem auf, was Medien an Aussteigern aus der extremen Rechten mögen und was für leichtes Schaudern bei den ZuschauerInnen sorgt. „Zwei Jahre lang saß er im Gefängnis" und „dem Verfassungsschutz galt er als wichtiger Strippenzieher". Doch jetzt ist er raus: „Irgendwann fängt man an nachzudenken und erwachsen zu werden und sich auch mal zu überlegen: Wohin führt das ganze? Willst du das eigentlich, was du da propagierst und einforderst?" Und dann ist Reitz die „Menschenfeindlichkeit" und der „Zynismus in der Szene" aufgefallen. Ein „entscheidender Aspekt" für seinen Ausstieg, so Reitz.

Einen wie auch immer gearteten Erkenntnisgewinn bringt das von **Rainer Fromm** geführte Interview nicht. Reitz' Motivation wird an keiner Stelle hinterfragt. Dass gegen ihn gerade ein Strafprozess läuft, wird zwar erwähnt, aber kritische Nachfragen, ob der überraschende Ausstieg etwas damit zu tun habe? Fehlanzeige. Stattdessen darf Reitz als Experte referieren. „Einige" in der Szene seien so radikalisiert, dass er sich vorstellen könne, es laufe irgendwann irgendjemand „regelrecht auf die eine oder andere Art Amok". Angesichts der NSU-Morde eine Analyse, so unpräzise und unvollständig, dass sie sprachlos macht. Und selbst um das Thema Sex kommt der Zuschauer nicht herum. Da

sei die Szene, wie an vielen anderen Punkten auch, „scheinheilig". Die Kameraden würden die Sexindustrie verteufeln, aber zuhause ihre Pornosammlungen pflegen. Von jemandem, der sich in einem Kölner Großbordell ablichten ließ, um das Foto anschließend zu veröffentlichen, mutet die Einlassung befremdlich an. Alles Kleinigkeiten. Denn die sonore Stimme weiß, dass Reitz' Leben heute einem „Scherbenhaufen" gleicht. Aber: Der „Neuanfang" ist gemacht.

Das Reitz-Interview zeigt, wie das Thema Ausstieg in den Medien aufbereitet wird. Es ist ein modernes Märchen. Eins, das von der Wandlung von böse zu gut erzählt. Der Verführung folgt die Zeit in der Szene, ausstaffiert mit Episoden von Gewalt, Suff und Knast. Dann ein Schlüsselerlebnis, das Zweifel aufkommen lässt und zum Bruch führt. Anschließend die Läuterung. Die Umstände sind widrig, die Bedrohung durch die ehemaligen „Kameraden" stets präsent. Doch am Ende wird alles gut. So einfach ist das.

Diese Einfachheit ist es, die das Thema Ausstieg so beliebt und präsent macht. Für die Medien sind es knackige, einfache Geschichten. Für den Staat eine dankbare Möglichkeit, greifbare Erfolgsmeldungen für den staatlichen „Kampf gegen Rechts" zu generieren. Und auch Bildungseinrichtungen arbeiten gerne mit AusteigerInnen, da sie als authentisch gelten. Damit die Geschichten stringent bleiben, werden Uneindeutigkeiten und Widersprüche ausgeblendet. Kritische Nachfragen bleiben aus.

Unter Geiern

Die „Reduzierung des rechtsextremistischen Personen-Potenzials" und „Verunsicherung der rechtsextremistischen Szene" nennt der aktuelle Verfassungsschutzbericht NRW als Ziele seines Aussteigerprogramms. So richtig aus der Behördenhaut kommt der VS dabei nicht: Bevor es losgeht, muss eine Selbstverpflichtung, den Kontakt zur Szene abzubrechen, unterschrieben werden. Ist diese Unterlassungserklärung abgeheftet, sollen sich die Aussteiger von ihren „rechtsextremistischen Feindbildern" und von „Rassismus und Fremdenhass" verabschieden. Dafür gibt der VS auch mal einen Döner aus, um Vorurteile gegen „Ausländer" abzubauen. (vgl. Artikel auf S. 21)

Die Wahrnehmung dessen, wann ein Ausstieg vorliegt, beschränkt sich darauf, dass die „Aussteiger" nicht mehr auffällig werden. Ist das Hakenkreuztattoo überstochen und bleiben Neueinträge ins Strafregister aus, ist alles in Ordnung. Nicht zufällig betont NRW-Innenminister **Ralf Jäger** (SPD), dass von den 131 Aussteigern, die seit 2001 erfolgreich vom VS betreut worden seien, nur zehn Prozent straffällig geworden seien. Dass nicht unbedingt die Abkehr von rechter Ideologie im Vordergrund steht, verneint auch das Innenministerium nicht: „Etliche Neonazis wollen aus der Szene aussteigen, weil die Zukunftsperspektiven für sie nicht gerade rosig sind", so ein Sprecher.

Ungeachtet dieser Skurilitäten bleibt auch die Annahme, Ausstiege würden für die Neonazi-Szene einen ernsthaften Rückschlag bedeuten, fragwürdig. Ein führender deutscher Neonazi schätzte die Fluktuation des neonazistischen Fußvolkes auf ein Drittel pro Jahr: eine durchaus realitätsnahe Einschätzung. Lediglich wenige AktivistInnen bleiben der Szene über lange Zeit erhalten. Größere Einbrüche in der Umtriebigkeit von Neonazi-Strukturen sind nur beim Wegfall wichtiger Führungspersonen und langjähriger AktivistInnen bemerkbar. So sank zum Beispiel die Anzahl der Demonstrationen in NRW während des Haftaufenthaltes von Axel Reitz von Juli 2006 bis April 2008 deutlich. Im Regelfall ist jedoch keine Schwächung der Szene durch Ausstiege wahrnehmbar.

Von Angesicht zu Angesicht

Für die Bildungsarbeit liegt die Bedeutung von AussteigerInnen in deren Authentizität. Sie können aus erster Hand berichten, wie und warum sie sich der extremen Rechten angeschlossen haben, was die Faszination ausgemacht hat und wo die Bruchlinien verliefen, die zu einer Distanzierung und anschließenden Reflexion des extrem rechten Weltbildes führten. Allerdings ist der Distanzierungsprozess nur bei wenigen tatsächlich abgeschlossen. Oft ist nicht die Reflexion der eigenen Gedankenwelt ausschlaggebend für das Verlassen der Szene. Viel häufiger führen szeneinterne Konflikte dazu, dass diese an Attraktivität einbüßt. Staatliche Repression und Druck von AntifaschistInnen tun ihr Übriges. An der Authentizität der AussteigerInnen nagt zudem, dass sie vor dem Problem stehen, im Angesicht ihrer Vergangenheit ein konsistentes Selbstbild zu konstruieren. Ihre Berichte werden vor allem wortkarg, wenn es um die eigene Beteiligung an Gewalttaten geht. Einige verneinen sogar, jemals RassistIn gewesen zu sein. Die öffentlich auftretenden AussteigerInnen mogeln sich um die Problematik herum, indem sie in die Expertenrolle schlüpfen. Das bewahrt sie davor, sich mit der eigenen Person auseinanderzusetzen. Das Bedürfnis des Publikums, Analysen über die Szene zu bekommen, fördert dieses Verhalten noch. Dabei ist die Qualität der Analysen oft zweifelhaft. Nur in wenigen Fällen offenbaren AussteigerInnen Informationen, die antifaschistischen Strukturen gänzlich neu sind. Das Bild wird durch ihre Aussagen lediglich detaillierter. Ihr Einblick beschränkt sich zudem meist auf den kleinen Ausschnitt der Szene, in dem sie aktiv waren und

ihre Wahrnehmung ist durch die Ideologie, die sie verinnerlicht hatten, getrübt.

Für eine Handvoll Dollar

Beispiele dafür, dass nicht Läuterung und Moral der Antrieb des „Ausstiegs" sind, sondern vielmehr anstehende Strafprozesse oder die eigene Perspektivlosigkeit sind die Fälle **Andreas Molau** und „Flex" alias **Felix Benneckenstein.** Für Benneckenstein bedeutete sein Ausstieg einen „Karrieresprung". Er wurde in der Neonazi-Szene wegen angeblicher finanzieller Unregelmäßigkeiten und Aussagen bei der Polizei als „Kameradenschwein" geschmäht. Bereits wenige Monate nach seinem Ausstieg fungierte er als Vorsitzender der von ihm selbst gegründeten *Aussteigerhilfe Bayern* – mit hoher Medienpräsenz und vermutlich auch ordentlichen Honoraren. **Andreas Molau** durchlief diverse extrem rechte Organisationen, die in der Lage waren, ihm eine Stelle zu finanzieren. Als er innerhalb der extremen Rechten keine Aussicht mehr auf Erfolg hatte, stieg er medienwirksam aus.

Die ganze Meute gegen mich

Der Mythos AussteigerInnen lebt zu einem guten Teil von der Gefahr, in der diese vorgeblich ständig schweben. Für jene, die der militanten Szene als VerräterInnen gelten, ist die Bedrohung real. Das Risiko für Personen, die einfach dem extrem rechten Lesekreis oder dem lokalen Kameradschaftstreffen fernbleiben, tendiert jedoch gegen Null. Der Verweis auf die Gefahren bleibt trotzdem selten aus. Das NRW-Innenministerium weiß von AussteigerInnen zu berichten, die „auf der Straße mit dem Messer am Hals bedroht" wurden. Und Molau war froh, dass die Polizei in seinem Dorf „öfter Streife fuhr". Er bedient den Opfermythos auch auf anderer Ebene: „Wenn ich mich irgendwo bewerbe, stoße ich auf Ablehnung", beklagt er. Er habe „nicht damit gerechnet, wie schwer es wird, wieder eine Arbeit als Publizist oder Lehrer zu finden". Auch **Stefan Michael Bar** hat es hart erwischt. „Die Neonazis sind die Lüge meines Lebens", resümiert er in seinem Aussteigerbuch. Sie haben ihn „die besten Jahre und die halbe Jugend an Knast gekostet". Furchtbare Welt: Den einen will die „demokratische Gesellschaft" nicht warm genug in ihrer Mitte aufnehmen, den anderen haben „die Neonazis" ins Gefängnis gebracht.
Statt diese Selbststilisierung und die Externalisierung von Schuld zu hinterfragen, wird den AussteigerInnen die Rolle als Opfer zugestanden. Dabei waren sie TäterInnen. Sie waren es, die Rassismus propagiert und in Gewalt umgesetzt haben. Solche Inszenierungen werfen die Frage auf, wie weit es mit Distanzierung von der alten Ideologie her ist. „Alle gegen mich": ein Gedankenkonstrukt, das sich nahtlos von der Zeit in der extremen Rechten in die Gegenwart übernehmen lässt. Zelebriert wird der eigene Opferstatus. Die Fälle, in denen sich AussteigerInnen bei Betroffenen rechter Gewalt auch nur entschuldigten sind rar, noch rarer sind Versuche, zum Beispiel finanzielle Wiedergutmachung zu leisten.

Vorsicht mit den Pferden

So begrüßenswert der Entschluss ist, sich von der extremen Rechten und ihren Inhalten zu distanzieren, so wenig Grund besteht, die Personen mit Samthandschuhen anzufassen. Erst recht gilt es zu verhindern, in Denkstrukturen des Boulevards zu verfallen und die Angehörigkeit zur extremen Rechten mit einer mystischen Aura von Devianz und Gefahr zu umhüllen. Das zeichnet ein verzerrtes Bild der extremen Rechten und lenkt den Fokus weg von den Opfern. Wenn es darum geht, Personen bei ihrer Distanzierung von der extremen Rechten zu begleiten, kommt es vor allem auf eine kritische inhaltliche Auseinandersetzung und fundierte sozialpädagogische Arbeit an. Mediale Selbstdarstellung und Vortragstourismus bieten dagegen auch mal den Falschen eine Plattform: „Ich bereue es nicht, für ein Prinzip gekämpft zu haben, das diesen Staat in Frage stellt", schreibt Stefan Michael Bar in dem von **Klaus Farin** und Rainer Fromm herausgegebenen Buch „Fluchtpunkt Neonazi". Bar hatte im Kampf „gegen den Staat" unter anderem mit einer Schnellfeuerwaffe auf einen türkischen Imbiss geschossen.

Von Johanna Sigl

Ausstieg und Gender

Eine gendersensible Betrachtung von Distanzierungsprozessen

Welche Rolle spielt die Geschlechtszugehörigkeit im Prozess der Distanzierung von der extremen Rechten? Sicher ist, dass die Bedeutung von Geschlecht nicht als alleinige Erklärung herangezogen werden kann. Sicher ist aber auch: der Gender Gap macht vor der Auseinandersetzung mit Distanzierungsverläufen nicht halt.

Die Frage nach der Bedeutung von Geschlecht wurde für die Analyse der extremen Rechten sowohl von wissenschaftlicher als auch von antifaschistischer Seite lange weitestgehend ignoriert. Dabei werden grundlegende, strömungsübergreifende Teile extrem rechter Ideologien von Geschlechterrollenvorstellungen mitbestimmt. Theoretisch dominiert in der extremen Rechten das klassische, heteronormative Geschlechterrollenbild. Dieses weist Männer und Frauen klar getrennte gesellschaftliche Bereiche zu. Während Männer für den „Kampf um die Straße" zuständig seien, sollen Frauen sich qua Geschlechtszugehörigkeit um den „artreinen" Nachwuchs und die dazugehörigen Reproduktionsarbeiten kümmern. Fast unnötig zu erwähnen, dass der Kampf gegen „Gender Mainstreaming" nahezu alle extrem rechten Subkulturen eint. So weit die Theorie. Im Alltag lässt sich eine Ausdifferenzierung der oben skizzierten Rollenbilder beobachten. Dort bewegen sich Männer und Frauen, die den theoretisch propagierten Rollenerwartungen nicht vollumfänglich entsprechen. An ihrer Akzeptanz in der Szene ändert dies nichts.

Obwohl von vielen Seiten kritisch versucht wird, Frauen als gleichermaßen bedrohliche Akteurinnen der extremen Rechten sichtbar zu machen, wird „Rechtsextremismus" nach wie vor häufig als ein „männliches Phänomen" definiert. Wir finden den Gender Gap in der Nicht-Wahrnehmung von Frauen als rechtsextreme Akteurinnen und der gleichzeitigen, unmarkierten Dominanz von Männern. Ein gendersensibler Blick auf die extreme Rechte bedeutet zunächst, Männer und Frauen gleichermaßen als politische AkteurInnen wahrzunehmen. Und diese Anerkennung von Frauen beinhaltet auch ihre Wahrnehmung als potentielle „Aussteigerinnen" aus der extremen Rechten.

Entpolitisierende Geschlechterstereotypen

Die Wirksamkeit des Gender Gaps hat auch Einfluss auf die Wahrnehmung von Distanzierungsprozessen. Dabei sind sowohl die Ausgestaltung von sogenannten Ausstiegsprogrammen als auch die Klischees, in denen über Ausstiegsverläufe verhandelt wird, mit Geschlechterstereotypen beladen, die Frauen entpolitisieren. So ist eine weit verbreitete Lesart, dass Frauen wegen ihres Beziehungspartners in die rechte Szene „einsteigen" würden und dort als klassische Mitläuferin verweilten, solange die Beziehung bestünde. Eine Trennung vom Partner wird dann mit dem „Ausstieg" aus der rechten Szene gleichgesetzt. Das dazugehörige männliche Klischee besagt, dass männliche Nazis zur Förderung von Distanzierungsprozessen mit demokratisch-orientierten Frauen zusammengebracht werden müssten. Diese Lesarten bestimmen weite Teile der staatlichen (und mit Einschränkungen auch zivilgesellschaftlichen) Ausstiegsprogramme. Die staatlichen Ausstiegsprogramme legen ihrer Arbeit häufig eine Definition von „Rechtsextremis-

mus" zugrunde, die eng mit Gewalttätigkeit (und nicht nur mit struktureller Gewaltakzeptanz), Straffälligkeit und gesellschaftlicher Desintegration verknüpft ist. Der Fokus liegt also auf straffälligen Neonazis, denen in das bürgerliche Leben zurück geholfen werden muss, damit sie sich von ihrer Ideologie lösen. Auf dieser Grundlage verwundert es nicht, dass die überwiegende Zahl der von diesen Programmen betreuten Personen männlichen Geschlechts ist. Für Frauen gilt häufig die Vorstellung eines klassischen Ausstiegs nicht, zumindest dann nicht, wenn er mit einer gesellschaftlichen Reintegration verbunden ist. Denn diese ist häufig überhaupt nicht nötig.

Gendersensible Perspektive

Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, das gesamte Feld der Ausstiegsarbeit unter einer gendersensiblen Perspektive zu betrachten. Da Mädchen und Frauen nur selten als extrem rechte Akteurinnen wahrgenommen werden, bleiben sie auch im Feld der institutionalisierten Ausstiegsarbeit nahezu unsichtbar. Es ist zumindest ein Anfang, wenn mittlerweile gefordert wird, Ausstiegsprogramme für die besonderen Bedarfe von Frauen zu sensibilisieren. Allerdings wird diese Forderung bisher nur klischeehaft gefüllt, nämlich indem die Ausstiegsprogramme in ihrem Unterstützungsangebot auch für Frauen mit Kindern geeignet sein sollen.
Eine gendersensible Perspektive geht über solche geschlechterstereotypen Vorstellungen hinaus und schließt die Hinterfragung sowohl von Weiblichkeits- als auch von Männlichkeitskonstruktionen ein. Damit wird Gender als eine Zugangskategorie zum Verstehen extrem rechter Orientierungen ernst genommen und als Bestandteil der Beziehungen und Interaktionen, in denen sich die Personen bewegen, gedacht. Ihre Bedeutung kann nicht nur Bestandteil von Einstiegs- und Verbleibsmotiven, sondern auch von nachhaltigen Distanzierungsprozessen sein.
Genderspezifische Aspekte finden sich integriert in die biographische Verlaufsstruktur und eingebettet in unterschiedliche Beziehungs- und Interaktionsmuster. Wichtiger Bestandteil dieser Muster innerhalb von Szene-Interaktionen ist die Inanspruchnahme und die Herstellung von Macht und Anerkennung. Das lässt sich sowohl für männliche als auch für weibliche Neonazis rekonstruieren. Die theoretisch propagierten Geschlechterrollenkonzepte bilden keine alleinige Erklärungsgrundlage, warum sich z.B. eine junge Frau der Szene zuwendet. Im Prozess der Distanzierung sieht es anders aus: In sprachlichen Rechtfertigungen von „AussteigerInnen" bildet die Distanzierung von den in der Szene vorherrschenden Geschlechterrollenvorstellungen ein häufiges Argument für die eigene Ausstiegsmotivation. Parallel dazu können Änderungen und Redefinitionen der eigenen Geschlechterrollenvorstellungen Teil des Distanzierungsprozesses sein. Dieses gilt aber nur dann, wenn die Personen diese Vorstellungen nicht (mehr) mit ihren eigenen Positionen in Einklang bringen können.
Schlussendlich finden Ausstiegsbegleitungen nicht nur im Rahmen institutioneller Ausstiegsprogramme statt. Ein Teil der „Ausstiegswilligen" mit Unterstützungsbedürfnissen wendet sich an die bisherigen GegnerInnen. So sind gerade antifaschistische Gruppen in gewisser Regelmäßigkeit damit konfrontiert, dass distanzierungswillige Neonazis den Kontakt zu ihnen suchen. Die Kriterien für einen angemessenen Umgang mit diesen Personen werden seit Jahren immer wieder diskutiert und erweitert. Teil von ihnen sollte auch sein, den eigenen gendersensiblen Blick auf potentielle AussteigerInnen zu schärfen, damit die kritische Auseinandersetzung mit vorherrschenden Geschlechterrollenvorstellungen bewusst eingefordert werden kann. Denn wenn sie nicht reflektiert und verändert werden, können sie in den neuen Kontexten unreflektiert weitergelebt werden.

NRW rechtsaußen
Die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Meldungen über die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen. Redaktionell betreut von LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen.

lotta-magazin.de/nrwrex

Über die Autorin

Johanna Sigl promoviert über „Lebensgeschichten von AussteigerInnen aus der extremen Rechten unter besonderer Berücksichtigung der Geschlechterdimensionen" und ist Mitglied im *Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus.*

Von Torben Heine

Grundsätzlicher Zielkonflikt

Ausstiegshilfe vom Geheimdienst

Seit 2001 verfügt das Land NRW über ein Aussteigerprogramm für Neonazis. Das „HelpLine – aktiv gegen Rechts" genannte Programm wird seitdem von den Innenministern als wirkungsvolle Maßnahme im Kampf gegen Rechts verkauft. Doch der Erfolg ist zweifelhaft und die Anbindung von Ausstiegshilfe an den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz grundfalsch. Trotzdem wird das Programm massiv ausgebaut.

„Angebote zum Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene" würden zukünftig intensiviert, verkündete NRW-Landesinnenminister **Ralf Jäger** (SPD) im Dezember 2011. Ein halbes Jahr später, im Juni 2012, teilte er mit, dass man nun 30 Personen betreue. „Die Interessenten werden mehr. Mit wachsendem Kontrolldruck auf die Szene steigt auch die Zahl der Ausstiegswilligen", so Jäger. Januar 2013 folgte die nächste Erfolgsmeldung: „HelpLine" kümmere sich nun um 40 Personen, deutlich mehr als erwartet. Grund dafür seien die vorangegangenen Kameradschaftsverbote (vgl. LOTTA #49).

Die Verbote können allerdings nicht für den Anstieg der Fallzahlen verantwortlich sein. Auf eine Anfrage der nordrhein-westfälischen *Piraten* im Landtag antwortete das Innenministerium NRW, dass seit der Einrichtung des Programms 256 Personen aufgenommen wurden, davon 23 Personen im ersten Halbjahr 2012 und 14 Personen im zweiten. Die Verbote dreier Kameradschaften wurden Ende August 2012 ausgesprochen und haben demnach nicht zu einer Zunahme an Ausstiegswilligen geführt.

Was ist ein erfolgreicher Ausstieg?

131 der 256 Teilnehmenden sollen laut Minister Jäger das Programm erfolgreich durchlaufen haben. Erstmals wird definiert, was als erfolgreicher Ausstieg gilt: „Ein eigenständiges Leben außerhalb der rechtsextremistische Szene" soll aufgenommen und das „rechtsextremistische Denken reflektiert und aufgearbeitet" werden. Weitere wichtige Bestandteile seien das „kritische Hinterfragen bisheriger Einstellungen, der Abbau von szenetypischen Feindbildern und Gewaltabstinenz". Alle Kontakte in die Szene müssten abgebrochen und die

Beteiligung an Szeneaktivitäten und Straftaten eingestellt werden. Gefordert wird zudem ein „Bekenntnis zu Pluralismus und Parlamentarismus sowie eine Abkehr von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass".

Dies sind klare Ziele. Weniger klar ist, wie die Ziele erreicht werden sollen. Das Ministerium schreibt, die Ausstiegshilfe bestehe aus zwei Komponenten: Der „lebenspraktischen Hilfe", die die „Stabilisierung der Person und die Entwicklung positiver Perspektiven" zum Ziel habe, sowie der kritischen Auseinandersetzung mit den politischen Positionen des Ausstiegswilligen. Hier stellt sich die Frage, warum ausgerechnet GeheimdienstmitarbeiterInnen für diese sozialpädagogische Arbeit der „lebenspraktischen Hilfe" geeignet sein sollen. Neben guten Ratschlägen bekommen Ausstiegswillige bei Bedarf auch zinslose Darlehen im „niedrigen dreistelligen Bereich".

Zweifel an der Qualität der inhaltlichen Auseinandersetzung weckt ein im *Kölner Stadtanzeiger* abgedrucktes Interview mit einem VS-Mitarbeiter. Auf die Frage, wie ein „Gesinnungswandel" der Ausstiegswilligen unterstützt werde, antwortete dieser: „Das läuft ganz praktisch ab. Ein Beispiel: Wenn ein Aussteiger sagt 'Ich esse keinen Döner, das geht ja gar nicht, dieser Fraß!', lade ich ihn in ein türkisches Restaurant ein. Dort merkt er plötzlich, dass das Essen lecker ist und der Kellner freundlich war."

Mehr BetreuerInnen und aktive Ansprache

Die vom Ministerium veröffentlichten Zahlen und Kriterien sind nicht überprüfbar. Eine unabhängige Evaluation des Programms existiert bislang nicht. „HelpLine" dient vor allem als Beleg dafür, dass VS und Innenministerium effektiv gegen Neonazis vorgehen. Die Fallzahlen werden als Erfolg im Kampf gegen Rechts verkauft. Behauptet wird, dass jeder sich von der Szene entfernende Neonazi diese schwäche. Unter den Tisch fällt, dass besonders Kameradschaften einer hohen Fluktuation unterliegen und stetig neue KameradInnen nachrücken, meist gehen die Ausstiege also im gewöhnlichen Personalwechsel unter.

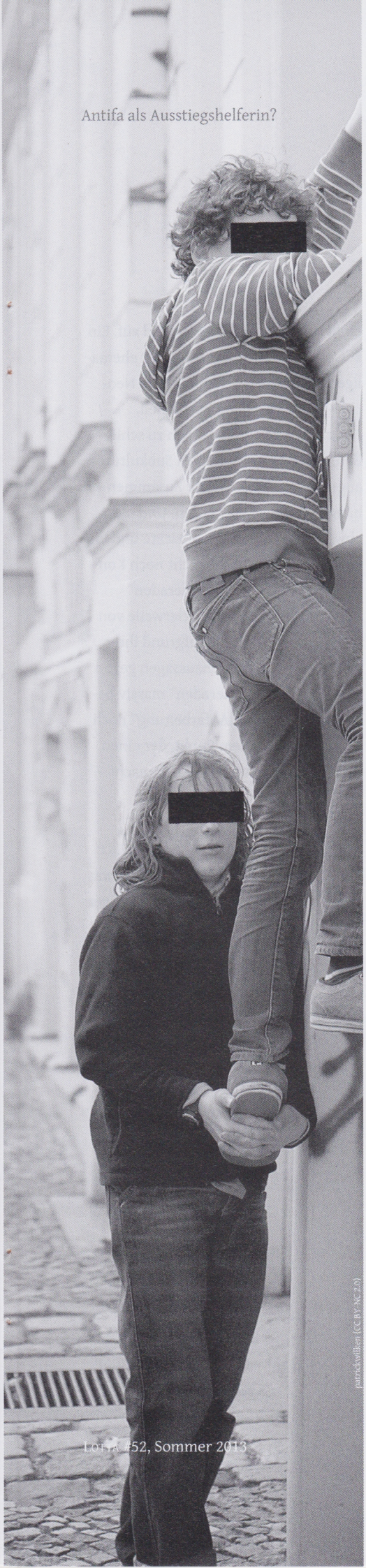
Wie angekündigt hat der VS neue AusstiegsbetreuerInnen eingestellt. Diese sollen aktiv auf Neonazis zugehen und sie zum „Ausstieg" bewegen. Damit wird eines der grundlegenden Prinzipien von Ausstiegsarbeit über Bord geworfen: Die Eigenmotivation der Ausstiegswilligen wird nicht mehr erwartet. So lassen sich höhere Fallzahlen generieren, aber sicherlich nicht die Überwindung der extrem rechten Weltbilder und eine nachhaltige Distanzierung von der Szene.

Nach eigenen Angaben wirbt der VS nun auch in Gefängnissen unter rechten InsassInnen um Ausstiegswillige. Es liegt nahe, dass die Häftlinge sich von einem proklamierten Ausstieg Hafterleichterungen oder eine günstige Sozialprognose erhoffen. Auch vor Gericht führt der Kontakt zu einem Aussteigerprogramm in der Regel zu milderen Strafen. So verurteilte das Landgericht Aachen im März drei „ausgestiegene" Mitglieder und Sympathisanten der *Kameradschaft Aachener Land*, die einen Mann in Wassenberg (Kreis Heinsberg) fast tot geschlagen haben, lediglich zu Bewährungsstrafen.

Höchst problematisch ist, dass sich unter den neuen VS-BetreuerInnen auch MitarbeiterInnen der kommunalen Jugendarbeit befinden. Diese arbeiten gleichzeitig für ihr Jugendamt und für den Geheimdienst, was aber von Seiten des VS nicht transparent gemacht wird. So dringt der Geheimdienst mit seinen „Doppelagenten" unbemerkt in die Jugendhilfe vor.

Interessenskonflikte

Die Anbindung des Ausstiegsprogramms an den VS führt zu einem grundsätzlichen Zielkonflikt, unabhängig davon wie das Programm im Detail ausgestaltet ist. Ziel des VS ist die Gewinnung von Informationen, wozu auch nachrichtendienstliche Mittel wie das Anwerben von Spitzeln, sogenannten V-Leuten, genutzt werden. Kommt der VS mit aktiven Neonazis ins Gespräch, ist er vor allem an Quellenabschöpfung interessiert, bevorzugt über einen möglichst langen Zeitraum. Doch wer als Spitzel arbeiten soll, muss in der Szene verbleiben, nach Möglichkeit sogar in der Hierarchie aufsteigen, um an die wirklich interessanten Informationen zu gelangen. Laut Innenminister Jäger werden Ausstiegswillige in „einem Bereich betreut, der personell und arbeitstechnisch von den anderen Bereichen der Abteilung Verfassungsschutz des MIK NRW getrennt ist". Überprüfen lässt sich diese Aussage nicht. 2012 musste das Ministerium zugeben, dass ein Ausstiegswilliger als Informationsquelle abgeschöpft wurde. Natürlich ein Einzelfall. Ein ähnlicher Einzelfall wie der ehemalige JN-Kader **Peter V.** aus Hamm, der sich – vor der Einrichtung des Ausstiegsprogramms – an den VS NRW mit der Bitte um Hilfe bei seinem Ausstieg wandte. Die Verfassungsschützer überredeten ihn, bei den JN zu bleiben. In der Folge stieg V. in der Szenehierarchie auf. Aus dem JN-Bezirksvorsitzenden Ruhr wurde der stellvertretende JN-Landesvorsitzende, bis er schließlich Ende 2002 den Vorgang öffentlich machte und der Szene endgültig den Rücken kehrte.



patrickwilken (CC BY-NC 2.0)

Von Sebastian Hell und Verena Grün

Antifa als Ausstiegshelferin?

Die heikle Frage des Umgangs mit ausstiegswilligen Neonazis

Immer wieder wenden sich Neonazis, die sich von der Naziszene distanzieren, an Antifa-Gruppen. Auch wenn kein direkter Kontakt vorliegt, müssen sich Antifaschist_innen zu (angeblichen) Austeiger_innen positionieren. Beide Situationen erfordern komplexe Entscheidungen. Wie können und wollen Antifaschist_innen damit umgehen?

Im Herbst 2003 wandte sich unmittelbar nach einer Vortragsveranstaltung in Düsseldorf ein junger Mann an den Aussteiger **Jörg Fischer**, der als Referent eingeladen war. Auch er sei Aussteiger und suche den Austausch. Fischer verwies ihn an lokale Antifaschist_innen. Nach den ersten Gesprächen wurde klar, dass er nicht alles offen legte und offenbar eher eine Art „Unbedenklichkeitsbescheinigung" von Seiten der Antifa haben wollte. Daraufhin brachen die Antifaschist_innen den Kontakt ab und drangen darauf, dass er sich von linken Strukturen fernhalten solle. Als er im Jahr darauf als Referent des gemeinsamen Autonomen Schwulenreferats an Universität und Fachhochschule kandidierte, wurde sein Vorleben in der Neonazi-Szene öffentlich gemacht. Daraufhin zog er seine Kandidatur zurück und hielt sich fortan zurück. Ende des Jahres 2011 holte ihn die Vergangenheit erneut ein. Er wurde wegen Verdachts auf Beihilfe zu neunfachem Mord festgenommen. Was er den Düsseldorfer Antifaschist_innen unter anderem verschwiegen hatte, war, dass er um die Jahrtausendwende eine Pistole besorgt und an **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** übergeben hatte. Es war die Ceska, mit der der NSU neun Menschen ermordete. Der Name des Aussteigers: **Carsten Schultze**.

„Langer und schwieriger Prozess"

Ein Ausstieg bedeute, „einen langen und schwierigen Prozess durchzumachen, an dessen Ende nur die Konsequenz bleibt, sich selbstverständlich und konsequent gegen seine ehemaligen 'Kameraden' zu stellen", schreibt das *Antifaschistische Infoblatt* in seiner Ausgabe 74. Dazu gehört natürlich auch die Reflexion und Abkehr von rechten Denkmustern und Einstellungen. Ein alleiniges Verlassen der Szene oder ein Inaktivwerden hat aus antifaschistischer Sicht den Begriff

„Ausstieg" nicht verdient. Die Motivationen, aus denen heraus sich Ausstiegswillige oder Ausgestiegene an Antifa-Strukturen wenden, sind vielfältig. Einige erhoffen sich Hilfe beim Distanzierungs- und Reflexionsprozess, andere wollen zukünftig von der Antifa in Ruhe gelassen werden. Teils wollen Aussteiger_innen Antifaschist_innen über Strukturen und Gefahren informieren und aufklärend aktiv werden. Hinter der Kontaktaufnahme können aber auch wirtschaftliche Erwägungen – beispielsweise die Befürchtung eines Verlusts des Arbeitsplatzes –, Geltungssucht und Rachegelüste gegen ehemalige „Kamerad_innen" stecken.

Klarheit über das eigene Interesse und Distanz

Aus Antifa-Sicht gibt es ebenfalls unterschiedliche Beweggründe, den Kontakt einzugehen. Es kann darum gehen zu überprüfen, ob ein behaupteter „Ausstieg" glaubhaft ist, Informationen über neonazistische Strukturen und Strategien zu erhalten oder auch beim Ausstieg behilflich zu sein, diesen also zu begleiten. Über das eigene Interesse muss also erst einmal Klarheit geschaffen werden. Für den Kontakt mit Aussteiger_innen spricht der Einblick in die neonazistische Szene und die Möglichkeit des Abgleichs von vorhandenen Informationen und Einschätzungen. Doch blindes Vertrauen in die Berichte von „Aussteiger_innen" führt in die Irre. Gewollt oder ungewollt wird oft ein verzerrtes Bild vermittelt. Insbesondere die Schilderung der eigenen Rolle muss hinterfragt und mit anderen Quellen abgeglichen werden. Ausstiegswillige neigen dazu, die eigene Rolle herunterzuspielen, um besser dazustehen, oder aber auch, sich als möglichst wichtig darzustellen, um die eigene Person aufzuwerten und sich interessanter zu machen. Schultze beispielsweise sah sich – obwohl damals mit federführend in der Jenaer Neonazi-Szene – als „kleines Licht", nicht einmal Rassist will er gewesen sein.

Einer Kontaktaufnahme seitens „Aussteiger_innen" liegt nicht immer ein ernst gemeinter Ausstiegswille zugrunde. Sie kann auch den Versuch darstellen, Einblick in antifaschistische Strukturen zu erhalten und Teil von „Anti-Antifa"-Arbeit sein. Davor lässt sich nur durch Vorsicht, Austausch und Abgleich mit weniger involvierten und eventuell auch erfahreneren Antifaschist_innen schützen.

Einige der in den letzten Jahren ausgestiegenen Personen äußerten auch den Wunsch, in Antifa-Gruppen aktiv werden, sich gegen rechts engagieren oder Zugang zu Orten linker Subkultur erhalten zu dürfen. Derartige Wünsche sollten auf jeden Fall verweigert oder zumindest vom weiteren Ausstiegsprozess abhängig gemacht werden. Zu bedenken ist auch, dass es in den meisten Fällen Menschen gibt, die sich durch die Anwesenheit eines ehemaligen Neonazis eingeschüchtert fühlen oder die gar konkrete Gewalttaten oder Drohungen durch ihn oder sie erfahren haben. Solange dies der Fall ist, muss der Person der Zugang zu den Räumen verweigert werden, so ernst es ihr oder ihm auch mit dem Ausstieg ist.

In manchen Fällen tauchen die vermeintlichen Aussteiger_innen aber auch einfach im linken Szene-Umfeld auf. Ein Beispiel hierfür ist der Fall einer ehemaligen Aktivistin der Wuppertaler Neonazi-Szene. Es gelang ihr schnell, Freundschaften zu Personen zu schließen, die links konnotierten Subkulturen angehören, und in soziale Zusammenhänge integriert zu werden. Und dies, obwohl sie nie richtig auspackte und bis heute unklar ist, ob sie nicht noch Kontakte zu ehemaligen „Kameraden" pflegt. Auch wenn sie mittlerweile von Wuppertaler Neonazis aufgrund ihrer belastenden Zeuginnenaussagen gegen angeklagte Ex-"Kameraden" massiv bedroht wird, ist die „Aufarbeitung" noch lange nicht an einem Punkt, der einen Umgang mit ihr unbedenklich macht – im Gegenteil.

Verlockungen und Fallstricke

Das Wuppertaler Beispiel deutet an, was alles beim Kontakt mit Ausstiegswilligen schief laufen kann. In der Antifa-Szene sind Ex-Nazis nicht selten heiß begehrte Gesprächspartner_innen, versprechen sie doch den Zugang zu vermeintlich exklusiven Informationen, was der eigenen Position innerhalb der Szene zugute kommen kann. Zudem bietet sich hier die „spannende" Nähe zum „Feind". Hierin könnte der Grund dafür liegen, dass sich Antifaschist_innen so oft so unbedarft auf Aussteiger_innen stürzen.

Neben einer Unterschätzung, wie heikel der Umgang mit Aussteigenden sein kann, scheinen diese auch eine Art Trophäe darzustellen. Dabei wird oft nicht daran gedacht, politisch zu entscheiden, was wichtig ist und ob eine solche Konzentration auf Täter_innen richtig und wünschenswert ist. Ebensowenig wer-

den Sicherheitsstandards eingehalten, Aussteiger_innen teilweise sogar in kürzester Zeit ins soziale Umfeld integriert. Zu den Gefahren gehört auch, dass im Prozess der Ausstiegsbegleitung die Distanz verloren geht. Hierbei gerät schnell die Täter_innenrolle aus dem Blick, was zur Folge haben kann, sich die Sichtweise und Wünsche der „betreuten" Person zu sehr zu eigen zu machen.
In der Interaktion sollte daher darauf geachtet werden, die Person nicht zu sehr in den Mittelpunkt zu stellen, eine „Star-Rolle" muss unbedingt vermieden werden.
Sich auf den Kontakt mit Aussteiger _innen einzulassen, birgt sowohl Chancen als auch Risiken, die für jeden Fall neu abgewogen werden müssen. Ein Grund für die Unterstützung eines Ausstiegs ist, dass Chancen genutzt werden müssen, Menschen die Distanzierung von der Neonazi-Szene zu ermöglichen. Dies muss nicht zwangsläufig durch antifaschistische Strukturen geleistet werden, sollte aber auch nicht staatlichen Institutionen überlassen werden (vgl. den Artikel über die Aussteiger-Programme des VS auf S. 21-22).

Standards

Voraussetzung für einen Kontakt zu ausstiegswilligen Neonazis sollte immer der glaubhafte und unumkehrbare Bruch mit der Neonazi-Szene sein, beispielsweise durch klare öffentliche Distanzierungen und die Preisgabe sensiblen Wissens über die Szene. Es darf kein Zurück geben, alle Kontakte – auch „soziale" – müssen abgebrochen werden. Die Gründe der Austiegswilligen sind genau zu prüfen, es ist zudem wichtig klarzustellen, zu welchen Bedingungen man sich auf den Kontakt einlässt. Und auch dann darf nicht auf die Schnelle eine Art „Unbedenklichkeitsbescheinigung" ausgestellt werden. Leichtfertigkeit ist fehl am Platz, sie erhöht die ohnehin bestehenden Risiken und kann einigen Schaden anrichten.
Die Motivation der ausstiegswilligen Person sowie die eigenen Ressourcen sind ausschlaggebend für die Gestaltung des Kontakts. Eine Begleitung nebst ausführlichen Gesprächen ist zeitintensiv und – teilweise auch emotional – anstrengend. Daher stellt sich die Frage, ob ein Kontakt für das Erreichen der eigenen politischen Ziele wirklich notwendig ist. Mit Gesprächen ist es nicht getan, Berichtetes muss dokumentiert, überprüft, eingeordnet und an die eigenen Strukturen rückgekoppelt werden. Außerdem muss der Prozess immer wieder reflektiert werden, um Vereinnahmung und Distanzverlust vorzubeugen. Die Begleitung muss also gut vorbereitet werden, eine klare Aufgaben(ver)teilung ist notwendig. Wer führt die Gespräche? Regionale Recherchestrukturen können die Informationen vermutlich am besten einordnen und die präzisesten Fragen stellen. Erfahrungen mit Ausstiegsbegleitungen sind ebenfalls von Vorteil. Sicherheitsabwägungen könnten auch dafür sprechen, zumindest die ersten Gespräche an Menschen außerhalb der eigenen regionalen Strukturen zu delegieren. Da eine Vermischung von Informationsgewinnung und Aufarbeitung der Vergangenheit als Neonazi problematisch sein kann, macht es Sinn, dies auch personell zu trennen. Eine darüber hinausgehende Begleitung auf sozialer Ebene muss wohlüberlegt sein. Hier verschwimmen schnell die Grenzen zwischen politischer und freundschaftlicher Beziehung oder auch Sozialarbeit.
Aber auch eine antifaschistische Positionierung zu als Aussteiger_innen Präsentierten muss sorgfältig durchdacht und eventuell auch in andere Städte kommuniziert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Informationen über einen nicht überzeugenden „Ausstieg" untergehen.

Mit Vorsicht eine Chance geben

Nicht immer ist der Unterschied zwischen dem, was von ehemaligen Neonazis, die sich von der Szene distanziert haben, preisgegeben wird, und der Realität so groß wie bei Carsten Schultze. Es darf jedoch nicht vergessen werden, wie viel für ehemalige Neonazis an einem „anerkannten" Ausstieg hängen kann. Daher ist immer Vorsicht und permanente Reflexion geboten. Im Zweifelsfall lieber die Finger davon lassen. Keine Information ist so wichtig, dafür Kopf und Kragen, im schlimmsten Fall die von anderen, zu riskieren. Es obliegt denjenigen, die aus der Naziszene aussteigen wollen, ihren Wandel glaubhaft und überprüfbar zu machen, nicht Antifaschist_innen. Dennoch verdienen Menschen, die sich von der neonazistischen Szene lossagen und sich von ihrem menschenverachtenden Weltbild lösen wollen, eine Chance. Auch seitens der Antifa.

Svenja Wochnik (3. von links), Thomas Marrenbach, Christian Marrenbach (verdeckt), Jens Herder am 25. August 2012 in Gummersbach

Von Torben Heine

Nicht auf „demokratischem Wege“

Die „Freien Kräfte Oberberg“

Noch passen sich die „Freien Kräfte Oberberg“ (FKO) dem allgemeinen Trend der rheinländischen Neonaziszene nicht an. Sie haben anders als ihre Kameraden in Aachen oder Wuppertal noch keinen Kreisverband von „Die Rechte“ gegründet, sondern agieren im Oberbergischen Kreis weiterhin als „Freie Kameradschaft“.

Zwei Tage nach den Kameradschaftsverboten im August 2012 war ein Teil der Neonazi-Szene schon wieder auf der Straße. In Pulheim, Düren, Gummersbach und Wuppertal machte eine „Mobilisierungstour“ für den „8. Nationalen Antikriegstag“ Station. Die Kundgebung in Gummersbach war die erste, die mit Beteiligung der FKO in der oberbergischen Kreisstadt durchgeführt wurde. Nachdem der Veranstaltungsort von *NRW rechtsaußen* publik gemacht wurde, warben die FKO offen für die Teilnahme an der Kundgebung „in deiner Region“. Fast 25 Personen aus dem Oberbergischen – das Gebiet südlich von Wuppertal und östlich von Köln – erschienen und verdeutlichten das Potenzial der Gruppe. Ein Teil von ihnen, darunter **Thomas Marrenbach** und **Daniel Kliefoth**, reiste gemeinsam mit weiteren Neonazis mit einem gemieteten Reisebus an. **Kevin Oellig**, **Christian Marrenbach**, **Jana Ibens**, **Svenja Wochnik** und andere kamen direkt zum Kundgebungsplatz in der Innenstadt. Zwar halfen lokale Neonazis beim Aufbau der Lautsprecheranlage, eine Rede hielt aber keine/r aus dem Kreis der FKO. Die Ansprachen blieben auswärtigen Aktivisten wie **René Laube** vorbehalten, der bis zu ihrem Verbot der *Kameradschaft Aachener Land* angehörte.

Obwohl sich die FKO schon einige Jahre zuvor gegründet hatten, nahmen ihnen zugesprochene Aktivitäten insbesondere seit 2011 stark zu. Vor allem in Städten im südlichen Teil des Kreises werden immer wieder Neonazi-Parolen, Hakenkreuze und Sprüche wie „Werde aktiv – FKO“ gesprüht. Auf ihrer auch mittels Graffitis beworbenen Internetseite sin-

gen die FKO die bekannte Neonazi-Litanei vom drohenden „Volkstod“, der ihren Kampf für ein „nationales und sozialistisches Deutschland“ erforderlich mache: „Millionen Fremde strömen in unser Land hinein, kapitalistische Unternehmen beuten die Bevölkerung aus und deutsche Soldaten führen völkerrechtswidrige Kriege.“ Weiter heißt es: „Das Endziel ist die Vernichtung des deutschen Volkes und Schaffung eines multikulturellen Einheitsbreis, bei dem Werte wie Kultur und Tradition der Vergangenheit angehören.“ Hinter diesem Endziel, so wird in antisemitischer Diktion ausgeführt, stünde die „internationale Hochfinanz“.

Drohungen und Diffamierungen

Es sind nicht nur Propagandataten, die der oberbergischen Neonazi-Szene zugerechnet werden können, sondern auch Drohungen gegen engagierte BürgerInnen wie die Aktiven des Bündnisses *Oberberg ist bunt - nicht braun*: Im Juni 2011 wurden an drei Orten rohe Eier an Hausfassaden geworfen, Hakenkreuze mit Fett an Glasflächen geschmiert und Plakate mit der Forderung nach einem „Nationalen Sozialismus“ an Fahrzeuge und Wände geklebt. Im September 2011 verübten bislang nicht ermittelte TäterInnen einen Farbanschlag auf das Büro der Partei *Die Linke* in Gummersbach. Im Frühjahr 2012 wurde ein *Oberberg ist bunt*-Sprecher mit Flugblättern als angeblicher Neonazi „geoutet“. Ein Jahr später wurden Plakate mit dem Foto eines Anti-Nazi-Aktivisten verklebt, die diesen als „perversen Frauenfeind“ und „Freier“ diffamierten. Wenige Tage zuvor hatten Neonazis eine Veranstaltung von *Die Linke* in Gummersbach besucht und dort Flugblätter „wider dem antideutschen Meinungsterror“ (sic!) verteilt. Verantwortlich für das FKO-Flugblatt zeichnete der *Die Rechte*-Funktionär **Michael Brück** aus Dortmund.

Die Rechtsrock-Band „Rufmord“

Eng mit den *Freien Kräften Oberberg* verbunden ist die Rechtsrock-Gruppe *Rufmord*. Auf der Internetseite der FKO wird ihr 2012 beim Label *Wolfszeit Records* aus Werne an der Lippe veröffentlichtes Debütalbum „Alles bleibt so wie es niemals war“ prominent beworben. Bei dem „Hauslabel“ der Rechtsrocker *Sleipnir* war zuvor bereits die Demo-CD der Band erschienen. *Rufmord* wurde nach eigenen Angaben 2007 als Zwei-Mann-Band gegründet. Kopf der Band ist **Jens Herder**, der die Texte schreibt und anfangs alle Instrumente außer dem Schlagzeug einspielte. Zeitweise trat er auch mit zwei weiteren Musikern auf. So konnte *Rufmord* 2011 eine weitere Promo-CD sowie ein in Gummersbach gedrehtes Video veröffentlichen und mehrere Konzerte absolvieren. Beispielsweise trat die Band am 30. Juli 2011 gemeinsam mit der Gruppe *Flak* des Sinziger Neonazis **Philipp Neumann** im „Braunen Haus“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, dem Hauptquartier des von der Polizei im März 2012 zerschlagenen *Aktionsbüro Mittelrhein*, auf. Es folgten im August und November desselben Jahres zwei von den FKO organisierte Konzerte im Oberbergischen Kreis, bei denen *Flak, Sleipnir, Säd but True* (Leverkusen), *Projekt Aaskeira* (Velbert) und die Rap-Band *n'Socialist Soundsystem* auftraten. Mit letzteren hat *Rufmord* zwei Lieder in Koproduktion eingespielt. Von diesen beiden Ausnahmen abgesehen liefern *Rufmord* musikalisch eher klassischen Rechtsrock, wobei sich schnellere Nummern mit eher balladenhaften Songs abwechseln.

Propagandamittel Musik

Im Interview mit dem Szene-Fanzine *Freies Chemnitz* behauptet Bandleader Herder, dass er sich aus „politischen Sachen“ heraushalte. „Mein Beitrag soll die Musik sein!“, so Herder. Diese sei „unser größtes Propagandamittel.“ Im Song „WUT“ beklagt der Sänger, dass sein Ort zur „No Go Area“ verkomme und schildert, wie sich seine Wut in Gewalt entlädt: „Wenn Hass und WUT durch den Körper jagen / Platzt auch dir irgendwann der Kragen / Dann fehlt nur noch ein falscher Blick / Hol dir deine Ehre zurück.“ Wer „sie“ sind, die diese Reaktionen auslösen, bleibt unklar, kann aber aus dem Gesamtzusammenhang heraus mit den Feindbildern der rechten Szene („die Ausländer“) identifiziert werden. Und obgleich offen rassistische Ausfälle auf dem Album nicht zu finden sind, ist die Band zweifelsfrei im völkischen Nationalismus zu verorten. Dies zeigen nicht zuletzt die Songs „Der letzte Mann“ und „Wacht am Rhein“, die Vertonungen von bekannten nationalistischen Gedichten sind. Illustriert ist „Wacht am Rhein“ im Textheft durch einen mit einer MP schießenden Wehmachtssoldaten.

Gut vernetzt

Die Oberberger Neonazis sind reisefreudig, zuletzt hatten sie 2012 beim „Trauermarsch“ in Remagen einen größeren Auftritt: Eine mit Fahnen ausstaffierte FKO-Abordnung durfte ein Holzkreuz mit Stahlhelm tragen, das im Mittelpunkt der Kundgebung auf den Rheinwiesen stand. An diesen und anderen Aktionen zeigt sich, dass die FKO fest in das Netzwerk der rheinländischen Neonazi-Szene eingebunden sind. „Wir glauben nicht daran, dass Wahlen etwas verändern können“, heißt es in der Selbstdarstellung der FKO. Man gebe sich nicht der Illusion hin, auf „demokratischem Wege Veränderungen zu erreichen.“ Auch die „Kameraden“ in Dortmund oder Aachen sind nicht für „demokratische Wege“ bekannt – einer Partei sind sie dennoch beigetreten. Es bleibt abzuwarten, ob auch die FKO bald einen Kreisverband von *Die Rechte* gründen.

Von Verena Grün und Manfred Pfister

Propaganda – Lüge – Aktivismus

Das „Freie Netz Hessen“ zwischen Größenwahn und Jammerei

Zum stolzen Gewinner des Gewinnspiels der Monatsschrift des „Freien Netzes Hessen“ (FNH) wird im April Florian W. gekürt. Er konnte die spannende Frage beantworten, wie schwer die Aufkleber aller Auflagen der „Israel mordet!-Kampagne des FN Hessen“ insgesamt waren. Eine kreative und ansprechende Aktion, könnte man meinen – wäre der Gewinner nicht auch gleichzeitig einer der Macher_innen der Monatsschrift.

Diese kleine Anekdote steht symbolisch für die Selbstinszenierung des FNH. Zwischen Realität und virtueller Darstellung liegen Welten. Im Internet erscheint die Gruppierung als aktionistische, erfolgreiche und personenstarke Vernetzung hessischer Gruppen. In der Realität bestehen die vernetzten Gruppen zum Teil aus wenigen Personen, gefeierte Aktivitäten stellen sich bei genauerem Hinsehen oft als unspektakulär heraus. Gewalttätige Aktionen, aggressives Auftreten und kleine, aber gelungene Aufmärsche zeigen allerdings, dass von den Aktivist_innen für bestimmte Menschen eine Gefahr ausgeht und sie ernst genommen werden müssen.

Zwischen Notgemeinschaft und Vernetzung

Das FNH bezeichnet sich als „Vernetzungsplattform von Gruppen in Hessen, welche sich als nationale Sozialisten begreifen“. Die Internetpräsenz besteht seit 2011, im selben Jahr wurde das Label auch erstmals auf Transparenten und T-Shirts verwendet. Damit fällt die Entstehung in die aktionistischste Phase der *Nationalen Sozialisten Rhein-Main* (NSRM, siehe LOTTA #45). Antifaschistische Gegenwehr und staatliche Repression führten bald zum Rückzug einiger NSRM-Mitglieder. Die weiterhin Aktiven agierten fortan ausschließlich unter dem Label FNH. Auch wenn es mittlerweile wieder eine Homepage unter dem Namen NSRM gibt, hat sich daran nichts geändert. Eine ähnliche Entwicklung war in Wetzlar zu beobachten. Als sich die Anzahl der Aktiven nach schweren

Straftaten (siehe LOTTA #43) erheblich dezimierte, integrierte sich der Rest in das FNH. Ebenso Teil der Vernetzung sind aber auch eigenständig aktive Gruppen, wie die *Nationalen Sozialisten Ried* (NaSo Ried) und das *Infoportal Lumdatal*.

Die Fluktuation bezüglich der aktuellen Aktivitäten der verschiedenen Gruppen ist hoch. So sorgten zum Beispiel die *Freien Kräfte Waldeck-Frankenberg* ein Jahr lang mit gewalttätigen Aktionen für Aufsehen in Nordhessen und gestalteten das FNH wahrnehmbar mit. Aktuell sind von der Gruppe dagegen keine sichtbaren Aktivitäten mehr zu verzeichnen, sie werden jedoch noch immer als Teil des FNH dargestellt. Die *Freien Nationalisten Odenwald* hingegen, die sich in der „Monatsschrift Mai“ des FNH vorstellen durften, sind vor Ort zwar bemerkbar, überregional jedoch nur über ihre Einbindung in des FNH sichtbar.

Das FN Hessen stellt also einerseits eine Notgemeinschaft und Vernetzung einzelner einsamer Aktivist_innen dar, entspricht auf der anderen Seite aber auch der eigenen Darstellung einer Vernetzungsstruktur. Mittlerweile sind die meisten nicht parteiförmig organisierten hessischen Neonazigruppen in das FNH eingebunden. Dies kann durchaus als Erfolg gewertet werden, gab es doch eine derart weiträumige Vernetzung bisher nicht und erweist sie sich bisher als durchaus kontinuierlich und stabil. Auch wenn diese gute Zusammenarbeit vermutlich hauptsächlich der eigenen Schwäche geschuldet ist, seit Jahren nicht über ein geringes aktives Personenpotenzial hinauszukommen.

Auf der Homepage des FNH finden sich regelmäßig selbst erstellte oder von anderen Gruppen übernommene Texte sowie Berichte über „Kampagnen“. Diese „Kampagnen“ erschöpfen sich meist in Kleinstaktionen der einzelnen Gruppen, die zusammengeführt und aufgebauscht werden. Die „Israel mordet-Kampagne“ bestand zum Beispiel aus dem Verkleben von Aufklebern und ausgedruckten Plakaten sowie dem Aufhängen von Transparenten an einigen wenigen Orten in Hessen. Es wurde dazu aufgerufen, Fotos von den „Aktionen“ einzusenden. Die veröffentlichten Einsendungen stammten allesamt aus den Orten, in denen es Aktivist_innen oder Gruppen gibt.

Seit Januar werden einzelne Inhalte der Internetseite sowie Texte aus anderen Quellen zusätzlich als digital erscheinende „Monatsschrift“ veröffentlicht. Darin wird auch für Aufkleber, Buttons und „Leitfäden“ geworben, die – angeblich – über die Homepage bestellt werden können. „Leitfäden“ sollen bisher zu den Themen „Outings“ und „Polizei und Justiz“ erschienen sein. Seit Kurzem besteht eine weitere Homepage, die auf den ersten Blick keine Verbindung zur Neonaziszene erkennen lässt. Erst durch die verlinkten „Monatsschriften“ und beworbenen „Leitfäden“ wird klar, um was es sich bei dem *Arbeitskreis Bildung & Sicherheit* (Untertitel: „Theorie für die Praxis. Offenes Kollektiv“) handelt.

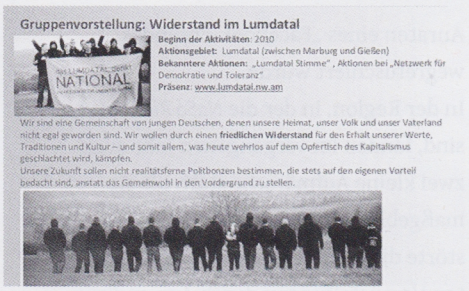
NaSo Ried: Wortergreifung und Winterhilfe

Die langlebigste und aktivste Gruppe des FNH sind die *NaSo Ried* aus Südhessen. Sie beteiligen sich an gemeinsamen Aktionen und „Kampagnen“, setzen jedoch auch eigene Themen. Hierzu gehört die Wohnraum-Kampagne wie auch die „Winterhilfe“. Bei beiden Kampagnen geht es darum, öffentlichkeitswirksam und – für nicht ganz abgeneigte Rezipient_innen – positiv auf sich aufmerksam zu machen. Die „Winterhilfe“ steht in der Tradition des nationalsozialistischen „Winterhilfswerk des Deutschen Volkes“. So verwundert es kaum, dass der erste Plakatentwurf unter anderem ein SS-Symbol beinhaltete, das erst auf Anraten eines „Facebook-Freundes“ wegretuschiert wurde.

In der Region, in der die *NaSo Ried* aktiv sind, fanden im vergangenen Jahr auch zwei kleine Aufmärsche statt, die sie maßgeblich organisierten. Außerdem störte die Gruppe in den letzten Monaten Veranstaltungen durch Anwendung der Wortergreifungsstrategie. Einen Vortrag zu „Rechtsextremismus im ländlichen Raum“ in ihrer „Homezone“ Biblis besuchten sie zu zehnt, gemeinsam mit dem Vorsitzenden der *Freien Liste Biblis*, die bei der Kommunalwahl 2011 22,7 Prozent erzielte, mit fünf Abgeordneten im Bibliser Stadtrat sitzt und eine deutliche inhaltliche Nähe zur NPD aufweist. Wenige Tage vorher veröffentlichten sie auf ihrer Homepage einen Text mit „Tipps zur erfolgreichen Wortergreifung“. Gegenüber dem Veranstaltungsort hielten sich weitere Aktivist_innen auf und beobachteten, wer die Veranstaltung besuchte. Damit gelang es ihnen, die Diskussion zu dominieren und zeitweise ein Drohpotenzial aufzubauen, das gerade diejenigen, die ohnehin schon zu ihrem besonderen Feindbild gehören, einschüchtert.

Lumdatal: Nächtliche Angriffe und Stickerflut

Für großen, auch medialen Aufruhr sorgt seit einem halben Jahr eine Gruppe von Neonazis aus dem Lumdatal. Bei Beobachter_innen der Szene führte dies zu Verwunderung, besteht doch im Lumdatal bei Gießen seit Jahren eine aktive und auch gewalttätige Neonazi-Szene. Bis auf wenige Ausnahmen besteht die Gruppe aus seit Jahren bekannten Protagonisten der Region. Beschränkte sich ihr Aktivismus lange Zeit auf lokale Jugendzentren und Auseinandersetzungen auf der örtlichen Kirmes, so scheint es ihnen nun gelungen zu sein, sich unter einem Gruppennamen auch öffentlichkeitswirksam zu organi-


Gruppenvorstellung: Widerstand im Lumdatal

Beginn der Aktivitäten: 2010
Aktionsgebiet: Lumdatal (zwischen Marburg und Gießen)
Bekanntere Aktionen: „Lumdatal Stimme“, Aktionen bei „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“
Präsenz: www.lumdatal.nw.am

Wir sind eine Gemeinschaft von jungen Deutschen, denen unsere Heimat, unser Volk und unser Vaterland nicht egal geworden sind. Wir wollen durch einen **friedlichen Widerstand** für den Erhalt unserer Werte, Traditionen und Kultur – und somit allem, was heute wehrlos auf dem Opfertisch des Kapitalismus geschlachtet wird, kämpfen.
Unsere Zukunft sollen nicht realitätsferne Politbonzen bestimmen, die stets auf den eigenen Vorteil bedacht sind, anstatt das Gemeinwohl in den Vordergrund zu stellen.

Oben: Ausschnitt aus der Monatsschrift des FN Hessen
Unten: Transparent der AN Wetzlar

Aktivist des FN Hessen „in Aktion“

sieren. Nächtliche Angriffe auf unliebsame Personen sorgen nun für Empörung in der Dorfgemeinschaft und für staatliche Repressionen. Die Aktionen wirken schlecht geplant und scheinen durchgeführt zu werden, ohne sich der Konsequenzen bewusst zu sein, was ihrer Intensität und Gefahr für die Betroffenen allerdings keinen Abbruch tut. Ihren Höhepunkt erreichten die gewalttätigen Aktionen in der Nacht des 1. Mais, als versucht wurde, unter Sieg Heil-Rufen zuerst die Haustür einer Allendorfer Familie und dann die der Bürgermeisterin einzutreten. Letztere hatte sich in den Wochen zuvor klar gegen die Neonazis positioniert. Neben einem ihr gewidmeten Aufkleber im Sortiment der Gruppe brachte ihr dies auch nächtliche Drohanrufe ein. Hier wird der Größenwahn der Gruppe deutlich. Regelmäßige Angriffe auf die linke *Projektwerkstatt* in der Region sowie Rechtsrockpartys in diversen lokalen Jugendräumen in den letzten Jahren ließen die Bevölkerung kalt. Sich jedoch genauso folgenlos mit Vertreter_innen der lokalen Politik anlegen zu können, war allerdings ein Trugschluß. Noch immer aber werden auch junge Menschen, die sich gegen rechts positionieren, angepöbelt und einzuschüchtern versucht. So drangen beispielsweise vier Neonazis, unterstützt von einem Aktivisten der Partei *Die Rechte*, auf das Grundstück eines engagierten Jugendlichen ein und bedrohten ihn und seine Familie. Erst nach 20 Minuten zogen sie ab.

Jenseits solcher gewalttätiger Aktionen präsentiert sich die Gruppe mit eigenen Inhalten im Internet und verteilt regelmäßig die „Lumdatalstimme” in den umliegenden Ortschaften. In dieser wird versucht, aktuelle lokalpolitische Themen zu kommentieren. Der Schulterschluss zur Bevölkerung wird gesucht, indem zum Beispiel Termine zum Blutspenden veröffentlicht werden. Eine Meldung, wieviel Spendengelder die „Sternsinger” vor Ort gesammelt haben und wieviele Kinder sich beteiligt haben, findet sich über einem Text, der den „mehrtägigen Bombenhagel” in Dresden in Erinnerung rufen will und aufruft, anlässlich des Jahrestages eine Kerze anzuzünden im Gedenken „an unsere Toten, die im Februar 1945 in der Hölle von Dresden ihr Leben ließen”. Damit erinnert die „Lumdatalstimme” oftmals eher an eine NPD-Dorfpostille. Auch auf der Facebookseite der Gruppe werden regelmäßig Radarfallen im lokalen Verkehrsnetz gepostet. Dies steht im kompletten Widerspruch zum gleichzeitigen bedrohlichen Verhalten und zu den Angriffen.

Zwischen Eiszeit und Kooperation

Das Verhältnis zwischen den Gruppen des FNH und der NPD scheint zur Zeit mehr als unterkühlt. Für den 1. Mai mobilisierte das FNH ausschließlich nach Würzburg, obwohl in Frankfurt eine bundesweite Kundgebung der NPD stattfinden sollte. Kein einziges Mal wurde auf den Internetseiten der „Freien Kräfte” auf die Parteiveranstaltung verwiesen. Auf der letztendlich in Hanau stattfindenden NPD-Demonstration waren dann auch keine Mitglieder des FNH anwesend, während sie in Würzburg gleich mit drei Transparenten vertreten waren. Lediglich mit den hessischen JN scheint es eine partielle Zusammenarbeit zu geben. So meldeten die JN eine Kundgebung und eine Demonstration an zwei Orten im Lumdatal „Gegen linke Hetze und staatliche Repression” an. Unklar bleibt, ob es sich hierbei um

einen Anbiederungsversuch der JN handelte oder sich kein anderer Anmelder fand. Für ersteres spricht, dass sich zur Kundgebung in Allendorf lediglich acht Personen einfanden, die mehrheitlich der JN bzw. NPD angehören. Bei der anschließenden, mit etwa 45 Teilnehmer_innen besser besuchten Demonstration in Grünberg wirkte es hingegen, als seien die JN eher Mittel zum Zweck. Sie stellten Lautsprecherfahrzeug und Redner, liefen dann aber weitgehend abgegrenzt vom Rest, der als geschlossener „schwarzer Block” aufzutreten versuchte.

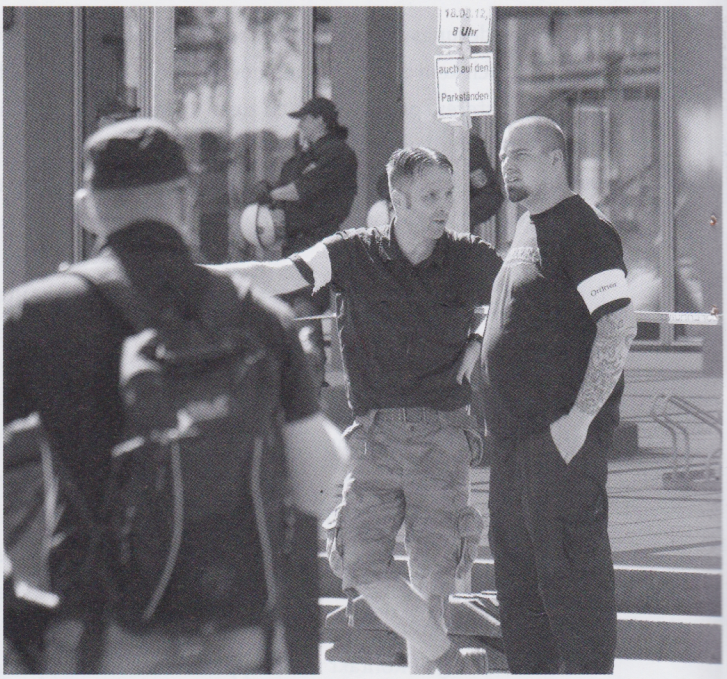
Das Verhältnis zur Partei *Die Rechte* ist weitgehend unklar. Deren „Pressesprecher” scheint engen Kontakt zur Gruppe im Lumdatal zu haben. Von Parteiseite heißt es, die Gruppe unterstütze die Partei. Außerdem werde „eine weitere Organisation in Hessen, die an dieser Stelle noch nicht genannt werden möchte, ... die Partei in Zukunft mit dem Aufbau eines Ordnerdienstes für Hessen unterstützen“. Ob dies den Tatsachen entspricht und es sich damit um eine der Gruppen des FNH handelt, bleibt jedoch unklar.

Realität und Fiktion

Der Aufmarsch in Grünberg zeigt in etwa, welches Personenpotenzial das FNH kurzfristig mobilisieren kann. Selbst bei Berücksichtigung weiterer Sympathisant_innen steht diese Zahl in deutlichem Widerspruch zu den vollmundigen Verlautbarungen im Internet. Dort wird jeder verklebte Aufkleber zur politischen Heldentat, via Twitter wird ständige Handlungsfähigkeit suggeriert und immer wieder die Beobachtung politischer Gegner_innen vorgegaukelt. Dies führt zu absurden Meldungen wie „INFO: Vor dem Sowieso in Giessen stehen aktuell 8-10 Antifaschisten!” oder der Behauptung, eine linke Demo in Frankfurt mit über tausend Menschen vor Ort zu beobachten.

Wenn dies auch die Einschüchterung politisch Andersdenkender weitgehend verfehlt, so dient es doch dazu, sich szeneintern als besonders mutig und stark darzustellen. Dazu passt auch das Auftreten bei Aufmärschen. Immer werden eigene Transparente mitgeführt, die kleine Gruppe der aus dem FNH-Spektrum Angereisten drängt nach vorne, gehört zu den am lautesten Brüllenden und tritt sehr aggressiv gegenüber Passant_innen und Journalist_innen auf. Über antifaschistische Aktionen wird gejammert und lamentiert oder mit Reaktionen gedroht, die dann aber ausbleiben. Die Gruppen des FNH scheinen sich mit ihren Aktionen gegenseitig anzustacheln und hochzuschaukeln. Im Ried besuchen zwei Aktivisten eine Veranstaltung einer Geschichtswerkstatt, im Lumdatal gehen ein paar Neonazis zur Gründungsveranstaltung eines „Netzwerkes für Toleranz”. In Biblis setzen mehrere Aktivist_innen die Wortergreifungsstrategie um, aus dem Lumdatal wird verkündet, es seien am Rande einer Anti-Nazi-Kundgebung Flugblätter verteilt worden. Dass lediglich nach dem Ende der Kundgebung Flyer aus einem fahrenden Auto geworfen wurden, setzt der medialen Inszenierung die Krone auf. An „digitaler Trickserei” wird auch bei der Selbstvorstellung der Gruppe aus dem Lumdatal in der Monatsschrift März nicht gespart. Auf dem zugehörigen Bild sind 17 Personen von hinten zu sehen, die nebeneinander über eine Wiese laufen. Bei näherer Betrachtung erst fällt auf, dass mittels Fotomontage sechs Personen zweimal abgebildet sind, in anderer Kleidung, aber in derselben Anordnung. Seit Kurzem verweist die FNH-Seite nun auch auf eine angebliche neue Gruppe. Eine *Nationale Bewegung Karben* verkündet: „... es bewegt sich was in Karben!”. Auffällig ist, dass diese Gruppierung gerade jetzt an die Öffentlichkeit tritt, wo in Karben (Wetterau) eine „Projektwerkstatt” der *Identitären Bewegung* eröffnet worden ist, was in der Presse wie auch vor Ort breit diskutiert wurde. Auch der Slogan, der auf einem Werbebild zu lesen ist, „Heimat. Schütze sie – denn du hast nur eine!”, erinnert sehr an Verlautbarungen der *Identitären*. Dass es sich hier um einen Versuch handelt, von der aktuellen Aufmerksamkeit zu profitieren, ob nun tatsächlich eine Gruppe existiert oder nicht, würde zumindest zu den sonstigen Strategien passen.

Trotz dieser Aufbauschungen und Verdrehungen handelt es sich beim FNH um eine handlungs- und mobilisierungsfähige Vernetzung von Gruppen und Einzelpersonen. Mittels medialer Inszenierung wird versucht, eigene Schwächen zu verschleiern und sich szeneintern wie auch nach außen größer und „schlagkräftiger” darzustellen als sie sind. Die deutliche Diskrepanz zwischen Realität und Darstellung macht es teilweise schwer, das FN Hessen ernst zu nehmen. Die realen Angriffe, Einschüchterungen und teilweise gelungenen Aktionen machen allerdings deutlich, dass die Struktur auch nicht unterschätzt werden darf.



Links: Safet Babic, Markus Walter und Ricarda Riefling. Rechts: Markus Mang (mi.) im Gespräch bei einem Aufmarsch in Koblenz im August 2012

Von Fabian Boist

Landesverband Westpfalz?

Die NPD in RLP vor der Bundestagswahl

Der rheinland-pfälzische Landesverband der NPD bereitet sich auf die Bundestagswahl 2013 und die Kommunalwahl 2014 vor. Nachdem der Landesverband zu Beginn des Jahres völlig neu strukturiert worden war, fand am 1. Juni der Landeslistenparteitag im Donnersbergkreis statt.

Im Januar dieses Jahres verkündete die NPD Rheinland-Pfalz (RLP) Umstrukturierungen: Die bisherigen elf Kreisverbände wurden zu vier zusammengefasst. So wurden der Kreisverband (KV) Ahrweiler und Koblenz dem KV Westerwald hinzugefügt. Dies verwundert nicht, sind die beiden Kreisverbände spätestens seit dem Prozess gegen das *Aktionsbüro Mittelrhein* (ABM) praktisch inaktiv. Im Raum Ahrweiler war das ABM de facto personell identisch mit der dortigen NPD. Dem KV Koblenz fehlte es schon in der Vergangenheit an Personal. Der NPD-Kreisverband Vorderpfalz wurde dem KV Deutsche Weinstraße angegliedert, dem zukünftig **Klaus Armstroff** vorsteht. Zum KV Trier, der von **Safet Babic** geleitet wird, gehört neuerdings auch der ehemalige Kreisverband Naheland.

Dass die Umstrukturierungen die NPD im Großraum Koblenz und Ahrweiler handlungsfähiger machen, darf angezweifelt werden. Grund hierfür dürften weiterhin fehlende Aktivposten vor Ort sein. Ähnlich sieht es in der Region Mainz aus, die jetzt zum KV Trier gehört. Es ist mehr als unwahrscheinlich, dass die NPD dort wieder wahrnehmbarer werden wird. Fehlt es doch selbst dem Kreisverband Trier um Babic immer wieder an Kräften zur Durchführung eigener Aktionen, zudem ist Mainz 150 Kilometer von Trier entfernt.

Der derzeit größte Kreisverband ist der KV Westpfalz, bei dem **Markus Walter** und **Sascha Wagner** die bestimmenden Akteure sind. Dieser Verband fasst nun auch Worms, Alzey-Worms und den Donnersbergkreis zusammen. Eigenangaben zufolge hat der KV Westpfalz nun mehr als 100 Mitglieder.

Alte Streitigkeiten halten an

In der Vergangenheit war der Landesverband von internen Streitigkeiten geprägt. Diese waren vor allem auf die unterschiedlichen Ausrichtungen verschiedener Kreisverbände zurückzuführen. Markus Walter und Sascha Wagner, die den KV Westpfalz eher subkulturell prägten, standen der völkischen Linie **Dörthe Armstroffs**, die seit 2008 Landesvorsitzende der NPD in RLP ist, entgegen. Dieser Konflikt gipfelte in dem Austritts Walters aus dem Landesvorstand im Jahr 2010, woraufhin der „kommissarische Notstand" verhängt wurde. Vorübergehend stand **Frank Franz** der NPD in Rheinland-Pfalz vor, bis Dörthe Armstroff im März 2010 wieder im Amt der Landesvorsitzenden bestätigt wurde. Walter zog als Stellvertreter erneut in den Vorstand ein.

Dass die internen Auseinandersetzungen nach mehr als drei Jahren weiter andauern, zeigte sich auf dem Landesparteitag am 1. Juni. Nach eigenen Angaben verlief er in einer „kameradschaftlichen Atmosphäre". Doch wenige Tage nach dem Parteitag veröffentlichte das *Infoportal24*, eine Internetseite aus dem Umfeld des *Aktionsbüro Rhein-Neckar*, einen Bericht, der ein anderes Bild zeichnet. Dort heißt es, im Vorfeld des Parteitages habe „der NPD-Landesvorstand [...] einen gemeinsamen Vorschlag zur Besetzung der Listenplätze" erarbeitet. Neben Dörthe Armstroff als Erstplatzierte sollten vier weitere Personen kandidieren, „so daß nicht unnötig Aktivisten mit ihrem Namen und Anschrift in der Öffentlichkeit ‚verbrannt' werden". Vorstandsmitglied Safet Babic schlug jedoch unerwartet eine größere Liste sowie **Ricarda Riefling** für den ersten Listenplatz vor. Nachdem weitere Vorstandsmitglieder diesem Vorschlag zugestimmt hatten, zog die Landesvorsitzende „nach diesem Dolchstoß" ihre Kandidatur zurück.

Landesverband Westpfalz

Angeführt wird die Landesliste für die Bundestagswahl nun also von Ricarda Riefling. Die 29-Jährige ist familienpolitische Sprecherin der NPD und Mitglied des Bundesvorstandes. Seit 2012 lebt sie in Pirmasens mit Markus Walter zusammen. Im letzten halben Jahr trat sie immer wieder als Repräsentantin der NPD Westpfalz auf. Ob sie diese Rolle auch auf Landesebene einnimmt, wird sich beim nächsten ordentlichen Landesparteitag zeigen, wenn die Wahl des neuen Vorstandes ansteht. Die Nominierung auf den ersten Listenplatz ist jedoch ein erstes Indiz dafür.

Eine weitere Besonderheit ist, dass mit **Markus Mang** auf Platz fünf der Liste ein langjährig aktiver Neonazi kandidiert, der in Saarlouis (Saarland) wohnhaft ist. Mang hat seine Wurzeln in der Nazi-Skinhead-Szene der Stadt Saarlouis und ist seit 1987 Mitglied in der NPD. In den Jahren 2004 bis 2006 war er stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Saar. Dass mit Mang ein Mitglied der saarländischen NPD antritt, dürfte an internen Auseinandersetzungen im saarländischen Landesverband liegen. Nicht berücksichtigt für die Landesliste wurde Sascha Wagner. Dieser war kurz zuvor von seinem Posten als Vorsitzender des KV Westpfalz zurückgetreten. Seine Nachfolge tritt der 22-jährige **Manuel Klein** an, der auf Platz sechs der Landesliste steht.

Ansonsten dominiert der KV Westpfalz die rheinland-pfälzische Landesliste und stellt die Hälfte der insgesamt zehn Listenplätze. Das liegt zum einen wohl daran, dass der Kreisverband nach der Umstrukturierung sowohl vom Einzugsgebiet als auch von der Mitgliederzahl der größte in RLP sein dürfte. Zum anderen hat der Kreisverband im letzten Jahr gezielt die Öffentlichkeit gesucht. So veranstaltete das Gespann um Riefling und Walter eine Vielzahl an Kundgebungen, mobilisierte zu überregionalen Aufmärschen und trat in anderen Städten immer wieder bei NPD-Aktionen unterstützend auf. In Pirmasens existiert seit 2010 zudem ein „NPD Bürgerbüro", in dem regelmäßig Veranstaltungen stattfinden. Zuletzt referierte der ehemalige Rechtsterrorist **Peter Naumann** zum Thema „Ausgeruht den Feind erwarten – Die Bedeutung von Strategemen in Krieg und Politik". Dass der KV Westpfalz eine Vorliebe für Referierende aus dem militanten Neonazismus hat, ist nichts Neues. Schon 2011 waren der ehemalige Anführer der 1980 verbotenen *Wehrsportgruppe Hoffmann* und verurteilte Rechtsterrorist **Karl-Heinz Hoffmann** sowie der Gründer der 1992 verbotenen *Nationalistischen Front* (NF) **Meinolf Schönborn** (Herzebrock-Clarholz/Kreis Gütersloh/NRW) zu Gast. Diese sprachen allerdings im mittlerweile geschlossenen selbsternannten *Haus der Demokratie* in Herschberg.

Zukunft in Rheinland-Pfalz

Durch die Umstrukturierungen wird sich die fehlende Handlungsfähigkeit der NPD in Rheinland-Pfalz in vielen Regionen nicht ändern. Jedoch kommt der NPD zugute, dass sie eng mit den „Freien Kameradschaften" zusammenarbeitet. Einen Landesverband der Partei *Die Rechte*, die für die NPD vor allem in NRW eine Konkurrenz darstellt und sich aus eben diesem Milieu „Freier Kräfte" zusammensetzt, existiert in Rheinland-Pfalz nicht.

Spannend bleibt die zukünftige Rolle von Ricarda Riefling. Diese wird sich beim nächsten ordentlichen Landesparteitag zeigen, wo eine Neuwahl des Landesvorstandes ansteht. Dort wird sich ebenso herausstellen, ob der Kreisverband Westpfalz auch den künftigen Vorstand dominieren wird.

Von Fabian Boist

Bergab in neuer Besetzung?

Von „Hausverbot“ zu „Kategorie C“

Seit Beginn dieses Jahres ist die Bremer Rechtsrock- und Hooliganband „Kategorie C“ zu fünft unterwegs. Nachdem der Gitarrist Rainer Friedrichs und der Schlagzeuger „Macke“ die Band Ende des letzten Jahres aus persönlichen Gründen verlassen hatten, rückten die drei Odenwalder Marcel Achtstätter, Florian Keil und Julian Keil nach. Die drei Neulinge sind gerade einmal Anfang 20, konnten jedoch im letzten Jahr mit ihrer Band „Hausverbot“ erste Erfahrungen in der Szene sammeln.

„Unpolitische“ Anfänge?

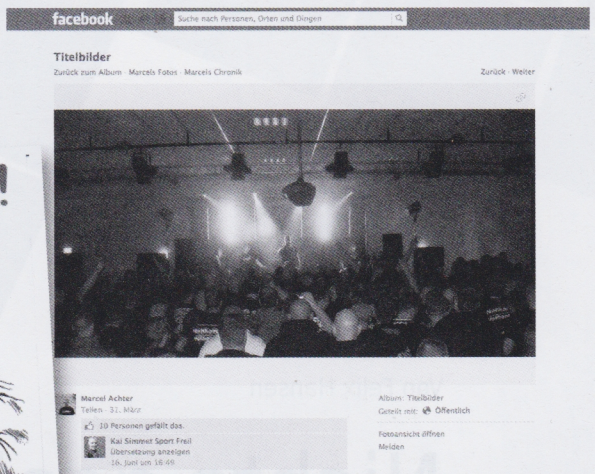
Begonnen hatte alles im Jahr 2009, als **Marcel Achtstätter**, **Julian Keil** und **Florian Keil** gemeinsam die Band *Hausverbot* gründeten. Viel ist über die Band nicht zu erfahren. Einzig in dem Sozialen Netzwerk *Wer-kennt-wen* existiert eine Fangruppe, in der sich die Mitglieder über vergangene und bevorstehende Konzerte austauschen können. Auf den ersten Blick deutet alles darauf hin, dass es sich um eine junge südhessische Provinzband handelt, die in Jugendräumen und Dorfclubs auftritt. Ihren Musikstil bezeichnet die Band als „Streetrock“. Hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich Rockmusik mit deutschsprachigen Texten. Auf der Onlineplattform *Youtube* findet sich nur ein vollständiges Lied: „Unzensiert und laut“. Die Musik erinnert an die der *Böhsen Onkelz* und von *Frei.Wild*, der Liedtext ist einfach gestrickt. Es geht um Gemeinschaft, Freundschaft und Zusammenhalt, um „Kameradschaft“ eben. Der Text basiert auf einem simplen „Wir-Ihr-Konstrukt”. Man inszeniert sich als „Tabubrecher” und traut sich, „die Wahrheit“ auszusprechen, ohne jedoch konkret zu werden. Dass dies von den Fans entschlüsselt werden kann, setzt die Band voraus – Identifikation leicht gemacht.

Annäherungen

In der letzten Zeit spielte „Hausverbot“ immer wieder überregionale Konzerte und suchte die Nähe zur Hooligan- und Rechtsrock-Szene. So trat die Band im Januar 2013 auf einer „Westwall Soli-Feier“ in Herzogenrath bei Aachen auf. *Westwall Aachen* ist eine Hooligangruppe mit Schnittmengen zur extremen Rechten. Auch **Sascha Wagner**, ehemaliger Funktionsträger der NPD in Rheinland-Pfalz und bekennender Fußballfan von *Alemania Aachen*, suchte die Nähe zur Band. Wagner ist in der Neonazi-Szene seit über zwei Jahrzehnten fest verankert und veranstaltete selbst eine Vielzahl von Rechtsrock-Konzerten. Eigenen Angaben zufolge besuchte Wagner mehrere Konzerte der Band. Über Soziale Netzwerke wie *Facebook* stehen Mitglieder der Band mit Wagner in Kontakt. Darüber hinaus näherte sich *Hausverbot* 2012 gezielt an „Kategorie C“ an. Gemeinsam spielten sie mehrere Konzerte im ganzen Bundesgebiet und im angrenzenden Ausland.

Seitens *Hausverbot* gab es bisher jedoch keine konkreten Äußerungen zu einer politischen Ausrichtung. In der Öffentlichkeit trat die Band – wenn überhaupt – nur als Coverband von Gruppen wie *Böhse Onkelz*, *Krawallbrüder* und *4 Promille* auf und inszenierte sich als unpolitisch. Mit dem Wechsel der Mitglieder zu *Kategorie C* dürfte die vermeintlich unpolitische Wirkung jedoch ein Ende gefunden haben. So finden sich bei *Kategorie C* immer wieder Verbindungen in die extreme Rechte. Auf zwei ihrer CDs warb die Band für die Kleidungsmarken *Thor Steinar* und *Erik & Sons*. 2006 spielte *Kate-*

gorie C auf einer Demonstration, die die Freilassung des Sängers der Neonazi-Kultband *Landser* zum Anlass hatte. **Hannes Ostendorf**, Mitbegründer und Sänger der Band, war einst Teil der Rechtsrock-Band *Nahkampf* und 1991 an einem Brandanschlag auf eine Bremer Flüchtlingsunterkunft beteiligt. Im Januar dieses Jahres wurde bekannt, dass der Erlös eines KC-Konzertes, das Ende 2012 in den Niederlanden stattgefunden hatte, in extrem rechte Kreise floss und der neonazistischen *Gefangenenhilfe* zugute kam, die ihn „an die Anwälte der Freunde vom ‘AB Mittelrhein’“ weiterleitete. Mitglieder und Unterstützer des ABM sind derzeit vor dem Landgericht Koblenz wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt.



Screenshot: facebook.com

Nun zu fünft: die neue Konstellation „von „Kategorie C“ auf einem Konzert in Ostfriesland

Fallstricke

Aufgrund dieser unübersehbaren Nähe zur rechten Szene werden Auftritte von *Kategorie C* immer wieder von kritischer Berichterstattung, Protesten sowie von Repressalien seitens der Behörden begleitet. Im letzten Jahr wurden mehrere KC-Konzerte verboten bezeihungsweise von der Polizei unterbunden. Offenbar bereitet die öffentliche Stigmatisierung als extrem rechte Band und die gleichzeitige Betonung, „unpolitisch“ zu sein, KC nicht unerhebliche Schwierigkeiten, personelle Lücken qualitativ angemessen zu schließen. Und auch mit den Vorbands auf Konzerten scheint es zu hapern, KC scheint große Schwierigkeiten zu haben, überhaupt eine Vorband für ihre Auftritte zu bekommen. Erst kürzlich bot sich für ein KC-Konzert – angekündigt für das westliche Ruhrgebiet – eine bis dato völlig unbekannte und unerfahrene Nachwuchsband aus einem städtischen Jugendzentrum in Ratingen bei Düsseldorf an: Die *Pressekönige*. Stolz vermeldete die Band, die erst wenige Monate existierte und sich nach einem KC-Song benannt hatte, auf ihrer Facebook-Seite: „Am 8.6 werden wir als Vorband von Kategorie C im Ruhrpott auftreten! Besucht Kc und uns & rockt den Abend mit uns!“ Die Jugendlichen und Heranwachsenden hatten ihre Vorbilder Eigenangaben zufolge einfach angefragt, ob sie mal auftreten dürften. Sie durften, wurden von KC als Vorband angekündigt und wären auch aufgetreten, wenn AntifaschistInnen nicht interveniert hätten. Das städtische Jugendzentrum, dessen Proberaum und Bühne die *Pressekönige* nutzen, stellte die Bandmitglieder vor die Wahl: Auftritt beim KC-Konzert oder Jugendzentrum. Nach anfänglichen Durchhalteparolen entschieden die *Pressekönige* letztendlich, ihren Auftritt bei dem KC-Konzert abzusagen. Offenbar hatte sich die Einsicht durchgesetzt, dass sie sich in einer Sackgasse befanden. Es ist nur zu vermuten, dass ein Auftritt auch musikalisch ein völliger Reinfall geworden wäre.

Und was bleibt von „Hausverbot“?

Ob mit dem Wechsel zu *Kategorie C* das Projekt *Hausverbot* auf Eis gelegt ist, bleibt unklar. Die Internetseite der Band existiert zwar seit einigen Monaten nicht mehr, jedoch benutzen ihre Mitglieder auch weiterhin das Logo von *Hausverbot* als Aushängeschild ihrer Profile in Sozialen Netzwerken. Ebenso bleibt abzuwarten, ob die drei Neulinge Einfluss auf die politische Ausrichtung von *Kategorie C* nehmen. Eigenen Angaben zufolge arbeite man derzeit an einem neuen Album, das vermutlich in naher Zukunft erscheinen wird. Zu Beginn des Jahres veröffentlichte die Band eine „Hausordnung“ für ihre Konzerte. Diese untersagt beispielsweise das Singen des in der Hooliganszene beliebten und zutiefst antisemitischen „U-Bahn-Liedes“ sowie das „Zeigen von verbotenen Zeichen und Symbolen“. Dieser Akt ist jedoch eher als Maßnahme des Selbstschutzes denn als Distanzierung von neonazistischem Gedankengut zu verstehen. So wird sich ausschließlich von verbotenen Gesten und Zeichen, nicht aber von legaler neonazistischer Symbolik distanziert.

Von Felix Hansen

Nichts geahnt und gewusst?

Der NSU-Prozess in München hat begonnen

Knapp eineinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU hat am 8. Mai der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier weitere Angeklagte vor dem Oberlandesgericht München begonnen. Nach zähen juristischen Formalitäten sagte als erster Angeklagter der Düsseldorfer Carsten Schultze aus – und sorgte schon gleich für unerwartete Neuigkeiten.

Die ersten Prozesstage waren von juristischen Auseinandersetzungen zwischen den Anwält_innen der Angeklagten und dem Gericht geprägt. Noch bevor es überhaupt zur Anklageverlesung kam, gab es Befangenheitsanträge der Verteidigung von **Beate Zschäpe** und **Ralf Wohlleben**. Wohlleben wird als einziger Angeklagter von Szene-AnwältInnen verteidigt: **Nicole Schneiders**, Ex-NPD Mitglied aus Jena und **Olaf Klemke**. Für Besorgnis unter den Nebenkläger_innen und ihren Anwält_innen sorgte kurzzeitig der Vorschlag von Richter **Manfred Götzl**, den Kölner Keupstraßen-Anschlag vom restlichen Verfahren abzutrennen. Dies ist nun aber vorerst kein Thema mehr.

Gerlach und Schultze sagen aus

Von den fünf Angeklagten hatten **Holger Gerlach** und **Carsten Schultze** bereits bei den Ermittlungen Aussagen bei der Bundesanwaltschaft gemacht und das ihnen Vorgeworfene teilweise eingeräumt. Gerlach wird vorgeworfen, dem Zwickauer Trio eine Waffe überbracht und seine Papiere zur Verfügung gestellt zu haben. In einer verlesenen Erklärung gestand er die Vorwürfe weitgehend. Die Taten will er als Freundschaftsdienst und nicht als politische Tat verstanden wissen. In seiner Aussage entschuldigte sich Gerlach bei den Angehörigen der Opfer. Er erklärte, das untergetauchte Trio regelmäßig getroffen zu haben. Noch im Sommer 2011 beantragte er einen Reisepass für **Uwe Böhnhardt** und ließ sich für das Passfoto sogar die Haare schneiden, um ihm ähnlicher zu sehen. Doch was die drei Untergetauchten trieben, will er nicht geahnt haben – und von einer „Terrorzelle" erst recht nichts. „Es fällt mir bis heute schwer, das Bild damit in Einklang zu bringen, das ich von ihnen hatte", so Gerlach. Überhaupt sei er bereits 2004 aus der Neonazi-Szene ausgestiegen. Wieso er später noch an Aufmärschen teilnahm und noch 2011 ein Neonazi-Konzert besuchte, konnte nicht näher geklärt werden, da Gerlach keine Fragen zu seiner Aussage beantworten wollte.

Anders als Gerlach ging Schultze auf alle Fragen des Gerichts, der Nebenklage und fast allen Verteidiger_innen ein. Überraschenderweise verweigerte er Antworten von Wohllebens Verteidigung, so lange sich dieser nicht selbst vor Gericht erkläre. Es gehe um die Frage der „Waffengleichheit". Darum, dass nicht nur er sich „nackig mache", sondern auch Wohlleben, so Schultze. Die wesentlichen Fakten schienen bereits vor dem Prozess bekannt zu sein: Schultze machte 1997 in Jena eine Ausbildung und bekam Kontakt zur örtlichen Neonazi-Szene, wo er auch Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt kennenlernte. 1999 wurde er stellvertretender Vorsitzender der NPD Jena unter Ralf Wohlleben, ein Jahr später stellvertretender JN-Bundesgeschäftsführer und Mitte 2000 schließlich stellvertretender JN-Vorsitzender in Thüringen. Zu dieser Zeit besorgte Schultze die Ceska-Pistole, diejenige Waffe, mit der später

neun Migranten ermordet wurden, und brachte sie zu den drei Untergetauchten nach Chemnitz. Zeitweise war er die Kontaktperson zwischen den Jenaer Unterstützer_innen und dem Trio ein. Später zog er sich aus der Szene zurück, begann ein Studium an der FH Düsseldorf und gab sich dort als reuiger Ex- Neonazi zu erkennen, ohne jedoch entscheidende Fakten über seine Vergangenheit zu offenbaren (vgl. LOTTA #47, S. 33f sowie S. 23 in dieser Ausgabe).

„Spaß" statt Ideologie

Schultze berichtete, wie er in Jena **Christian Kapke**, Sänger des Balladen-Duos *Eichenlaub* und Bruder des THS-Anführers **André Kapke**, kennenlernte. 1997 sei er auf seinem ersten JN-Kongress in Fürth gewesen und habe ab dieser Zeit auch an Aufmärschen teilgenommen. Auch an Angriffen auf Linke und Sachbeschädigungen war Schultze beteiligt. So berichtete er vor Gericht, wie er und andere Neonazis Linke angriffen, die bei dem Angriff schwer verletzt wurden, und einen mobilen Döner-Imbiss umwarfen. Diese hätten eben ihrem Feindbild entsprochen, oft aber habe nur der „Spaß" im Vordergrund gestanden. Die eigene Ideologie klammerte er dabei aus, das Wort Rassismus fiel an den ersten Tagen überhaupt nicht. Am Ende der Befragung kommentierte ein Nebenklage-Anwalt, Schultze stelle sich rückblickend als „Antirassist in der NPD" dar. Auch bei der Frage, welche Vorstellungen er gehabt habe, was mit der Waffe passieren würde, zeigte sich Schultze naiv. Sie sei vielleicht für Banküberfälle bestimmt gewesen, an andere Gedanken könne er sich nicht erinnern.

Schultze macht „reinen Tisch"

Nach zwei Tagen Befragung überraschte Schultze dann mit der Ankündigung, nun „reinen Tisch" machen zu wollen. Aus Sorge um seine Angehörigen und Freunde habe er in seinen bisherigen Ausführungen Sachen zurückgehalten, auch um den Kindern von Wohlleben „nicht den Vater zu nehmen". Anders als zunächst dargestellt, faszinierte Schultze schon in der Schule „das Dunkle", wie er es nannte. HJ und SS imponierten ihm ebenso wie Waffen. Eine damals gekaufte Schreckschusspistole habe er erst nach Auffliegen des NSU im November 2011 in den Rhein geworfen. Er habe schon zwei Monate vor seiner Festnahme geahnt, dass die Ermittler_innen bald auf ihn kommen würden und habe nicht gewollt, dass bei ihm als Sozialpädagogen eine Schreckschusspistole gefunden werden würde.

Wie weit Schultzes Wissen ging, zeigte sich unter anderem bei folgender Aussage: Nach einem Telefonat mit den Untergetauchten habe ihm Wohlleben erzählt: „Die haben jemanden angeschossen", worauf er gedacht habe: „Hoffentlich nicht mit der Waffe". Schultze beschrieb, wie Böhnhardt und Mundlos bei ihm die Pistole bestellt hätten, eine Halbautomatik mit ausreichend Munition. Das Geld für die Waffe habe er von Wohlleben bekommen und sei damit in den Jenaer Szene-Laden *Madley* gegangen. Dort bekam er die Ceska und auch den Schalldämpfer, obwohl er diesen nicht bestellt haben will. Zuhause habe er es cool gefunden, eine echte Waffe in den Händen zu haben. Auch von einem weiteren mutmaßlichen NSU-Anschlag wusste Schultze zu berichten, nachdem er dies zuvor verschwiegen hatte. Mundlos und Böhnhardt hätten ihm bei einem Treffen von einer „Taschenlampe" erzählt, die sie in einem Geschäft in Nürnberg abgestellt hätten, die Sache habe aber nicht geklappt. Auch die Bundesanwaltschaft wurde von dieser Aussage völlig überrascht. Bisher hatten die Ermittler_innen beteuert, zahlreiche Anschläge überprüft zu haben, doch ein Rohrbombenanschlag auf eine türkische Gaststätte in Nürnberg war offensichtlich nicht darunter. Bei dem Anschlag im Juni 1999 zündete die Bombe nicht richtig, verletzte aber trotzdem einen 18-Jährigen. Auch damals erkannte die Polizei keinen rassistischen Hintergrund – in Presseartikeln ist von Schutzgelderpressung und Drogendelikten des Wirtes die Rede – ein Muster, das sich auch durch sämtliche weiteren Ermittlungen der NSU-Taten vor dessen Selbstenttarnung zieht.

Anzeige

Bieder und langweilig statt quietsch-gelb lebendig: die „Projektwerkstatt" der „Identitären" in der Karbener Bahnhofsstraße

Von Andreas Frenz

Die „Identitäre Bewegung"

Eine „neurechte" Jugendbewegung unter Führung rechtsintellektueller Netzwerke?

Sie nennen es eine „Kriegserklärung": Mit heroischer Filmmusik unterlegt, verlesen junge Männer in einem Internetvideo einen Text, adressiert an die von ihnen verachtete multikulturelle Gesellschaft. Keine rhetorische Leerformel auslassend, betonen die Identitären, das Erbe Europas stehe angesichts der von ihnen konstatierten Islamisierung und des demographischen Wandels vor dem Untergang. Dagegen gelte es eine „identitäre Generation" zu konstituieren, die entschlossen sei, Tradition und Erbe Europas zu verteidigen.

Aus Frankreich kommend, wo die *Identitäre Bewegung* aggressiv gegen Muslime mobilisiert, tauchten im Oktober vergangenen Jahres die ersten Statements im deutschsprachigen Raum in Österreich auf. Die dortigen Aktivisten aus dem extrem rechten burschenschaftlichen/freiheitlichen Milieu suchten in den zurückliegenden Monaten durch symbolische Provokationen medial auf sich aufmerksam zu machen. Dazu gehörte die Störung einer Veranstaltung der Wiener *Caritas* zum Thema Einwanderung im September 2012 ebenso, wie der Versuch einer „Gegen-Besetzung" unter dem Moto „Besetzt die Besetzer", einer symbolischen Übernahme einer Kirchenbesetzung durch Flüchtlinge.

Netzwerke des rechtsintellektuellen Milieus

In Deutschland trifft diese Mobilisierung rassistischer Ressentiments auf ein rechtsintellektuelles Milieu, das seit Jahren auf der Suche nach öffentlichkeitswirksamen Ausdrucksformen ist. Mit der *Konservativ-Subversiven Aktion* (KSA) hatten 2009 das „neurechte" *Institut für Staatspolitik* (IfS) und die Studentenzeitschrift *Blaue Narzisse* versucht, eine ihnen gemäße Aktionsform zu etablieren, die eine symbolische Repräsentation ihrer Inhalte ermöglicht und deren mediale Reichweite erhöht. Mit der Störung einer Lesung von **Günter Grass** im Hamburger *Thalia Theater*, einer Aktion an der Berliner Humboldt-Universität

und einem breiten Medienecho von ZDF bis *Süddeutsche Zeitung* hatte man letzteres temporär durchaus erreicht. Jedoch verfolgten **Felix Menzel** (*Blaue Narzisse*) und **Götz Kubitschek** (IfS) den Ansatz zunächst nicht weiter.

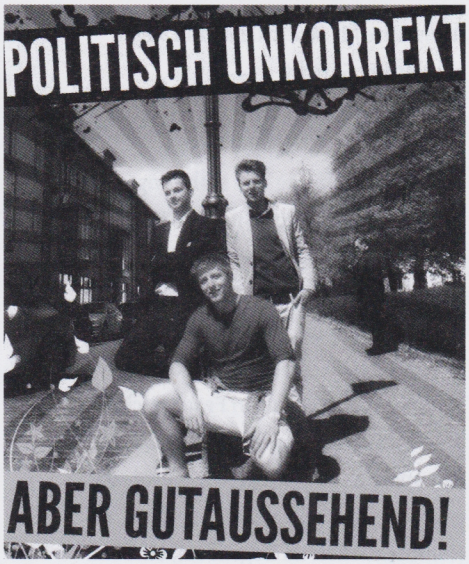
Die hier anzutreffenden publizistischen Netzwerke des rechtsintellektuellen Milieus formierten sich zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Eindruck der nationalistischen Mobilisierung im Zuge der Wiedervereinigung neu. Doch die rechtsintellektuellen Hoffnungen auf eine dauerhafte Renationalisierung aller gesellschaftspolitischen Bereiche erfüllten sich nicht. Doch seit der Umstellung der Erscheinungsweise der *Jungen Freiheit* auf eine Wochenzeitung und der Gründung des *Instituts für Staatspolitik* im Jahr 2000 kann das Milieu auf ein Netzwerk von Verlagen, Zeitschriften und Personen zurückgreifen, welches durchaus versucht, Diskurse wie etwa jene um die Thesen von **Thilo Sarrazin** durch publizistische Interventionen mitzubestimmen.

Führungsansprüche und „Identitäre Zentren“

Die Anfang Mai von dem antifaschistischen Rechercheprojekt *GAMMA* veröffentlichten internen Dokumente belegen den Versuch des IfS-Umfeldes, die Formierung der *Identitären Bewegung Deutschland* (IBD) organisatorisch und inhaltlich voranzutreiben. Doch ob das politisch sehr heterogene Spektrum der regionalen AktivistInnen der *Identitären* bereit ist, sich dem Führungsanspruch rechtsintellektueller Netzwerke unterzuordnen, ist offen. Die internen Dokumente zeigen, dass „neurechte“ Projekte wie IfS und *Blaue Narzisse* nichts mehr fürchten, als dass die *Identitären* in einem neonazistischen Assoziationsraum wahrgenommen werden könnten. Die zukünftigen AktivistInnen der IBD sollen keine recherchierbare Vergangenheit in der Neonazi-Szene haben und sich rabiat rassistischer Statements enthalten. Sukzessive soll der in den IBD virulente popkulturelle Partynationalismus radikalisiert werden. In den *Identitären* erblicken rechte Diskursstrategen wie Menzel und Kubitschek die Chance, die Reichweite ihrer Inhalte zu erhöhen, um ihrem Umfeld mehr zu bieten als Vorträge und Lektürekurse. Anfang Juli eröffneten die rechten Aktivisten um Felix Menzel in Dresden ein sogenanntes „Identitäres Zentrum“. Für den Betrieb des Zentrums veranschlagt Menzel etwa 30.000 Euro im Jahr, die über SpenderInnen und MultiplikatorInnen seines Projekts *Blaue Narzisse* eingeworben werden sollen. Eine Bibliothek, ein Gesprächskreis und vierteljährliche Blockseminare sollen regional neue akademische AktivistInnen ansprechen. Auch in Karben bei Frankfurt besteht seit dem Frühjahr ein „Zentrum“ der *Identitären*, das von ihnen als „Projektwerkstatt“ bezeichnet wird. Diese „Projektwerkstatt“, die sich im Haus von **Andreas Lichert** befindet, soll als Anlaufpunkt für die *Identitäre Bewegung* im Rhein-Main-Gebiet dienen. Lichert ist seit Jahren im *Institut für Staatspolitik* tätig und entstammt demselben Milieu wie Menzel und Kubitschek. Die offen im Schaufenster ausliegende rechte Literatur sowie Aufkleber der *Identitären* sorgten für Aufmerksamkeit vor Ort und hatten die Gründung eines breiten Bürgerbündnisses gegen die „Projektwerkstatt“ zur Folge. Mittels Wortergreifungsstrategie schafften es die *Identitären*, die erste Veranstaltung des Bürgerbündnisses nachhaltig zu stören. Interessant war zudem, welche BesucherInnen der Veranstaltung versuchten, die „Projektwerkstatt“ zu verteidigen. Weit entfernt von einer breiten Bewegung der „Jugend“ zeigten neben dem „neurechten“ burschenschaftlichen Milieu um Andreas Lichert vor allem alte *Republikaner*, Mitglieder der Partei *Alternative für Deutschland* und sogar NPDler ihr Gesicht.

Unerfüllte Hoffnungen

Doch die Eröffnung von wohnungsgroßen „Zentren“ ersetzt noch keine Bewegung. Und so sind die Hoffnungen des rechtsintellektuellen Milieus auf eine nicht nazistische, rechte Jugendbewegung in Deutschland bislang unerfüllt geblieben. Anders als in Frankreich, wo die Rechte nach Ansicht der *Jungen Freiheit* unter anderem durch die Proteste gegen die rechtliche Gleichstellung von Homosexuellen im Begriff sei, eine Kulturrevolution von rechts, ein „68 von rechts“ in die Wege zu leiten, rührt sich in Deutschland nichts. Noch im ersten Halbjahr 2013 war in den einschlägigen „neurechten“ Blogs die Erwartung geäußert worden, die *Identitären* in Deutschland befänden sich in der Inkubationsphase zu einer breiten rechten Jugendbewegung. Die Realität der *Identitären* indes ist nicht so quietsch-gelb lebendig, wie es ihre Symbolik nahelegt. Eine über Facebook hinausgehende wahrnehmbare Präsenz der *Identitären* blieb bisher weitgehend aus. Vermittelt über Propagandavideos beschränkt sich die Praxis der Gruppen, die unter dem Label der IBD agieren, bisher offenkundig auf die temporäre Störung von Veranstaltungen und kurzzeitige Protestaktionen in den Fußgängerzonen deutscher Großstädte. Ein Aktionsvideo vom 1. Juni 2013 aus Düsseldorf zeigt denn auch unfreiwillig die Grenzen des rechten Straßentheaters. Die in weiß gehüllten Aktivisten der „Identitäten Bewegung aus Bochum, Düsseldorf und Mönchenglabach“ [alle Fehler aus der Pressemitteilung der *Identitären*] mit Pappschildern mit Aufschriften wie „Wertelos“ und „Zukunftslos“ werden von den PassantInnen nicht in einem politischen Deutungsrahmen wahrgenommen. Aktionsformen, die das inhaltliche Anliegen der Gruppen präg-



Motiv der „Identitären Bewegung“ aus Delmenhorst

nant zum Ausdruck bringen, blieben bislang aus. Anders ausgedrückt: Es ist erstaunlich, dass eine Gruppierung, die bisher in Deutschland weitgehend virtuell agiert, ohne den Umweg der sozialen Praxis einer tatsächlichen Bewegung den Weg in die öffentlich-rechtlichen Medien findet.

Inhalte: rechter Gemischtwarenladen

Die programmatischen Aussagen der *Identitären* oszillieren zwischen biederem Konservatismus und völkischem Nationalismus. Alle verfügbaren Selbstaussagen ergehen sich zunächst in einer Rhetorik des bevorstehenden Unterganges christlich-konservativer Werte wie Ehe und Familie, deren Bestand durch Zuwanderung, den demographischen Wandel und die angebliche Dekadenz der Moderne bedroht seien. Dieses argumentative Webmuster, wonach die althergebrachte Werteordnung durch die Erosion der sie tragenden hierarchischen Strukturen vor dem Zusammenbruch stehe und einer Restauration bedürfe, ist so alt wie die rechte Ideengeschichte insgesamt. Videoclips, Aufkleber und Texte weisen zudem eine naive Bezugnahme zu dem auf, was man unter deutscher beziehungsweise europäischer Kultur verstanden wissen möchte. Dass dabei die politische Romantik des 19. Jahrhunderts ikonographisch mit Bildern des Brandenburger Tores, des Hermannsdenkmals oder des Kölner Domes im Vordergrund steht, ist im Sinne einer rechten Selbstverortung der *Identitären* nur konsequent. Als Feindbild der *Identitären* fungieren die 68er Generation und der Islam. Erstere wird in zahlreichen Statements für die konstatierte Verwahrlosung von Moral, Tradition und Werten verantwortlich gemacht. Auch hier übernehmen die *Identitären* eine seit mehreren Jahrzehnten in der Rechten gängige Argumentation, wonach die heutigen gesellschaftlichen Widersprüche ihre Ursache in der gesellschaftlichen Liberalisierung der 1960er Jahre fänden. Im Mittelpunkt der Feinderklärungen steht jedoch der Islam. Analog zu ihren französischen GesinnungsfreundInnen propagieren die *Identitären*, die Islamisierung Europas und der Verlust christlich-europäischer Identität stehe unmittelbar bevor. Vorangetrieben werde dies auch durch den parteiübergreifenden Lobbyismus jener, die in den zurückliegenden Jahrzehnten in Westeuropa einem Multikulturalismus das Wort geredet hätten. Ob der Islam vorrangig durch seinen religiösen Charakter oder aber „ethnisch“ eine Herausforderung für Europa darstellt, ist zwischen Teilen des rechtspopulistischen Spektrums und dem rechtsintellektuellen Milieu durchaus umstritten. Während die einen im Islam vor allem eine religiöse Bedrohung sehen, beharren Autoren wie **Karlheinz Weissmann**, publizistischer Kopf des IfS darauf, dass der Islam eine Herausforderung für den Bestand dessen sei, was in rechtsintellektuellen Kreisen als „ethnische Homogenität eines Volkes“ bezeichnet wird.

Fazit

Die *Identitären* sind in Deutschland angekommen. Doch nicht als Bewegung, sondern als Phänomen eines elitär-studentischen rechten Milieus. Um eine wirkliche Bewegung zu sein, fehlt es den Gruppierungen an einem initiierenden Ereignis, in dem die Inhalte der *Identitären* wie in einem Schlaglicht sicht- und somit mobilisierbar wären. Der Versuch, den Mord an einem Jugendlichen in Kirchweyhe bei Bremen zu einem solchen Ereignis zu stilisieren, ist gescheitert. Zudem stehen die *Identitären* in Konkurrenz mit offen neonazistischen Gruppen, die ebenfalls versuchen, das Thema Identität in vermittelbare popkulturelle Formen zu verpacken. Die NPD-Jugendorganisation *Junge Nationaldemokraten* etwa startete im Frühjahr eine Kampagne unter dem Motto „Identität – Werde, wer Du bist“. In den regionalen Gruppen der *Identitären* sind durchaus auch Neonazis als Aktivisten zu finden.

Ob sich der vom rechtsintellektuellen Milieu betriebene interne Klärungs- und Formierungsprozess bei den *Identitären* erfolgreich vollzieht, ist also unklar. Eines aber ist sicher: Wenn sich die *Identitären* real nicht bald bemerkbar machen, wird auch der Facebook-Hype alsbald verebben.

Unter freiem Himmel

Demonstrative Aktionen der extremen Rechten

Dortmund (NRW), 12. April 2013

Laut Eigenangaben „knapp 50 Aktivisten" nahmen an einer Kundgebung des Dortmunder KV der *Die Rechte* teil, „um gegen die Wahlkampfbehinderung und die geplante Beschneidung des Versammlungsrechtes zu protestieren". Anlass war das von der Polizei ausgesprochene Verbot des DR-Aufmarsches am 1. Mai, das später von den Gerichten wieder aufgehoben wurde.

Bonn (NRW), 5. Mai 2013

Ein Jahr nach den von *pro NRW* provozierten Angriffen von Salafisten auf eine *pro NRW*-Kundgebung in Bonn-Lannesdorf veranstaltete die extrem rechte Partei auf dem Godesberger Theaterplatz eine Kundgebung. Mit zwei Bussen und einem Lautsprecherwagen angereist lauschten rund 100 selbsternannte „Islamkritiker" den Reden von **Andreas Winkler** (Duisburg), Moderator **Markus Wiener**, **Jörg Uckermann** (beide Köln), **Wolfgang Palm** (Aachen), **Detlev Schwarz**, **Nico Ernst** (beide Bonn) und – als Abschlussrede – **Markus Beisicht** (Leverkusen). In Anspielung auf die bei Salafisten gefundene Namensliste mit *pro NRW*-Akteuren trug Ernst ein T-Shirt mit der Aufschrift: „Todeskandidat".

Dortmund (NRW), 30. April 2013

Nur rund 65 Neonazis folgten am 30. April dem Aufruf der *Die Rechte* zu einer Demo am Vorabend des 1. Mais, um „für die Ziele der Partei" zu werben. Als Redner trat u.a. die Dortmunder **Daniel Grebe** und **Matthias Deyda** auf.

Dortmund (NRW), 1. Mai 2013

Nachdem das vom Dortmunder Polizeipräsidenten ausgesprochene Verbot des 1.-Mai-Aufmarsches der Partei *Die Rechte* erwartungsgemäß von den Gerichten kassiert worden war, fanden sich südöstlich der Innenstadt um die 450 Neonazis ein, um nach einer Auftaktrede von **Dennis Giemsch** in den Stadtteil Körne zu ziehen. Neben Giemsch traten **Dieter Riefling**, der tschechische Neonazi **Jiri Dudak**, **Christian Worch** und **Siegfried Borchardt** ans Mikro.

Frankfurt und Hanau (HE), 1. Mai 2013

Die seit einem Jahr angekündigte NPD-"Großkundgebung" konnte aufgrund von Blockaden nicht stattfinden. Nur neun Neonazis schafften es zum Treffpunkt, die übrigen 150 hingen in Hanau fest, wo sie allerdings eine Demonstration durchführen konnten. Es sprachen der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende **Udo Pastörs** und der hessische Landesvorsitzende **Daniel Knebel**.

Allendorf und Grünberg (Landkreis Gießen, HE), 25. Mai 2013

Zu einer von den JN angemeldeten Kundgebung unter dem Motto „Das Lumdatal bleibt national – gegen linke Hetze und staatliche Repression" in Grünberg erschienen etwa 50 fast ausschließlich hessische Neonazis, um einer Rede von **Martin Braun** (JN-Landesvorsitzender) zu lauschen. Bereits zuvor hatte es am selben Tag und zum selben Thema eine nur achtköpfige Kundgebung in Allendorf/Lumda gegeben, bei der ebenfalls **Martin Braun** sowie **Thomas Hantusch** (NPD-Vorsitzender Lahn-Dill-Kreis) zum Mikro griffen.

Düsseldorf (NRW), 26. Mai 2013

Anlässlich des 90. Todestages des wegen Sabotage und Anschlägen gegen die französischen Truppen am 26. Mai 1923 in Düsseldorf hingerichteten Freikorpsangehörigen **Albert Leo Schlageter** führte der neugegründete KV Düsseldorf, Solingen und Mettmann der Partei *Die Rechte* eine zirka 45-köpfige Kundgebung vor einem militaristischen Denkmal in Düsseldorf-Golzheim durch. Als Redner traten **Manfred Breidbach** (Düsseldorf), **Michael Brück** (Dortmund), **André Plum** (Aachen) und **Lukas Bals** (Wuppertal) auf. Mit **Hans-Jochen Voß** nahm auch ein Mitglied des NPD-Landesvorstands teil.

Wuppertal (NRW), 30. Mai 2013

Nachdem mehrere betrunkene und pöbelnde Wuppertaler Neonazis in der Nacht auf den 30. Mai festgenommen worden waren, meldete der Wuppertaler KV der *Die Rechte* für den Abend des 30. Mais unter dem Motto „Willkür mit System – Wir fordern Konsequenzen für antideutsche Polizisten" eine „Kundgebung gegen Polizeigewalt" in Wuppertal-Oberbarmen an. Es erschienen etwa 35 Personen. Als Versammlungsleiter trat der Wuppertaler **Lukas Bals** auf.

Dortmund (NRW), 11. Juni 2013

Etwa 50 Neonazis versammelten sich, um gegen den Besuch des Bundespräsidenten **Joachim Gauck** anlässlich des 150-jährigen Jubiläums der IHK zu demonstrieren. Dazu aufgerufen hatte die Partei *Die Rechte*.

Hamm (NRW), 24.6.2013

Als Protest gegen die Gründung des Vereins *BackUp – ComeBack: Westfälischer Verein für die offensive Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus e.V.* (siehe LOTTA #51, S.4-7) in Hamm meldete der Hammer Kreisverband der *Die Rechte* eine Kundgebung unter dem Motto „Schluß mit der Hetze gegen Nationalisten! – Meinungsfreiheit auch für Rechte!" vor Ort an. An der gut 45 Minuten andauernden Kundgebung nahmen 25 Neonazis aus Hamm, Dortmund, Wuppertal und dem Kreis Unna teil.

U25 (unter 25 TeilnehmerInnen)

Laut AugenzeugInnenberichten führte am 7. April 2013 eine siebenköpfige Neonazigruppe in der Fußgängerzone von Haltern (Kreis Recklinghausen/ NRW) eine Minidemo durch und präsentierte dabei ein „Eure Verbote halten uns nicht auf"-Transparent sowie eine schwarz-weiß-rote Fahne.

13 Neonazis beteiligten sich am 12. April 2013 an einer Kundgebung der NPD Trier gegen die zeitgleich stattfindenden „Toleranztage" der Stadt **Trier** (RLP).

Eine „Mahnwache mit Infostand in der Hammer Innenstadt" führten weniger als 20 AnhängerInnen der *Die Rechte* am 19. April 2013 in **Hamm** (NRW) durch, um „der Hammer Bevölkerung unsere politischen Ziele näher" zu bringen „sowie weitere Unterstützungsunterschriften" zu sammeln.

Am 24. April 2013 nahmen etwa zehn Personen an einer Kundgebung von *pro Köln* in der Kölner Südstadt teil, die sich gegen eine antirassistische Veranstaltung zur Polizeigewalt in einem Kölner Flüchtlingswohnheim richtete.

„Todesstrafe für Kinderschänder" forderte der NPD-Kreisverband Mönchengladbach (NRW) am 27. April 2013 auf einer Minikundgebung „vor dem Haus eines verurteilten Kinderschänders" in **Rommerskirchen** (Rheinkreis Neuss, NRW) .

Unter dem Motto „Einmal NRW und zurück" führte die NPD am 18. Mai 2013 in **Duisburg**-Rheinhausen (NRW) eine laut Polizeiangaben 24-köpfige Kundgebung „gegen Asylmißbrauch und Überfremdung" durch.

Eine Mini-"Kundgebung mit Informationsstand" führte der Dortmunder *Die Rechte*-Kreisverband am 21. Mai 2013 in **Dortmund** (NRW) durch, um gegen ein zeitgleiches Treffen des unter Beteiligung von Oberbürgermeister **Ullrich Sierau** stattfindenden „Dorstfelder Bürgerdialoges" zu protestieren.

Gegen einen Auftritt von **Angela Merkel** am 23. Mai 2013 in **Kleve** (NRW) mahnwachte eine Handvoll NPD-Aktteure „spontan, um deutlich zu machen was sie von der Politik Merkels halten".

Das längliche Motto „Gegen Spekulation und Asylbetrug – für ein nationales und soziales Trier! Soziale Gerechtigkeit wird durch unbeschränkte Kapitalflüsse und globale Niederlassungsfreiheit unmöglich" lockte am 8. Juni 2013 lediglich 19 Neonazis des NPD-Kreisverbandes Wespfalz, der *Kameradschaft Zweibrücken* sowie der seit März diesen Jahres aktiven *Kameradschaft Pfalzsturm* zu einer Kundgebung nach **Trier**.

Eine 15- bis 20-köpfige Kundgebung „für die Freiheit der Gastronomen und gegen das totale Rauchverbot!" führte der *pro NRW*-Kreisverband Mönchengladbach am 16. Juni 2013 in **Mönchengladbach** durch.

In **Erftstadt** (Rhein-Erft-Kreis/NRW) versammelten sich am 3. Juni 2013 17 Neonazis aus Köln, Dortmund und dem Rhein-Erft-Kreis, um mit einer Kundgebung unter dem Motto „Sicherheit für Deutsche – SPD Verbot jetzt" gegen einen Besuch des Landesinnenministers zu protestieren.

Gerade einmal 23 Personen schafften es am 22. Juni 2013 bis zum Treffpunkt einer Kundgebung „vor der Europäischen Zentralbank" unter dem Motto „Demokratie statt EUro-Diktatur"„ in **Frankfurt** (Hessen), zu der die Frankfurter und hessischen *Republikaner* sowie der *pro NRW*-nahe *Ring Freiheitlicher Jugend Deutschlands* aufgerufen hatten.

Kurzmeldungen

Vor Gericht (NRW)

Strafprozesse in Dortmund, Bochum und Köln

Am 25. März verurteilte das Amtsgericht Dortmund den *Die Rechte*-Aktivisten **Matthias Deyda** (vormals Mitglied des *Nationalen Widerstands Dortmund*) wegen gefährlicher Körperverletzung und Trunkenheit am Steuer zu einer Haftstrafe in Höhe von einem Jahr und sechs Monaten. Ein Verfahren vor dem Bochumer Landgericht endete für **Jan Kahlin** mit einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendhaftstrafe von 15 Monaten. Sein Bruder **Sven Kahlin** wurde freigesprochen und wird für seine vierwöchige U-Haft entschädigt werden müssen. Verhandelt wurde eine Schlägerei in einer Table-Dance-Bar im Juni 2011, in der eine Gruppe Skinheads einen Junggesellenabschied feierte. Dass Sven Kahlin nicht verurteilt werden konnte, begründete das Gericht auch mit schlampigen Polizeiermittlungen. So hatte die Polizei den Zeugen eine Fotomappe vorgelegt, die von der Verteidigung als manipulativ bewertet wurde. Überraschend stellte das Amtsgericht Köln am 3. Mai ein Verfahren wegen gefährlicher Körperverletzung gegen den Pulheimer Neonazi **Arne Tennstädt** gegen eine Geldauflage in Höhe von 1.500 Euro ein. Die Verteidigung hatte am zweiten Prozesstag neue Entlastungszeugen sowie den 20-jährigen Pulheimer **Daniel Hube** präsentiert, der sich selbst der Gewalttat bezichtigte. Der Angeklagte Tennstädt sei demnach trotz belastender Indizien und Zeugenaussagen nicht der Täter gewesen, der in der Nacht auf den 1. Mai 2012 am Rande einer Feier in Köln-Esch einen jungen Erwachsenen niedergeschlagen hat. Das Opfer gab an, den Ausspruch „Die Scheiß Ausländer kriegen wir auch noch" gehört zu haben. Das Gericht sah sich nicht in der Lage, den Sachverhalt abschließend zu klären.
Verurteilt wurde am 17. Mai der Neonazi **Jan Fartas** aus Köln. Eine schwere gemeinschaftliche Körperverletzung führte zu einer auf Bewährung ausgesetzten Haftstrafe von acht Monaten sowie zu 80 Sozialstunden. Er und zwei Begleiter hatten am 28. Oktober 2012 zwei junge Erwachsene am Rheinufer mit Schlägen und Tritten angegriffen. Einer der Angegriffenen wurde dabei mit einer Glasflasche verletzt. Wer mit der Flasche zuschlug, konnte vor Gericht nicht geklärt werden. Das Gericht bescheinigte dem bereits vorbestraften Angeklagten eine günstige Sozialprognose, weil er mit Hilfe einer gesetzlichen Betreuerin auf Jobsuche gehe. Auch sein Geständnis wirkte sich strafmildernd aus.

Parteien (NRW)

„Pro"-Personalia und Kommunalwahlantritte

Nach Angaben von *pro NRW* wechselte im April **Christian Dahlmann**, bis dato stellvertretender NRW-Landesvorsitzender der wenig erfolgreichen rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* in das *pro*-Lager. Dahlmann soll nun als „Kreisbeauftragter" den Kommunalwahlantritt in Menden und im Märkischen Kreis vorantreiben.
In Essen versucht *pro NRW* wieder einmal einen Neuanfang. Es wurde ein Kreisvorstand gewählt, der aus der Kreisvorsitzenden **Christine Öllig**, ihrem Stellvertreter **Holm Teichert** sowie **Silvana Spiegelhoff** und **P. Obliers** besteht. Auch beim Kreisverband Aachen wurde gewählt. Vorsitzender blieb **Wolfgang Palm**. Ihm zur Seite stehen als StellvertreterInnen **Gabrielle Mathieu** und **Heinz Gottland**. Außerdem im Vorstand: **Till Buchholz** (Schriftführer), **Kornelia Palm**, **Eberhard Stolz**, **Wolfgang Finken**, **Ingo Stamer** und **Dominik Lüth**.
Zum *pro NRW*-Kreisbeauftragten für den Rhein-Kreis-Neuss wurde **Charly Milbrath** ernannt.
„Derzeit sichere oder zumindest wahrscheinliche Wahlantritte" bei den Kommunalwahlen gab *pro NRW* am 22. April 2013 bekannt: Aachen, Städteregion Aachen, Wuppertal, Remscheid, Solingen, Oberbergischer Kreis, Radevormwald, Ennepe-Ruhr-Kreis, Witten, Rheinisch-Bergischer Kreis, Köln, Bonn, Leverkusen, Rhein-Erft-Kreis, Bergheim, Pulheim, Mönchengladbach, Duisburg, Rheinkreis Neuss, Dormagen, Krefeld, Düsseldorf, Kreis Minden-Lübbecke, Minden, Gelsenkirchen, Kreis Recklinghausen, Recklinghausen, Bochum, Essen und Dortmund, Hagen und Kreis Siegen-Wittgenstein.

Rechte Gewalt (NRW)

Brandanschläge mit rassistischem Hintergrund?

Am Abend des 6. Mai 2013 wurde in Hückelhoven-Ratheim (Kreis Heinsberg) ein Brandanschlag auf den in einem Wohnhaus gelegenen Kiosk einer türkischstämmigen Besitzerin verübt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft warf der Täter einen Molotow-Cocktail gegen die Schaufensterscheibe des Kiosks, die „ausgetretene Flüssigkeit, die sofort brannte", gelangte jedoch glücklicherweise nicht in das Gebäude. Niemand wurde verletzt. Die Polizei konnte den geflüchteten 22-jährigen Täter festnehmen, Untersuchungshaft wurde angeordnet. Angaben zum Tatmotiv konnten noch nicht gemacht werden. Der Polizei ist der Täter weder als Neonazi bekannt, noch habe eine Hausdurchsuchung Hinweise auf eine solche Gesinnung zu Tage gefördert. AugenzeugInnen zufolge soll sich an dem Abend eine Gabber-Clique in der Nähe des Kiosks aufgehalten haben, unter ihnen auch der Täter. Dieser verließ die Gruppe, warf den Brandsatz und flüchtete anschließend.

In der Nacht auf den 27. Mai 2013 wurde vor dem Eingang eines türkischen Imbisses in Swisttal-Odendorf (Rhein-Sieg-Kreis) eine Flasche mit brennbarer Flüssigkeit entzündet. Verletzte gab es nach Angaben der Polizei nicht. Der Sachschaden sei gering, da der Inhaber des Imbisses den Brand rechtzeitig bemerkt hätte. Da „ein fremdenfeindlicher Hintergrund für die Tat nicht auszuschließen" sei, „wurde der Bonner Staatsschutz im Rahmen einer besonderen Aufbauorganisation in die Ermittlungen eingeschaltet", teilte die Polizei mit: „Es wird unabhängig von diesem Ermittlungsansatz in alle Richtungen ermittelt. Die Bonner Staatsanwaltschaft ist eingeschaltet." Am 4. Juni versammelten sich 40 Menschen aus dem 3.600 EinwohnerInnen zählenden Dorf zu einer Solidaritätskundgebung vor dem Imbiss. Den InhaberInnen wurde eine Torte mit der Aufschrift „Ihr seid Odendorfer wie wir" überreicht.

Parteien

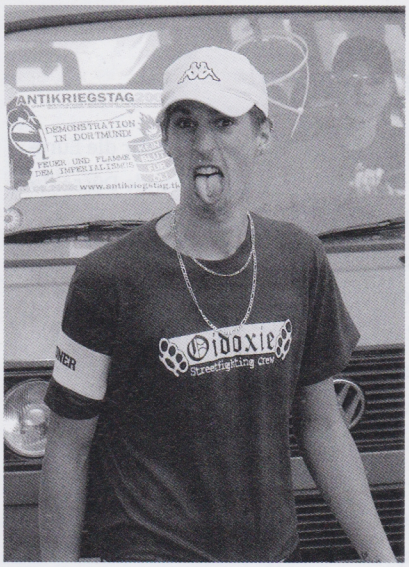
4. Südwestdeutscher Kulturtag

„Jugend ist Zukunft" lautete das Motto des diesjährigen „Südwestdeutschen Kulturtags" (SKT), der am 13. April im Elsass (Frankreich) über die Bühne gegangen ist. Angekündigt wurde der SKT für das „Rhein-Main-Gebiet", doch wichen die VeranstalterInnen aus dem Spektrum südwestdeutscher Strukturen der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) wie die Jahre zuvor ins benachbarte Frankreich aus. In der Bewerbung des diesjährigen „Kulturtages" trat zudem die von dem Schweizer Neonazi **Bernhard Schaub** ins Leben gerufenen *Europäische Aktion* mit Logo in Erscheinung.
Neben Laientheater, Volkstanzgruppen und Gulaschkanone standen Reden des mehrfach vorbestraften und als „Urgestein des deutschen Revisionismus" angekündigten **Udo Walendy** (Mönchengladbach/NRW) und des derzeitigen Landesvorsitzenden der NPD-Niedersachsen, **Manfred Börm** (Lüneburg), auf dem Programm. Der mittlerweile 86-jährige Walendy war unter anderem Vorsitzender des *Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten* (VRBHV), der an das 2008 verbotene *Collegium Humanum* (CH) angegliedert war. Börm weist ebenso eine lange Karriere in der extremen Rechten auf und trat unter anderem für die verbotene *Wiking-Jugend* und später als Leiter des Ordnungsdienstes der NPD in Erscheinung. Als Moderator des SKT fungierte **Thorsten Heise** aus Fretterode (Thüringen), der zur Zeit als stellvertretender Landesvorsitzender der NPD Thüringen fungiert, aber auch in der militanten Szene der „Freien Kameradschaften" aktiv ist. Unter den Teilnehmenden befanden sich nach eigenen Angaben auch eine Gruppe Neonazis aus dem Rheinland, die an einem Infostand gespendete CDs und Bücher für die „inhaftierten Kameraden" des *Aktionsbüros Mittelrhein* verkauften.
Bereits seit 2010 organisieren Neonazistrukturen aus dem Umfeld der *Jungen Nationaldemokraten* (JN) und der „Freien Kameradschaften" den SKT und haben diesen nach dem Verbot der *Heimattreuen Deutschen Jugend* (HDJ) als einen zentralen Event der völkischen NS-Szene etabliert.

Vor Gericht (Hessen)

Urteil wegen Attacke auf „Piraten"-Infostand

Ende April fand ein Prozess gegen einen 23-jährigen Neonazi statt, der im Oktober in Alsfeld (Vogelsberg) einen Infostand der *Piratenpartei* attackiert hatte. Ihm wurden nun Sachbeschädigung, Beleidigung und Bedrohung vorgeworfen. Gleich zu Beginn der Verhandlung gestand er die ihm vorgeworfenen Taten, behauptete jedoch, die Tat sei nicht politisch motiviert, der Stand nach einer Sauftour einfach „zur falschen Zeit am falschen Ort" gewesen. Obwohl er zur regionalen Neonazi-Szene zu zählen ist, wurde dem Glauben geschenkt. Äußerungen gegenüber Polizisten wie „Ich schlag dich tot, wenn ich dich kriege" wurden als nicht schwerwiegend bewertet, da er sich der Verhaftung nicht widersetzt haben soll und diese erst von sich gegeben habe, als er bereits mit Handschellen gefesselt war. Trotz eines beträchtlichen einschlägigen Vorstrafenregisters und einer laufenden Bewährungsstrafe wurde lediglich eine Geldstrafe von 4.400 Euro gegen ihn verhängt.



Robin Schmiemann auf einem Aufmarsch 2005

NSU

Neonazi-Brieffreund aus Dortmund

26 Seiten lang ist der Brief, den **Beate Zschäpe** aus der Haft an den ebenfalls inhaftierten Neonazi **Robin Schmiemann** schrieb und der nach Ansicht der Nebenklage im NSU-Prozess behandelt werden soll. Der Dortmunder Neonazi Schmiemann wurde im März 2008 zu einer Haftstrafe von acht Jahren verurteilt. Er hatte im Februar 2007 einen *Plus*-Supermarkt überfallen und einen Kunden mit Migrationshintergrund angeschossen. Schmiemann gab an, er sei von **Sebastian Seemann** angestiftet worden. Das Geld aus dem Überfall sollte den bei einem Drogendeal entstandenen Verlust ausgleichen. Der Lünener Neonazi Seemann war nämlich nicht nur Organisator von *Blood & Honour*-Konzerten, sondern auch Drogenhändler. Im Prozess wurde bekannt, dass Seemann außerdem V-Mann des Verfassungsschutzes war. Im April 2006 ermordete der NSU in Dortmund **Mehmet Kubaşık**. Es muss davon ausgegangen werden, dass der NSU auch in Dortmund über UnterstützerInnen verfügt hat.

NSU

Rechter Bombenbastler beim NSU-Prozess

Im Zuschauerraum des Oberlandesgerichts München saß am zweiten Verhandlungstag des NSU-Prozesses ein ehemaliges Mitglied der *Kameradschaft Aachener Land* (KAL): **Daniel Thönnessen**. Er wurde im Februar 2011 gemeinsam mit dem Aachener **Falko Wolf** vom Landgericht Aachen wegen der Vorbereitung von Explosionsverbrechen, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung zu Haftstrafen von zwei Jahren – ausgesetzt auf Bewährung – verurteilt. Die beiden Neonazis hatten selbstgebaute Sprengkörper aus pyrotechnischen Gegenständen und Glasscherben zu einem Aufmarsch am 1. Mai 2010 nach Berlin mitgenommen. Außerdem wurden sie für zahlreiche Schmierereien und Anschläge im Raum Aachen verantwortlich gemacht. Thönnessen lebt mittlerweile in Bayern und betätigt sich für das *Freie Netz München*. Den NSU-Prozess besuchte er in Begleitung von **Maik Eminger**, dem Bruder des Angeklagten **André Eminger**.

Hammerskins

Umbenennungen der „Chapter"

Die *Autonome Antifa Freiburg* berichtet, dass bei den „Hammerskins" kräftig umbenannt wird. Das *Chapter Westmark* um den Ludwigshafener **Malte Redeker** verwendet den Namen „Westmark" nicht mehr, einzelne Mitglieder treten offiziell als *Chapter Luxemburg* auf. Das *Chapter Mecklenburg* wird als *Nordmark* weitergeführt. Redeker betreibt in Mecklenburg-Vorpommern einen Szeneladen. Die „Hammerskins" reagieren damit auf die zunehmende Berichterstattung und wollen staatlicher Repression entgehen.

Parteien (NRW)

Düsseldorf/Mettmann: NPD-Mitglieder wechseln zu „Die Rechte“

Am 20. April 2013 fand die Gründungsfeier eines neuen *Die Rechte*-Kreisverbandes statt, der nun für die Städte Düsseldorf und Solingen sowie den Kreis Mettmann zuständig ist. Gefeiert wurde mit angeblich 80 Personen in der einschlägig bekannten Gaststätte *Lounge Deluxe* in Mettmann. Wenige Tage später erklärten das NPD-Landesvorstandsmitglied **Nadine Braun** und **Manfred Breidbach**, die bis dahin dem NPD-Kreisverband Düsseldorf/Mettmann vorstanden, ihren Parteiwechsel. Als Gründe nannten sie die Entwicklung der NPD seit dem Tode **Jürgen Rieger**s und der Abwahl von **Udo Voigt**. Hinter dem neuen NPD-Chef **Holger Apfel** hätten sich „ewig gestrige Reaktionäre und andere politikunfähige Personen“ gesammelt. „Der Versuch der Volksfront unter dem Dach der NPD ist als gescheitert zu betrachten.“ Man sei aber zur „Zusammenarbeit aller konstruktiver Kräfte im nationalen Lager“ bereit.

DR-Europawahl-Kandidatin Jennifer Velde

Parteien (NRW und Hessen)

„Die Rechte“-Liste zur Europawahl

Die Rechte (DR) hat auf ihrem 3. Bundesparteitag am 18. Mai eine Liste für die Europawahl 2014 aufgestellt. „Spitzenkandidat“ wurde der in U-Haft sitzende Düsseldorfer **Sven Skoda**. Auf den weiteren Plätzen folgen der Parteivorsitzende **Christian Worch**, das ehemalige Mitglied der *Kameradschaft Hamm*, **Jennifer Velde**, **Michael Idir** aus Hessen, der stellvertretende NRW-Landesvorsitzende **Sascha Krolzig** aus Hamm und **Horst Isensee** (Niedersachsen). Der Parteitag beschloss zudem eine personelle Änderung im Bundesvorstand. Die ehemalige DVU-Funktionärin **Ingeborg Lobocki** musste ihr Amt als stellvertretende Bundesvorsitzende für den ehemaligen NPD`ler **Pierre Levien** räumen. Levien steht dem hessischen DR-Landesverband vor. Lobocki ist fortan nur noch Beisitzerin, bleibt aber Schatzmeisterin. Im Zusammenhang mit dem Bundesparteitag wurde bekannt, dass auch der Bielefelder **Meinhard Otto Elbig** in der DR mitmischt. Er wurde zum Tagungspräsidenten gewählt.

Parteien (NRW)

„Pro Köln“ und der CSD

Mit ihrer Ankündigung, am diesjährigen Christopher-Street-Day (CSD) mit einem eigenen Wagen teilnehmen zu wollen, erreichte *pro Köln* vier Wochen lang nicht nur eine große Medienresonanz, sondern verunsicherte auch die schwul-lesbische Szene, in der über die Teilnahme der RechtspopulistInnen gestritten wurde. *Pro Köln* versuchte, die Parade für die Rechte von Homosexuellen vor allem zur Agitation gegen Muslime zu nutzen. Schließlich, so *pro Köln*, gingen „Bedrohung oder sogar körperliche Angriffe auf Homosexuelle“ vor allem von „zugewanderten islamistischen Fanatikern“ aus. Mit **Peter Gabel** wurde sogar ein CSD-Beauftragter ernannt. Die CSD-Organisatoren vom *Kölner Lesben- und Schwulentag e.V.* beschlossen auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit eine Erklärung gegen die rechte Teilnahme. *Pro Köln* teilte eineinhalb Wochen später mit, von einer Teilnahme abzusehen, da man mit der „medialen Debatte“ schon viel erreicht habe.

Parteien (Hessen)

Neu-alter JN-Vorstand

Am 11. Mai trafen sich die JN Hessen zu einem Landeskongress im Lahn-Dill-Kreis. Hier wurde der Landesvorstand neu gewählt. **Martin Braun** aus Bad Hersfeld bleibt Landesvorsitzender, der bisherige Beisitzer **Thassilo Hantusch** stieg zu seinem Stellvertreter auf. **Stefan Jagsch**, der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD Hessen, bekleidet das gleiche Amt nun auch in den JN und ist zusätzlich Schatzmeister. Mit etwa 30 Neonazis war die Veranstaltung schlecht besucht.

ERMITTLUNGSVERFAHREN (RLP/HESSEN)

Ermittlungen wegen HNG-Fortführung

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt ermittelt gegen die 79-jährige **Ursula Müller** (Mainz) wegen des Verdachtes der Fortführung der im August 2011 verbotenen *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* (HNG). Im Zuge der Ermittlungen kam es am 25. April 2013 zu einer Hausdurchsuchung in dem von ihr und ihrem Ehemann **Kurt Müller** bewohnten Anwesen in Mainz-Gonsenheim. Ursula Müller war von 1991 bis 2011 Vorsitzende der HNG. Nach einem Artikel auf der neonazistischen Internetseite *infoportal24*, der spöttisch vom „80. Hausdurchsuchungs-Jubiläum bei den Müllers" berichtet, sind drei weitere Neonazis von dem Verfahren betroffen. Der Vorwurf lautet, dass Müller „im regen Austausch" mit der im April 2013 medienwirksam aufgeflogenen neonazistischen „Knasthilfe" *Aryan Defense Jail Crew 14* um den Kasseler **Bernd Tödter** gestanden habe. Der mehrfach vorbestrafte Tödter sitzt zur Zeit eine Haftstrafe in Hünfeld (Hessen) ab und soll von dort die *Jail Crew* initiiert haben.

NPD-NRW-Landesvorsitzender Claus Cremer

PARTEIEN (NRW)

NPD-Landesliste zur Bundestagswahl

Am 5. Mai 2013 wählte die NPD NRW ihre Landesliste für die Bundestagswahl. Angeführt wird die Liste vom Landesvorsitzenden **Claus Cremer**. Auf dem zweiten Listenplatz steht der stellvertretende Landesvorsitzende und Lüdenscheider Ratsherr **Stephan Haase**. Auf Platz 3 folgt das NPD-Bundesvorstandsmitglied **Ariane Meise** (NPD-KV Rhein-Sieg). Auch auf den weiteren Plätzen finden sich lokale Mandatsträger, so auf Listenplatz 4 **Michael Schnorr** (Mitglied des Rates der Stadt Wuppertal), auf Platz 6 **Marcel Haliti** (Mitglied des Rates der Stadt Essen), auf Platz 7 **Axel Thieme** (Mitglied des Rates der Stadt Dortmund) und auf Platz 9 **Dieter Schulz** (Mitglied des Rates der Stadt Witten). NPD-Landesschatzmeisterin **Yvonne Weber** nimmt Listenplatz 5 ein. Die Listenplätzen 8 und 10 erhielten der stellvertretende Duisburger KV-Vorsitzende **Karl Weise** sowie **Melanie Händelkes**, die für die NPD Krefeld/Kleve aktiv ist und zugleich als Kreisvorsitzende Duisburg fungiert.

RECHTSROCK (NRW, HESSEN, RLP)

Neue Irrlichter und KC-Konzerte

Unter dem Bandnamen „Gegen das System" erschien jüngst bei *Front Records* die CD „Unrecht verhallt, Wahrheit siegt". Dahinter verberge sich ein Musiker, der „bei keinen geringeren Bands wie Oidoxie und Sleipnir die Gitarre bedient", heißt es im Internet. Gemeint sein dürfte der in Hamm (NRW) wohnende **Martin Böhme**. Ebenfalls eine CD bei *Front Records* veröffentlichte eine bislang unbekannte „junge Kampfkapelle aus NRW" mit dem originellen Namen *Der Junge mit der Panzerfaust*. Nachdem ein „grosses KC Konzert" für den 18. Mai 2013 im Raum Eschwege in Hessen angekündigt worden war, verkündete die Polizei, dass sie dieses verhindern würde. Das Konzert wurde daraufhin nach Thüringen verlegt und letztendlich von der Polizei in Sollstedt (Landkreis Nordhausen) aufgelöst. Die Durchführung eines KC-Konzerts am 8. Juni 2013 – angekündigt für das westliche Ruhrgebiet – gelang der Band aber offenbar. Ein nächstes Konzert ist für den 3. August im Raum Kaiserslautern angekündigt.

VERSCHIEDENES (HESSEN)

Schießübung?

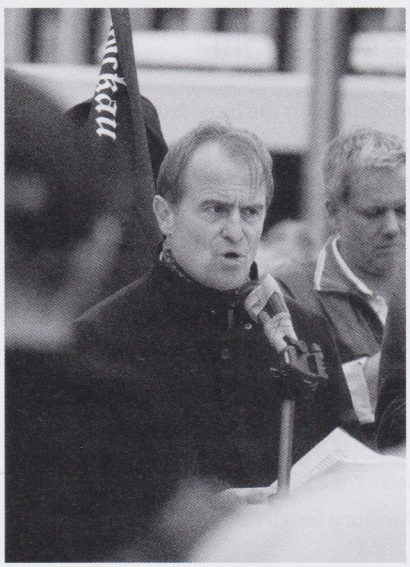
Im April 2013 machte ein Antifa-Flugblatt bekannt, dass im Schützenverein des Treburer Ortsteils Astheim (Kreis Groß-Gerau) ein langjähriger NPDler aktiv ist, der auch bereits für die Partei kandidiert hat. Der Verein distanzierte sich daraufhin „von jeder Art Extremismus, ob von rechts oder links", **Uwe Quabeck** darf aber weiter das Schießen trainieren, da der Verein keine Ausschlussmöglichkeit sieht. Laut *Echo online* überlegt der Verein, aufgrund des Flugblatts gegen die Antifa vorzugehen.

Antimuslimischer Rassismus

Muslimische Einrichtungen im Visier

In Bullay an der Mosel (Landkreis Cochem-Zell/RLP) wurden im Mai 2013 ungefähr 200 JN-Aufkleber mit Spezialkleber an ein muslimisches Kulturzentrum geklebt, zuvor waren Neonazis lautstark durch die Gemeinde gezogen. Wenige Tage zuvor waren in Mainz vor einem islamischen Vereinsgebäude Kunstblut, islamfeindliche Parolen und ein Flugblatt der *German Defence League Division Rhein-Main* hinterlassen worden. Die Polizei ermittelte zwei Täter.

„NSU lebt weiter und ihr werdet die nächsten Opfer sein!!!" – diese Drohung wurde in der Nacht auf den 18. Mai 2013 an die Fassade einer Moschee in Düren (NRW) gesprüht. Die TäterInnen konnten noch nicht ermittelt werden. Ebenfalls ungeklärt ist ein am 9. Mai 2013 verübter Anschlag auf eine Moschee in Lengerich (Kreis Steinfurt/NRW), bei dem die Scheiben eingeschlagen wurden. Die TäterInnen haben keine weiteren Hinweise auf ihren politischen Hintergrund hinterlassen.



Wolfram Nahrath als Redner in Wolfsburg

Parteien (NRW)

Angekündigte Aufmärsche

Die Rechte kündigt für den 31. August und 21. September zwei Aufmärsche an. „Gegen Organisationsverbote, NWDO-Verbot aufheben!" soll das Dortmunder Motto lauten. Offenbar soll hiermit ein Verbot der „Nationalen Antikriegstags"-Demonstration, die von 2005 bis 2011 an jedem ersten Samstag im September stattfand, 2012 aber nach dem Verbot des *Nationalen Widerstands Dortmund* (NWDO) untersagt wurde, umschifft werden. Der Wuppertaler Aufmarsch am Tag vor der Bundestagswahl steht unter dem Motto: „Es ist immer ein Angriff auf uns alle – Gegen linken Terror und antideutsche Zustände". Als Redner angekündigt sind für Dortmund **Siegfried Borchardt**, **Ursula Haverbeck**, **Christian Worch**, **Thomas Wulff**, **Wolfram Nahrath** sowie Ex-Mitglieder der verbotenen Gruppierungen *Kameradschaft Aachener Land*, *Kameradschaft Tor*, *Nationale Sozialisten Döbeln*, *Besseres Hannover* und *Kameradschaft Hamm* angekündigt, für Wuppertal **Lukas Bals**, **Manfred Breidbach** sowie erneut **Christian Worch**.

Vor Gericht (RLP und NRW)

Neues von den ABM- und „Cinemaxx"-Prozessen

Im Koblenzer *Aktionsbüro Mittelrhein* - Verfahren wurde bisher knapp 60 Tage verhandelt, ein Ende ist nicht in Sicht. Oft sind NRW-Neonazis als ZuschauerInnen vor Ort. Prozessberichte finden sich auf den einschlägigen Homepages *infoportal24* und *Wacht am Rhein*. Dort wird sich auch über „Verräter" und Zeugenaussagen ausgelassen, so etwa über die des Koblenzer Staatsschutz, der vor Gericht berichtete, sich auch in der LOTTA informiert zu haben. Von den 26 Angeklagten sind noch sieben inhaftiert. In der Szene wird immer mehr Bezug auf den Prozess genommen, vor allem auf **Sven Skoda**, der geradezu zum Märtyrer stilisiert wird. Auch JN-Bundesvorstandsmitglieder versuchten sich an einer öffentlichkeitswirksamen Aktion und reisten am 24. April 2013 zu einem Prozesstermin an.

Im Wuppertaler *Cinemaxx*-Prozess wurden vom örtlichen Jugendschöffengericht am 20. Juni 2013 – mehr als zweieinhalb Jahre nach einem neonazistischen Angriff auf die Vorführung eines Films über die lokale Neonazi-Szene – die Urteile gesprochen. **Kevin Koch**, **Mike Dasberg**, **Christian Koppelmann** und **Nikolaus Schemann** wurden zu 70 bzw. 100 Tagessätzen zu je 15 bzw. 30 Euro verurteilt, der heute 21-jährige **Sascha Hütt** kassierte nach dem Jugendstrafrecht eine Geldstrafe in Höhe von 1.000 Euro, die er an die *Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal* zahlen muss. Weitere Beschuldigte, darunter zwei aus der Neonazi-Szene Ausgestiegene, werden in getrennten Verfahren angeklagt.

Foto: ed37 — (CC BY-ND 2.0)

Die „Burg Hanstein" im thüringischen Fretterode

Von Jörg Kronauer

„Botschafter der Aussöhnung"?

Die „Landsmannschaft Ostpreußen" in NRW stellt die Kriegsschuldfrage

Der NRW-Landesverband der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) fährt geschichtspolitisch einen krassen Rechtskurs: Er publiziert Texte, die unter anderem die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg in Frage stellen. Im Landtag NRW wird er von der Parlamentspräsidentin (SPD) freundlich empfangen.

Was hat die *Landsmannschaft Ostpreußen* mit dem Neonazi **Thorsten Heise** zu tun? Nichts, sollte man meinen. Die „Vertriebenen"-Verbände stehen rechts, doch Kontakte zu Neonazis weisen sie offiziell stets entrüstet zurück. Was ist also mit den Ostpreußen und Heise? Nun, in seinem neuen Rundschreiben druckt der NRW-Landesverband der Landsmannschaft einen Hinweis ab, den er dem verschwörungsideologisch-antisemitischen *PHI-Pressedienst* entnommen hat. Es handelt sich um Werbung für den Besuch eines Denkmals mit der Inschrift: „Wir gedenken der Millionen wehrloser deutscher Opfer von Bombenterror, Flucht und Vertreibung, Gefangenschaft und Nachkriegsverbrechen der Sieger seit 1945". Wer sich im thüringischen Eichsfeld aufhalte, solle „dort zu stillem Gedenken eine Pause machen", empfehlen der *PHI-Pressedienst* und das Ostpreußen-Rundschreiben aus NRW. Die Gedenkstätte sei leicht zu finden: Sie befinde sich auf dem Rittergut Hanstein in der Dorfstraße in Fretterode. Der Besitzer des Ritterguts wird nicht namentlich genannt. Es ist der Neonazi Heise, ehemaliger niedersächischer Landesvorsitzender der 1995 verboteten FAP und zur Zeit stellvertretender Landesvorsitzender des NPD-Landesverbands Thüringen.

Segensreich

Vor noch gar nicht allzu langer Zeit hatte ein Träger des „Goldenen Ehrenzeichens" der LO, **Hans-Günther Parplies**, einen großen Auftritt im NRW-Landtag. Am 27. November 2012 fand dort ein „parlamentarischer Abend für Vertriebene" statt, und Parplies hielt in

seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender des *Bundes der Vertriebenen* (BdV) NRW eine Rede. Er bedankte sich bei Landtagspräsidentin **Carina Gödecke** (SPD) und anderen Abgeordneten für die Einladung und teilte mit, die einzelnen Landsmannschaften des BdV NRW seien gekommen, um ihre Arbeit vorzustellen – darunter auch die LO. „Danke dafür, dass Sie so zahlreich gekommen sind", erwiderte Gödecke die Höflichkeiten – und lobte ausdrücklich die „segensreiche Arbeit" der „Vertriebenen"-Verbände.

England fädelt den Krieg ein

Mehrere der „Vertriebenen"-Verbände, deren „segensreiche Arbeit" Gödecke so begeistert lobte, befinden sich zur Zeit zumindest in Sachen Geschichtspolitik auf einem krassen Rechtskurs. Einer von ihnen trägt gegenwärtig besonders dick auf: die *Landsmannschaft Ostpreußen*, und zwar nicht nur ihr Landesverband NRW, sondern auch die Bundesorganisation.

Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie es denn nun eigentlich zum Zweiten Weltkrieg gekommen sei. Da hört man immer, das NS-Reich habe Polen überfallen. Aber war das alles nicht vielleicht viel komplizierter? Die LO bemüht sich seit Jahren um Aufklärung. Dazu befragt sie Experten, vor allem den Generalmajor a.D. der Bundeswehr **Gerd Schultze-Rhonhof**. Schultze-Rhonhof verfügt unzweifelhaft über Fachwissen. Er hat es nicht nur bei der Bundeswehr zum Kommandeur der 3. Panzerdivision in Buxtehude sowie zum Territorialen Befehlshaber für Niedersachsen und Bremen gebracht, er hat auch ein Buch über die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht. Es heißt „1939. Der Krieg, der viele Väter hatte", und es wurde viel gelobt, etwa in der NPD-Parteizeitung *Deutsche Stimme*, die es als „Grundlagenwerk" einstuft. Schultze-Rhonhofs Pamphlet ist 2003 beim *Olzog-Verlag* erschienen, der sich sonst unter anderem über den Verkauf von „Praxismaterialien" für Kindergärten, Schulen und Senioren finanziert. In seinem Machwerk behauptet der Autor, Schuld am Zweiten Weltkrieg müsse auch Polen zugeschrieben werden; schließlich habe es 1939 mobilgemacht. Den Einwand, Polen habe sich schließlich auf den befürchteten deutschen Überfall vorbereiten müssen, lässt Experte Schultze-Rhonhof nicht gelten: Das seien „kriegerische Drohgebärden" von polnischer Seite gewesen, das NS-Reich habe also durchaus mit einem Angriff rechnen müssen. Und überhaupt, auch Großbritannien und Frankreich hätten ihrerseits eine verhängnisvolle Rolle gespielt. So hat der Generalmajor a.D. zum Beispiel in Erfahrung gebracht: „Kurz nach dem deutschen Einmarsch in die Rest-Tschechei fängt England an, den nächsten Weltkrieg einzufädeln."

Die NS-Friedensregierung

Muss man über derlei Hirngespinste denn noch diskutieren? Aber unbedingt, meinte die *Preußische Allgemeine Zeitung*, die von der *Landsmannschaft Ostpreußen* herausgegeben wird, schon kurz nach Erscheinen des Pamphlets im Jahr 2003. Das Buch könne „nicht zuletzt der nachkommenden Generation und ihren Lehrern empfohlen werden" – „zur Auseinandersetzung mit Denkverboten und Deutungsmonopolen". 2004 begann die Zeitung mit dem Abdruck einer 18-teiligen Artikelserie, in der Schultze-Rhonhof seine Panzerkommandeurs-Version der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs in epischer Breite darlegte. Hitler scheint seiner Ansicht nach schon irgendwie Schuld getragen zu haben, denn dem ersten Teil der Artikelserie ist zu entnehmen, ohne ihn „hätte es am 1. September 1939 keinen neuen Krieg gegeben". Allerdings wäre der deutsche Überfall laut Schultze-Rhonhof „ohne Roosevelt, Stalin, die 'Kriegspartei' in England und die polnische Regierung" auch nicht zustande gekommen. Als der Generalmajor a.D. am 6. Mai 2006 in München auf einem Seminar referierte, das von der extrem rechten Zeitschrift *Deutsche Geschichte* organisiert worden war, da verfügte er sogar über Informationen, wonach man mit Blick auf 1939 die „entscheidenden Bemühungen der damaligen Reichsregierung" um Adolf Hitler würdigen müsse, „die den Frieden retten wollte und um beinahe alles in der Welt einen Krieg zu vermeiden suchte". Vier Wochen später nahm sich die *Preußische Allgemeine* ein neues Hörbuch aus dem Hause Schultze-Rhonhof vor – und kam zu dem Schluss, man finde darin „ein ausgewogenes Urteil".

Ein Hoffnungsträger

Nur konsequent war es also, dass die *Landsmannschaft Ostpreußen* dem Generalmajor a.D., der für sie nicht nur als

Autor, sondern mehrfach auch als Referent tätig gewesen war, im November 2012 ihren „Kulturpreis für Wissenschaft" verlieh. **Wilhelm von Gottberg**, langjähriger Sprecher und Träger des „Preußenschildes" der Landsmannschaft, begründete dies in der Laudatio mit der Einschätzung, Schultze-Rhonhof sei „mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen" geworden. Und so kann man es denn dem NRW-Landesverband der LO wohl auch kaum übelnehmen, dass er einen Vortrag, den der Hoffnungsträger am 16. März 2013 bei der Frühjahrstagung der NRW-Ostpreußen in Oberhausen hielt, in Kürze unter dem Titel „Danzig und Ostpreußen – zwei Kriegsanlässe 1939" herausgeben will. „Wer nichts weiß, muss alles glauben!" steht als Motto auf dem Cover, das der Landesverband in seinem jüngsten Rundschreiben vorab abgedruckt hat. Die Selbstironie der Phrase ist der Ostpreußen-Redaktion wohl entgangen.

Der polnische Imperialismus

Eine erste Broschüre zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs hat der NRW-Landesverband der LO bereits letztes Jahr herausgegeben. Autor ist der Germanist **Hartmut Fröschle**, ein Funktionär des *Vereins für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland* (einst *Verein für das Deutschtum im Ausland*), der eine Zeitlang auch für das *Hilfskomitee Südliches Afrika* tätig war, einen Verein mit Kontakten zur weißen extremen Rechten in Südafrika. Im Vorwort erklären der Landesverbands-Vorsitzende **Jürgen Zauner** (Viersen) und sein Stellvertreter **Ulrich Penski** (Hilchenbach), die Schrift zeige, dass es „notwendig" sei, „auch die Ereignisse und Handlungen des polnischen Staates, der katholischen Kirche und der polnischen Bevölkerung in den Blick zu nehmen, die zur Entwicklung und zum Ausmaß des politischen und kriegerischen Konflikts im Zweiten Weltkrieg beigetragen haben". Fröschle meinte in der Schrift feststellen zu müssen, dass Polen vor dem Krieg „imperialistische Absichten" gehegt und eine „systematische Entdeutschung" des Landes angestrebt habe. Über die polnische Mobilmachung zur Abwehr des befürchteten deutschen Überfalls heißt es in der Broschüre: „Wer angesichts dieser Tatsachen noch von einem Überfall Hitler-Deutschlands auf das ahnungslose Polen redet, ist entweder hoffnungslos hinter dem aktuellen Forschungsstand zurück oder er ist aus ideologischer Verblendung nicht fähig, die Tatsachen zu sehen und richtig einzuordnen." Fröschle konnte dank umfassender Recherchen auch von „unbeschreiblichen Grausamkeiten" berichten, die PolInnen noch im September 1939 Deutschen angetan hätten. Die Quelle? „Der Tod in Polen", ein 1940 publiziertes Propagandawerk des NS-Schriftstellers **Edwin Erich Dwinger**.

Großaktionäre

Die NRW-Ostpreußen sind beileibe nicht nur in der Geschichtsforschung tätig, sie sind auch an Rechtsfragen interessiert. Deshalb engagieren sie sich in der *Preußischen Treuhand*, einer Organisation, die trotz mehrfachen Scheiterns immer noch bemüht ist, ehemaliges Eigentum umgesiedelter Deutscher in Polen wieder in deutschen Besitz zurückzuklagen. Sie hat damit mehrfach für gravierende Störungen in den deutsch-polnischen Beziehungen gesorgt. Der NRW-Landesverband der Ostpreußen hält bei der Treuhand Aktien im Wert von 1.500 Euro, sein Vorsitzender Jürgen Zauner und sein Ehrenvorsitzender **Ehrenfried Mathiak** vom Vorstand der *CDU Bonn-Auerberg* sind ebenfalls per Aktienbesitz involviert. Im Aufsichtsrat der Treuhand sitzt zudem der stellvertretende Vorsitzende der NRW-Ostpreußen, Ulrich Penski. Aufsichtsratsvorsitzender ist übrigens der Vorsitzende des BdV NRW, Hans-Günther Parplies, ein Treuhand-Großaktionär.

Ostpreußen 1935

Natürlich hängt das alles zusammen: Wer die Schuld am Zweiten Weltkrieg auch bei Polen sieht und – NS-Quellen zitierend – von polnischen „Grausamkeiten" im September 1939 schwadroniert, wird eher geneigt sein, den polnischen Staat auf Übereignung ehemals deutschen Besitzes zu verklagen als andere MitbürgerInnen. Man muss deswegen nicht unbedingt für einen Besuch auf dem Rittergut Hanstein werben – aber wieso auch nicht: Der NRW-Landesverband der *Landsmannschaft Ostpreußen* verfügt über gute Kontakte in die Politik, die seine Stellung sichern; er kündigt etwa für sein diesjähriges „Ostpreußentreffen" am 14. Juli auf Schloss Burg in Solingen eine Rede des CDU-Landtagsabgeordneten **Gregor Golland** an. Und immerhin hat SPD-Landtagspräsidentin Carina Gödecke den Aufsichtsratschef der Preußischen Treuhand, Hans-Günther Parplies, beim „parlamentarischen Abend für Vertriebene" herzlich begrüßt und den „Vertriebenen"-Verbänden insgesamt – darunter also auch den NRW-Ostpreußen – unterstellt, „Botschafter der Aussöhnung und Verständigung" zu sein, eine fast ehrenrührige Behauptung. Ob sie von der Fröschle-Broschüre beeindruckt war, die die Landsmannschaft beim „parlamentarischen Abend" auf ihrem Infotisch anbot? Die großformatig kopierten Briefmarken, die dort aushingen, kann sie jedenfalls kaum übersehen haben. Sie trugen Motive aus Ostpreußen und stammten laut Beschriftung aus dem Jahr 1935.

Foto: Ggia (CC-BY-SA 3.0)

Von Marianthi Anastasiadou

Düstere Einsichten und Aussichten

Woraus schöpft die „Goldene Morgenröte“ (Chrysi Avgi) ihre Stärke?

Der plötzliche parlamentarische Wahlerfolg der „Chrysi Avgi“ 2012 in Griechenland bescherte dieser nazistischen Bande 18 Abgeordnete und steigerte die täglichen Provokationen ihrer Anhänger_innen innerhalb und außerhalb des Parlaments, oft auch außerhalb des Gesetzes. Solche Erfolge lassen fast automatisch eine Frage wieder aufkommen, die zwar immer wieder gestellt, gewöhnlich jedoch mit einer gewissen Verlegenheit behandelt wird: Woraus schöpft die „Chrysi Avgi“ ihre Stärke? Diese Frage ist von grundlegender Bedeutung, wenn wir die Dynamik dieser nazistischen Formation in der griechischen Gesellschaft und auf der politischen Bühne verstehen möchten.

Ehe wir versuchen, Antworten auf diese Frage zu finden, ist es wichtig, drei Dimensionen des Phänomens *Chrysi Avgi* in Griechenland zu differenzieren: 1. die Akzeptanz der Ideologie und der Praktiken der *Chrysi Avgi* in der Gesellschaft, 2. ihre jüngsten Wahlerfolge sowie 3. die Dynamik ihrer Präsenz auf der griechischen politischen Bühne. Und, so paradox es erscheinen mag: Diese drei Dimensionen hängen kausal *nicht* miteinander zusammen. Es ist also nicht ihre gesellschaftliche Resonanz, die der *Chrysi Avgi* den Zugang zu den demokratischen Institutionen ermöglicht hat, so dass die nazistische Partei heute über Raum und Macht auf der politischen Bühne des Landes verfügt. Dennoch verweisen alle drei Dimensionen auf ein gemeinsames Problem: das zunehmende „Demokratiedefizit“ in der griechischen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten.

Die anfängliche Ratlosigkeit nach den Wahlen 2012 – im Mai, bei denen die Partei mit knapp 7 Prozent und 21 Sitzen erstmalig ins Parlament einziehen konnte, und dann noch mehr im Juni, wo sie das Ergebnis fast halten konnte – verdichtete sich zur Frage: „Haben wir

denn wirklich so viele Anhänger_innen des Nazismus in der Bevölkerung?" Hierauf folgte schon bald die traurige Feststellung, dass ein großer Teil der Wähler_innen der *Chrysi Avgi* in Wirklichkeit nicht viel über die politische Identität der Partei ihrer Wahl wusste – und wahrscheinlich auch kein Interesse daran hatte, mehr darüber zu erfahren. Aber dabei wird oft übersehen, dass die rassistischen Diskurse der *Chrysi Avgi* sowie die gewalttätigen Übergriffe gegenüber all denjenigen, die sie für „nicht dazugehörig" hält (die ersten Opfer der *Chrysi Avgi* waren Migrant_innen), weder neue Phänomene in der griechischen Gesellschaft darstellen noch der Zuspitzung der „Krise" in Griechenland geschuldet sind.

Etablierte Feindbilder

Besonders der Rassismus gegen Eingewanderte und Flüchtlinge stellt in den letzten Jahrzehnten – sowohl diskursiv, als auch praktisch – in Griechenland ein tägliches Übungsfeld für die Legitimierung und Reproduktion sozialer Ungleichheiten dar. Diese Entwicklungen sind nicht nur das Resultat der neoliberalen Umgestaltung der Gesellschaft (auch in Griechenland). Sie stehen auch im ursächlichen Zusammenhang mit den mageren Erfolgen früherer sozialer Bewegungen, soziale Gleichheit und Gerechtigkeit durchzusetzen und zu erhalten. Migrant_innen und Flüchtlinge sind in den letzten Jahrzehnten einer zynischen Behandlung durch den griechischen Staat ausgesetzt gewesen, wie auch einer widersprüchlichen Umgangsweise durch fast die gesamte griechische Gesellschaft. Parallel zur ihrer brutalen und unmenschlichen Ausbeutung innerhalb des Arbeitsmarktes – und nicht nur dort – werden sie auch als nationales „Problem", als „Bedrohung" für die Sicherheit der Bürger_innen, als Menschen zweiter Klasse behandelt, die weder Bedürfnisse noch Rechte haben dürfen.

Aber nicht nur der Rassismus gewinnt in den letzten Jahrzehnten in Griechenland an Boden. Mit dem Rückgang der älteren sozialen Bewegungen verblassen auch deren Forderungen nach „Gleichheit" und „Gerechtigkeit". Diese „Lücke" füllt der sich zuspitzende griechische Nationalismus gerne mit all seinen Produkten aus – Sexismus, Homophobie, Diskriminierung und Ausgrenzung all derer, die der Norm nicht genügen: des „gesunden und kräftigen", „heterosexuellen", „christlich-orthodoxen", „zur Blutsgemeinschaft gehörigen" griechischen Bürgers. All das führt zu einer Neubestimmung von Normalität (gerade vor dem Hintergrund der neoliberalen Transformation der Gesellschaft), womit soziale Ungleichheiten verfestigt und zusätzlich legitimiert werden. Hierbei ist zu betonen, dass soziale Ungleichheiten in den letzten Jahren in Griechenland systematisch erzeugt wurden, nicht nur durch deren tägliche Einübung in der „Praxis", sondern auch mangels starker Gegendiskurse. Dadurch werden all jene sozialen Ungleichheiten in der griechischen Gesellschaft für dermaßen selbstverständlich gehalten, dass die *Chrysi Avgi* sich leicht darauf berufen und offen gegen „Fremde", d.h. „Un-Normale", hetzen kann.

Delegitimierung der Politik

Dennoch kann die gesellschaftlich akzeptierte, eingeübte und aufrecht erhaltene Ungleichheit allein den Aufstieg der *Chrysi Avgi* in Griechenland nicht erklären. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit auch auf die schrittweise Delegitimierung der Demokratie, nicht nur in der Praxis, sondern auch in den Köpfen der Menschen, richten. Diese ist nicht nur auf der Verschärfung der Ungleichheiten gegründet. Sie speist sich auch (und vor allem) aus einer Schwäche der Demokratie und ihrer Institutionen, diese Ungleichheiten abzumildern. Es ist kein Zufall, dass in den letzten Jahrzehnten zunehmend das Gefühl in der Bevölkerung vorherrschte, dass sich Politiker_innen, Parteien (auch die der Linken), die gesellschaftlichen Institutionen etc. für die Bedürfnisse der Bürger_innen weder interessieren, noch sie zu befriedigen versuchen. Im öffentlichen Leben dominieren Korruption und Straflosigkeit, wobei familiäre und andere klientelistische Beziehungen die notwendigen und üblichen Vermittlungsriemen für den Verkehr zwischen Bürger_in und staatlichen Institutionen darstellen – ein Privileg allerdings nur für Bürger_innen, die über solche Beziehungen und/oder andere Ressourcen verfügen! Parallel dazu mangelt es an Einforderungen von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit.

Die Politiken gerade der letzten Regierungen machen den „Abstand" zwischen dem politischen Establishment und den Bürger_innen immer deutlicher. Hierbei wurden auch die klientelistischen Beziehungen gegenüber ihren Wähler_innen aufgekündigt, womit sich die ohnehin starken Gefühle der „Wut" und der „Empörung" in der Bevölkerung zusätzlich verschärften. Solche Gefühle werden von einem Teil der Wähler_innenschaft in der Wahl der *Chrysi Avgi* artikuliert, auch weil sie als neue „radikale" politische Formation vorgeführt wird. Einerseits wird diese nicht in Verbindung mit der bekannten korrupten und ineffizienten politischen Szene gebracht – trotz ihrer jahrzehntelang gepflegten Verbindungen zur politischen Macht. Andererseits demonstriert sie eine größere Bereitschaft, Praktiken offen und ungeschminkt anzuwenden, mit denen die griechische Gesellschaft schon seit langem sozial benachteiligte Gruppen, z.B. Migrant_innen, beglückt.

"Was mich nicnt zerstört, macht mich stärker", Dortmunder Nazi mit Souvenir vom Imia-Marsch in Athen

(Noch) Keine soziale Bewegung

Allerdings und zum Glück kann die *Chrysi Avgi* trotz ihrer Akzeptanz auf der medialen und politischen Bühne immer noch keine entsprechende Dynamik als soziale Bewegung „auf der Straße“ entfalten – sei es aufgrund organisatorischer Schwächen der Partei (noch!), sei es aufgrund der antifaschistischen Reaktionen eines anderen wichtigen Teils der Gesellschaft. Dabei versucht diese nazistische Partei, ihre „Beziehung“ zur Gesellschaft mit Hilfe verschiedener Initiativen und Aktionen zu „vertiefen“: Sie gründet reihenweise lokale Parteibüros (die Ressourcen aus den Wahlerfolgen nutzend), sie nutzt die Möglichkeiten des Internets zur Verbreitung ihrer Ideologie, organisiert (wenn auch bisher nur in geringem Maße) öffentliche Versammlungen und Interventionen, wir haben aber auch erste Beispiele der Organisation von Frauengruppen, Aktivitäten/Angebote für Kinder etc. Bis zu welchem Grad die *Chrysi Avgi* es dadurch schaffen wird, ihre Präsenz im sozialen Leben zu stabilisieren/etablieren und Menschen für ihre Ziele zu mobilisieren, ist immer noch eine offene und brisante Frage, nicht nur zu unserer „Information“, sondern vor allem zu Interventionen dagegen.

An diesem Punkt stellt sich jedoch erneut die Frage nach der politischen Macht der nazistischen Partei heute in Griechenland. Auch wenn Überzeugungen und Aktionen der *Chrysi Avgi* bei einem großen Teil der Gesellschaft als legitim erscheinen, ist andererseits auch klar, dass ihre politische Macht völlig unverhältnismäßig zu ihrer Verankerung in der Gesellschaft ist. Die Wucht, mit der die sie die Demokratie zurzeit offen und unkaschiert herausfordert und herausfordern kann – innerhalb der Institutionen, aber auch draußen auf der Straße –, wird auch durch die demokratischen Institutionen und Kräfte selbst verantwortet und gespeist. Diese sind es, die es der nazistischen Partei und deren Mitgliedern erlauben, täglich Hass zu predigen, die Demokratie zu verspotten, Selbstjustiz zu üben und auch innerhalb des Staatsapparates unkontrolliert zu agieren (beispielsweise in der Polizei) – ohne dabei ernsthaft auf institutionelle Widerstände oder Strafen zu stoßen. Im Gegenteil scheint es, dass die „Bedrohung“ durch die *Chrysi Avgi* in der politischen Szene nicht dazu führt, demokratische Reaktionen auszulösen. Vielmehr wird diese Bedrohung einfach übersehen, wenn sie nicht sogar von der politischen Herrschaft dazu „benutzt“ wird, eigene rechtsradikale Positionen und Entscheidungen zu legitimieren. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass führende Personen (z.B. der Regierung) ohnehin und seit langem selbst dem rechtsradikalen Lager angehören. Politisch krampfhafte Initiativen und Maßnahmen, wie z.B. aktuell um die antirassistische Gesetzgebung, werten (einmal mehr...) die Demokratie und ihre Institutionen ab und richten mehr Schaden an als dass sie die *Chrysi Avgi* „beunruhigen“ würden.

Dass die Institutionen und die Demokratie täglich selbst von denjenigen politischen Kräften herabgesetzt und verschmäht werden, von denen man annimmt, dass sie die Demokratie eigentlich zu verteidigen hätten, kann deutlich machen, dass Hoffnungen, nicht nur zur Abwehr der *Chrysi Avgi*, sondern auch zur Bekämpfung der Krise und des Neoliberalismus, nur in jenen sozialen Bewegungen liegen können, die es schaffen werden, einer neuen gesellschaftlichen Vision auf der Grundlage von Demokratie, Kooperation, Gleichheit und Solidarität Leben einzuhauchen.

Anmerkung

Der Artikel schöpft aus einer Studie mit dem Thema „Jugendliche und Rechtsextremismus in Griechenland“ für die *Friedrich-Ebert-Stiftung*, die in nächster Zeit auch auf Deutsch publiziert werden soll.

Vielen Dank an Ioanna Menhard, Jan Loheit und Athanasios Marvakis für die Übersetzung ins Deutsche!

„Das ist die nicht akzeptable Geschichte“

Interview mit Mitat Özdemir und Dr. Ayla Güler-Saied

Am 9. Juni 2004 explodierte auf der Köln-Mülheimer Keupstraße eine Nagelbombe, die 22 Menschen zum Teil schwer verletzte. Der NSU hat sich Jahre später zu der Tat bekannt. Mitat Özdemir ist Vorsitzender der „Interessensgemeinschaft Keupstraße“. Dr. Ayla Güler-Saied ist Migrationsforscherin. Beide arbeiten in einer Initiative mit, die im Frühjahr mehrere gut besuchte Veranstaltungen auf der Keupstraße organisierte.

Im Mai begann in München mit dem NSU-Prozess die strafrechtliche Aufarbeitung des Rechtsterrorismus. Wie ist aktuell die Stimmung auf der Keupstraße?

Mitat Özdemir: Es gibt eine tiefe Erleichterung, das ist klar. Aber auf dieser Erleichterung ist eine trübe Enttäuschung. Dann gibt es noch Unsicherheit und Angst. Diese Faktoren sind da. Manchmal steigt die Angst höher, manchmal die Enttäuschung. Zum Beispiel Enttäuschung über die Nicht-Zulassung der türkischen Journalisten beim Prozess. Oder als es in den letzten Tagen hieß, der Anschlag in der Keupstraße solle aus der Verhandlung abgetrennt werden. Einige haben sogar gesagt: „Vielleicht wird das besser behandelt, wenn es abgetrennt ist.“ Andere sagten: „Dann wird das Gesamte unter den Tisch gekehrt.“ Und dann sind da noch die Journalisten mit ihren Befragungen, was die Leute irritiert. Das ist es, was die Keupstraße momentan durchlebt. Dieses Durcheinander.

Es gibt viele, die sich zurückziehen. Sie sagen: „Es ist genug, wir wollen damit nichts zu tun haben. Das übersteigt unsere Verhältnisse, man macht irgendetwas über unsere Köpfe hinweg. Da kann man eh nichts machen.“ Es ist also Ergebenheit. Sie sagen: „Ich ergebe mich.“ Es gibt kein Vertrauen mehr. Misstrauen und Angst sind entstanden und es gibt keine Ansätze, wie man dieses Vertrauen zurück gewinnen kann. Das ist die Stimmung, die momentan in der Keupstraße herrscht.

Was hat euch dazu bewogen, die Veranstaltungsreihe „Von Mauerfall bis Nagelbombe" durchzuführen?

Ayla Güler-Saied: Unsere Idee war, Filme an unterschiedlichen Orten in der Keupstraße zu zeigen. Wir wollten die Straße als normalen Ort zeigen, wo man hingehen kann. Es sollte nicht vom Podium hinunter gesprochen werden, sondern gemeinsam mit den Leuten in den normalen Lokalitäten, in denen sie sich aufhalten. Wir haben Menschen eingeladen, die die Pogrome in den 1990ern erlebt haben und sogenannte Experten. Wobei ich eigentlich keinen Unterschied mache, weil die Leute, die betroffen sind, auch Experten sind. Danach sprachen Menschen aus der Keupstraße. Dann zum Titel: Damit wollten wir die Kontinuität nach der deutsch-deutschen Wiedervereinigung aufzeigen, ohne so naiv zu sagen, erst mit dem Mauerfall hat der Rassismus anfangen. Das entspricht ja nicht den Tatsachen. Nach dem Mauerfall ist der Rassismus aber verstärkt aufgetreten – in Ost wie West. Der NSU ist der Höhepunkt, würde ich sagen. Wir wollten diese Normalität aufzeigen und die Probleme der Ermittlungen thematisieren. Dabei sollten die Leute selbst zu Wort kommen. Nicht über die Leute reden, sondern mit den Leuten.

Mitat Özdemir: Für manche war es das erste Mal, dass sie in ein so hinterhofartiges Café gingen und sahen, wie die Leute friedlich da sitzen, Karten spielen oder fernsehen. Bevor das Programm anfing, tranken sie einen Tee oder schauten erst einmal zu. Das war schon eine wirklich bewegende Sache. Erst waren sie schüchtern – „Wo soll ich mich hinsetzen?" – und später wurden sie locker, weil die anderen auch so locker da saßen und sie ganz natürlich angenommen wurden. Auch für die Lokalbesitzer war es neu. Stell` dir ein Caféhaus vor, wo nur türkische Leute hingehen. Plötzlich sind verschiedene Menschen da. Die interessieren sich für das Lokal und die Menschen. Wenn unser Film zu Ende war, standen alle mitten in dem Lokal und diskutierten. Es ging also um eine andere Art von Begegnung. Das war auch eines unserer Ziele.

Seid ihr mit den fünf Veranstaltungen zufrieden?

Ayla Güler-Saied: Ich finde, dass sie ein großer Erfolg waren, weil es immer rappelvoll war und Diskussionen entstanden. Wir sieben aus dem Team kannten uns vorher nicht. Wir kommen auch alle aus unterschiedlichen Richtungen. Ich kannte auch nicht alle Leute aus der Keupstraße, und trotzdem hat alles funktioniert. Die Referenten aus der Keupstraße haben neue Erkenntnisse gebracht. Es war unser Ziel, dass das Schweigen gebrochen wird.

Viele der Betroffenen haben zum ersten Mal vor einer größeren Gruppe über ihre Erlebnisse nach dem Anschlag gesprochen?

Mitat Özdemir: Ja, von zehn Leuten, die wir eingeladen haben, waren acht, die noch nie zu einer Gruppe gesprochen haben. Die musste ich überreden. Manche haben gesagt: „Wenn du bei mir stehst, dann rede ich. Sonst nicht". Mut machen, Unterstützung und die Hilfe von unserem Team trugen dazu bei, dass sie angefangen haben zu reden. Die ersten fünf Minuten waren für sie schwer, aber nachher wollten sie gar nicht mehr aufhören. Wir haben keine Vorgaben gemacht, nur die Situation vorbereitet, dass sie leichter einsteigen können und das Gefühl haben, alles sagen zu können, was sie denken, was sie erlebt haben und wie das Ganze aus ihrer Sicht war.

Ayla Güler-Saied: Viele Leute haben wir erst in den letzten fünf Minuten überredet. Weil die gesagt haben: „Wir wollen da nicht mehr drüber reden, das ist zu belastend für uns. Wir mussten eh immer bei der Polizei aussagen und keiner hat uns ernst genommen." Oder: „Die Leute kennen die Geschichten doch schon, warum sollen wir das erneut erzählen?" Wir haben gesagt: „Ne, wir kennen die Geschichten nicht, obwohl wir hier in Mülheim wohnen und uns mit dem Anschlag auseinandergesetzt haben. Kommt und lasst uns zusammen darüber reden." Ich habe die Beiträge übersetzt. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Leute immer noch traumatisiert und sehr stark enttäuscht sind. Einmal davon, dass es Nazis waren. Weil das zeigt, wie verletzlich diese Straße ist, da sie als „Türkenstraße" gilt.

Ihre Enttäuschung stammt nicht nur von diesem Anschlag, sondern auch von dem Bild, was seit Jahren von der Keupstraße aufrecht erhalten wird. Dass sie als Fremdkörper wahrgenommen werden. Dass sie als Parallelgesellschaft dargestellt werden. Dass sie nicht als gleichberechtigte Bürger angenommen werden. Das war eine Kritik am Alltagsrassismus. Ich denke, die NSU-Taten kann man nicht unabhängig vom Alltagsrassismus sehen. Unsere Referenten haben gesagt: „Was muss ich denn noch machen, um hier akzeptiert und anerkannt zu werden. Ich lebe und arbeite hier seit Jahren. Ich habe hier meine Kinder und Enkelkinder gekriegt. Was wollt ihr noch von mir?" Hier stellt sich die Frage, wie man die Leute entschädigen kann, nicht nur für die Anschlagsfolgen, sondern auch dafür, wie mit ihnen umgegangen wurde. Dass sie kriminalisiert wurden. Diese Kriminalisierung kam nicht aus heiterem Himmel, sondern sie basierte auf den vorherrschenden Bildern, die es von diesen Menschen gab. Ich sage jetzt nur „kriminelles Milieu", „Zuhälterei", „Drogengeschäft". Das sind Begriffe, die in den 1990er Jahren in der Diskussion über die Keupstraße dominierten, und zur Stigmatisierung der Straße beitrugen. Warum wurde nicht stattdessen oder gleichzeitig das ganz normale und funktionierende Alltags- und Geschäftsleben fokussiert?!

Sind diese Vorstellungen der Grund dafür, warum der rassistische Hintergrund von Seiten der Behörden nicht erkannt werden konnte?

Ayla Güler-Saied: Auch bei den anderen Morden war es ähnlich, wenn man sich zum Beispiel die Geschichte der Familie Şimşek anguckt. Der Vater war Blumenhändler und ist zum Einkauf nach Holland gefahren. Die Polizei hat dort auch eine Geschichte konstruiert, dass er aus Holland Drogen einführt. Es ist also nicht nur die Keupstraße. Hier ist es vielleicht verstärkt, weil sie als „türkische Straße" gilt, obwohl die Menschen, die hier leben größtenteils schon seit Generationen in Deutschland sind und auch nicht alle „Türken" sind. Niemand sprich von Köln-Lindenthal als deutschem Wohnbezirk. Das ist einfach Lindenthal und fertig. Warum muss bei der Keupstraße extra betont werden, dass das hier eine „türkische Straße" ist?
Es ist schon sehr verwunderlich, dass die Behörden so früh einen rechten Hintergrund des Anschlags ausgeschlossen haben. Gerade in so einer Straße. Die Opfer haben selber gesagt: „Wir leben hier. Wir haben hier Familie und Freunde. Jeder, der hier ein- und ausgeht, hat hier Familie und Freunde. Niemand wirft eine Bombe, die vielleicht seinen Bruder oder seine Schwester umbringt." 2006 gab es diese Schweigemärsche in Kassel und Dortmund. Dort forderten die Teilnehmenden: „Kein 10. Opfer!". Sie haben den Zusammenhang erkannt. Warum wurde das von den Behörden nicht ernst genommen? Jetzt wird offen über all das geredet. Die sogenannten Pannen der Ermittlungs- und Sicherheitsbehörden werfen dabei nach wie vor viele Fragen auf, und angesichts der Vielzahl an Pannen fällt es schwer, daran zu glauben, dass alles Zufall war, beispielsweise das Schreddern von Akten.

Mitat Özdemir: Für mich ist das ein Rätsel. Ich habe ein paar Fragen, die ich mir immer wieder stelle. Warum die Keupstraße? Und warum mit einem Fahrrad? Warum eine Nagelbombe? Warum gerade vor diesem Friseur? Es gibt andere Friseure, andere Restaurants, die Straße geht noch weiter. Wenn man naiv ist, denkt man an einen Zufall. Ich glaube, es ist hochintelligent gewesen. Zu diesem Friseur kamen ein paar Jungs zum Haareschneiden, die Boxsport und Karate machen. Wenn man sich die Leute anguckt, dann kann man sagen, die sind ja alles Zuhälter. Die kommen mit dem Mercedes und sind alle wie ein Schrank gebaut. Das müssen Zuhälter sein.
Es geht mir nicht aus dem Kopf, warum dieser Laden? Wo sie dieses Fahrrad hingestellt haben, ist gegenüber ein Kindergarten. Wollten die alle Kinder töten? Wenn das eine Zuhältergeschichte oder eine Mafiageschichte gewesen wäre: Wieso mit Nägeln? Wenn ich ein Zuhälter bin, gehe ich rein und rechne mit jemandem ab. Aber nicht die Straße. Nicht die Leute, die unschuldig vorbeigehen.
Warum schließt man Rechtsradikale nach ein paar Stunden aus? Woher bekommt der Innenminister so schnell diese Sicherheit? Welche Informationen hat er? Auf der Keupstraße haben sich die Leute gefragt, wer kann der Täter sein und alle meinten: Das sind Rechtsradikale. Man sollte die Leute auch anhören. Hinterher hat man versucht zu behaupten, alle würden zusammenhalten. Aber gegen wen, gegen die Mafia? Was soll denn das? War das eine Ermittlungstaktik, ist das bewusst oder unbewusst geschehen? Unwissen kann ich mir nicht vorstellen.
Bei einer unserer Filmvorführungen hat ein Geschäftsmann gesprochen. Ich bin dankbar, dass er bei uns geredet hat. Er erzählte, wie ihn ein Ermittlungsbeamter fragte: „Jetzt sagen sie mal, wer könnte der Täter sein?" Er sagte: „Das sind Rechtsradikale". Aber das wollte der Beamte nicht hören. Es sollten ihm Namen aus dem Bekanntenkreis genannt werden. Der Innenminister hat sich damals festgelegt. „Fremdenfeindlicher Hintergrund? Ausgeschlossen!" Was bleibt, wenn diese Wege abgeschlossen sind, dann muss die Polizei woanders weitermachen. Und macht bei den Türken weiter. Einseitig. Das ist die nicht akzeptable Geschichte.

Vielen Dank für das Gespräch!

Von Günter Born

„Wie lange sollen wir uns das gefallen lassen?!“

Zur Geschichte migrantischer Kämpfe in Deutschland – Der „Fordstreik“ 1973

Am Nachmittag des 24. August 1973 standen die Fließbänder in der Halle Y der Fordwerke in Köln-Niehl still. Die in der Endmontage beschäftigten überwiegend türkischen ArbeiterInnen hatten die Maschinen angehalten. Kein Fahrzeug verließ an diesem Freitag mehr die Fabrik. Im Laufe des Tages hatte sich ein Streikaufruf wie ein Lauffeuer im Betrieb verbreitet. Rund 8.000 ArbeiterInnen traten in den Ausstand – unorganisiert und spontan.

Die Konzernleitung, der Betriebsrat und die IG Metall wurden von diesem „wilden Streik“ gleichermaßen überrascht. Die Tatsache, dass sich vor allem migrantische Beschäftigte am Arbeitskampf beteiligten, machte das Ereignis zu einem Politikum. Mit breiter gesellschaftlicher Solidarität konnten diese jedoch kaum rechnen, vielmehr sahen sie sich mit unverhohlenen, nicht selten rassistisch aufgeladenen Ressentiments konfrontiert. Schon bald war in der Öffentlichkeit teils abschätzig, teils dramatisierend vom „Türkenstreik“ die Rede. Die Boulevard-Medien berichteten in großen Schlagzeilen vom „Türken-Terror bei Ford“ und stellten die bange Frage: „Übernehmen die Gastarbeiter die Macht?“ Das Fazit der *BILD*: „Das sind keine Gäste mehr.“

Am 30. August wurde der Streik schließlich gewaltsam niedergeschlagen. Politik, Medien, Gewerkschaften und Unternehmen reagierten gleichwohl verunsichert und verständnislos auf den vorwiegend von MigrantInnen getragenen Arbeitskampf, mit dem diese aus der ihnen zugeschriebenen Rolle als gehorsame und anspruchslose „Fließband-Kulis“ (*Der Spiegel*) demonstrativ herausgetreten waren. Seit dem Beginn der Arbeitsmigration in die Bundesrepublik Mitte der 50er Jahre hatte es immer wieder Streiks, Revolten und widerständiges Handeln gegenüber den Zumutungen in den Fabrikhallen und oftmals lagerartigen Wohnquartieren gegeben. Aus dieser Perspektive ereignete sich

der „Ford-Streik" nicht ganz überraschend. Er stand in einer Tradition migrantischer Kämpfe um Selbstbehauptung, die jedoch im August 1973 erstmals von der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden – und danach bald wieder in Vergessenheit gerieten.

Verdrängte Geschichte(n)

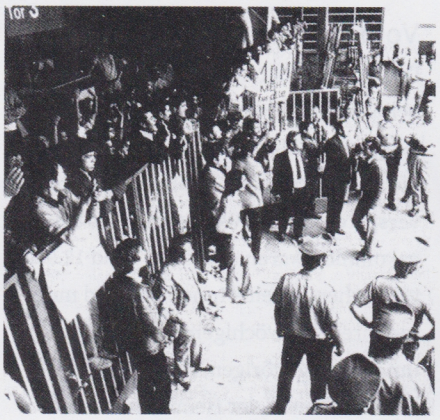
Im kollektiven Gedächtnis der BRD bleiben widerständige Aspekte der Migrationsgeschichte nach wie vor ausgeblendet. Sofern MigrantInnen überhaupt als historische Figuren halbwegs wertschätzende Beachtung finden, dominieren weiterhin paternalistische Projektionen, in denen die „Gastarbeiter" der 50er und 60er Jahre je nach Sichtweise als demütig, fleißig, dankbar oder ausgebeutet beschrieben werden, nur selten jedoch als selbstbewusste und eigensinnige AkteurInnen in den Blick geraten.
Es verwundert daher nicht, dass das Foto vom unsicher in die Kamera lächelnden **Rodruiges de Sa**, dem im Bahnhof Köln-Deutz im September 1964 als millionstem „Gastarbeiter" im Rahmen eines groß inszenierten Empfangs ein Moped übergeben wurde, zu einer in Ausstellungen und Schulbüchern vielfach reproduzierten Ikone avancierte, mit der sich zudem die „Erfolgsstory Bundesrepublik" illustrieren ließ. Demgegenüber blieb es vor allem migrantischen und rassismuskritischen Initiativen „von unten" vorbehalten, die neun Jahre später, nur wenige Kilometer entfernt entstandenen Bilder und Erzählungen der am Tor 3 der Fordwerke postierten Streikposten als gleichsam über Jahrzehnte hinweg verschüttete erinnerungskulturelle Spuren freizulegen. Der „Fordstreik" stellt somit lediglich eine – wenn auch spektakuläre – Facette einer bis heute marginalisierten widerständigen Geschichte der Migration dar.

Vom Protest zum Streik

Den unmittelbaren Anlass für den Arbeitskampf bildete die fristlose Entlassung von 300 türkischen Beschäftigten, die nach Auffassung der Firmenleitung verspätet aus den Werksferien zurückgekommen waren. Viele der rund 12.000 türkischen ArbeiterInnen bei Ford nutzten ihren vierwöchigen Jahresurlaub, um ihre Angehörigen, Familien und FreundInnen in der Heimat zu besuchen. Die oftmals strapaziöse Reise in die Türkei und wieder zurück nach Köln konnte indessen bis zu vierzehn Tage in Anspruch nehmen. Die Personalabteilung von Ford beobachtete daher mit zunehmendem Missfallen, dass zahlreiche ArbeiterInnen ihren Urlaub offenkundig eigenmächtig verlängerten. Gegen diese Praxis wollte die Firmenleitung ein Exempel statuieren. Ford-Personal-Vorstand **Horst Bergemann** bezeichnete die drakonische Maßnahme lapidar als „nicht dramatisch" und schätzte die seit langem gärende Stimmung vor allem unter den migrantischen Beschäftigten vollkommen falsch ein.
In einer Betriebsversammlung erklärten sich die TeilnehmerInnen mit den Entlassenen solidarisch und forderten deren Wiedereinstellung. Als die Firmenleitung auf ihrer Entscheidung beharrte, traten am 24. August rund 8.000 ArbeiterInnen in den Streik. Aufgerüttelt vom Ausruf eines türkischen Arbeiters: „Kollegen, wie lange sollen wir uns das gefallen lassen?!" formierte sich auf dem Werksgelände eine Demonstration, die von Halle zu Halle zog, um weitere Beschäftigte zu animieren, sich dem Ausstand anzuschließen. Schnell wurde jedoch deutlich, dass sich der Unmut nicht nur gegen die als willkürlich empfundenen Kündigungen richtete. Ins Zentrum des Arbeitskampfes rückte vielmehr der Protest gegen das Fabrikregime insgesamt, das durch miserable Arbeitsbedingungen ebenso geprägt war wie von strukturellem Rassismus.
Nicht zufällig hatte der Streik in der Y-Halle begonnen, wo an Fließbändern die Endmontage der Fahrzeuge stattfand. Durch die Monotonie der Tätigkeiten, besonders aber durch die oftmals hohe Bandgeschwindigkeit, standen die in diesem Bereich Beschäftigten – in der Regel MigrantInnen – unter enormem Druck. **Salih Güldiken**, ehemaliger Betriebs- und Aufsichtsrat bei Ford und davor selbst an den Fließbändern eingesetzt, beschreibt die Arbeitssituation folgendermaßen: „Die Arbeit am Band ist nicht kompliziert, aber anstrengend. Du darfst keine Pausen machen, das Band läuft einfach immer weiter. Es ist schwer so zu arbeiten. [...] Hätte ich einen Fehler gemacht, wäre es übel gewesen, es hätte mich erwischt."
Die Streikenden protestierten aber auch gegen die ungerechten Lohnverhältnisse bei Ford. Während deutsche FacharbeiterInnen mit einem Stundenlohn zwischen 8,98 und 10,59 DM rechnen konnten, erhielten die migrantischen Beschäftigten an den Fließbändern lediglich Tarife zwischen 7,15 und 8,24 DM.

Die Emanzipation der FließbandarbeiterInnen

Am 27. August erfuhr der Arbeitskampf eine weitere Zuspitzung. Mittlerweile hatten sich rund 12.000 ArbeiterInnen dem Streik angeschlossen. In einer Betriebsversammlung wählten die TeilnehmerInnen eine Streikleitung und einigten sich auf drei zentrale Ziele: Rücknahme der Kündigungen, Herabsetzung der Bandgeschwindigkeiten und Erhöhung des Stundenlohns um eine DM für alle Beschäftigten. Die Ausweitung der Forderungen bedeutete, so der Soziologe **Serhat Karakayali**, die „Wende im Streik". Waren die Proteste zu Beginn noch vom Betriebsrat und der *IG Metall* unterstützt worden, gingen die Arbei-



Fotos aus: Arbeiterkampf (Hg.): Streik bei Ford Köln, Köln: Rosa-Luxemburg-Verlagskollektiv 1973

ternehmervertreterInnen erkennbar auf Distanz, als ihnen die Kontrolle über das Geschehen zunehmend zu entgleiten drohte. Bei zahlreichen Streikenden wiederum hatten Gewerkschaft und Betriebsrat spätestens seit dem Scheitern der Verhandlungen mit der Firmenleitung über das Schicksal der Entlassenen jegliches Ansehen verloren. „Sendika satilmis“ – „die Gewerkschaft ist käuflich“ lautete einer der Slogans der streikenden türkischen ArbeiterInnen, in dem auch die über Jahre hinweg entstandenen Wahrnehmungen zahlreicher MigrantInnen zum Ausdruck kamen, von den deutschen Gewerkschaften nicht angemessen vertreten zu werden. Im knapp 50 Mitglieder starken Betriebsrat gab es lediglich eine handvoll nichtdeutscher Delegierter. Demgegenüber betrug der Anteil migrantischer ArbeitnehmerInnen an der Gesamtbelegschaft der Ford-Werke knapp 40 Prozent, im Bereich der Fließbandarbeit lag er bei rund 90 Prozent.

Aus dieser Perspektive wies der „Fordstreik“ über die konkret erhobenen Forderungen hinaus. Vielmehr war er gleichermaßen ein demonstrativer Kampf um Selbstbehauptung und Anerkennung. Dabei blieben die migrantischen AktivistInnen weitgehend auf sich alleine gestellt. Deutsche ArbeiterInnen solidarisierten sich nur vereinzelt.

Der „Fordstreik“ hob sich von der weitgehend berechenbaren und ritualisierten Dramaturgie regulärer Arbeitskämpfe in der Bundesrepublik ab. Es wurde nicht nur im Rahmen der üblichen Arbeitszeiten oder gleich „von zu Hause aus“ (Serhat Karakayli) gestreikt. Vielmehr hielten bis zu 2.000 AktivistInnen Teile des Werksgeländes auch nachts besetzt.

Nicht zuletzt diese Aktionsformen schienen für die Firmenleitung und den Betriebsratsvorsitzenden **Ernst Lück** die Koordination und Steuerung des Streiks durch „linke Rädelsführer“ zu belegen. Aber auch der NRW-Innenminister **Willy Weyer** (FDP) sah subversive Kräfte am Werk und betonte, dass bestreikte Betriebe „zum Teil von Kriminalpolizei und Beamten des Verfassungsschutzes beobachtet“ würden. Die *BILD* wiederum wusste von „6-8 Kommunisten“ zu berichten, die sich „getarnt in Monteursmänteln [...] eingeschlichen haben.“

Deutlich zeigte sich hier eine paternalistisch-herabsetzende Sichtweise auf die „Gastarbeiter“ in der eine eigenständige Selbstorganisation migrantischer Beschäftigter unvorstellbar erschien.

Tatsächlich versuchten während des Streik-Verlaufs auch linke deutsche AktivistInnen aus den Reihen der K-Gruppen oder aber der operaistischen Gruppe *Arbeiterkampf* in das Geschehen zu intervenieren, etwa indem sie nach Beginn des Ausstands in den Wohnheimen der migrantischen FordarbeiterInnen und auf dem Werksgelände für den Streik mobilisierten. Insgesamt spielte die deutsche Linke in diesen Auseinandersetzungen jedoch eine eher untergeordnete Rolle, die je nach Perspektive von vereinnahmenden und verklärenden Projektionen auf den Arbeitskampf geprägt war.

„Schlagt die Ratten tot!“ – Das Ende des Streiks

In einer zunehmend aufgeheizten Atmosphäre kamen Firmenleitung und Polizei mit Billigung des Betriebsrates überein, die Werksbesetzung notfalls mit Gewalt zu beenden. Nachdem die Streikenden am 29. August ein „Kompromissangebot“ von Ford abgelehnt hatten, das lediglich die „Überprüfung“ der Kündigungen und eine Teuerungszulage von 200 DM in Aussicht stellte, kam es am folgenden Tag zur offenkundig generalstabsmäßig geplanten Eskalation. Zu diesem Zeitpunkt hielten noch rund 300 AktivistInnen das symbolträchtige Tor 3 besetzt. In einem Bereich des Werksgeländes hatte sich indessen ein Demonstrationszug von knapp 1.000 deutschen Arbeitern und leitenden Angestellten formiert, die mit der Parole „Wir wollen arbeiten!“ gegen die Streikenden protestierten. Als sich die Gruppen schließlich gegenüberstanden, ging alles sehr schnell: Aus den Reihen der arbeitswilligen DemonstrantInnen stürmten mit Schlagstöcken bewaffnete Polizeibeamte in Zivil in die Menge der Streikenden und griffen sich vermeintliche „Rädels-

führer" heraus. **Baha Targün**, der Sprecher der Streikleitung wurde überwältigt und zusammengeschlagen. Gleichzeitig drängte uniformierte Bereitschaftspolizei durch Tor 3. Ein Beobachter des Angriffs erinnerte sich später daran, dass der „erste Polizist [...] mit hoch erhobenem Knüppel in die Menge reinlief" und dabei gebrüllt habe: „Schlagt die Ratten tot!". Die Streikenden wehrten sich nach Kräften, aber letztendlich vergeblich gegen die Übermacht aus Polizei und Werksschutz. Wieviele Verletzte es bei den Auseinandersetzungen gab, ist nicht bekannt. Knapp 20 Aktivisten wurden festgenommen. Die *BILD* triumphierte im militärischen Jargon: „Deutsche Arbeiter kämpfen Ford frei." Für viele Streikenden hatte der Arbeitskampf ein Nachspiel. Baha Targün wurde als angeblicher „Rädelsführer" aus der BRD ausgewiesen. 100 weitere Beschäftigte erhielten von Ford die fristlose Kündigung. Rund 600 Arbeiter verließen den Betrieb „freiwillig". Serhat Karakayli weist in seinen Studien zum „Fordstreik" zudem darauf hin, dass kein Fall bekannt geworden sei, in dem der Betriebsrat gegen Entlassungen im Zusammenhang mit dem Arbeitskampf sein Veto eingelegt habe.

Über den „Fordstreik" hinaus

Gleichwohl blieb der „wilde Streik" bei Ford im August 1973 kein isoliertes Ereignis. Im selben Jahr kam es auch in anderen Betrieben zu vorwiegend migrantisch geprägten Arbeitskämpfen, deren ProtagonistInnen vielfach neben und außerhalb der Gewerkschaften agierten. Zu nennen ist hier beispielsweise der Streik der Arbeiterinnen beim Automobilzulieferer *Pierburg* in Neuss bei Düsseldorf, bei dem es ebenfalls um die Erhöhung des Stundenlohns um eine DM ging – und bei dem, ähnlich wie in Köln, die Polizei mit Gewalt gegen die Streikenden einschritt.

Die Tatsache, dass viele dieser Geschichten von Selbstbehauptung und Widerstand in Vergessenheit geraten sind und selbst im Gedächtnis der sozialen Bewegungen wie auch der Gewerkschaften kaum präsent sind, hat unterschiedliche Gründe. Zahlreiche ProtagonistInnen dieser Kämpfe mussten das Land verlassen. Doch auch die Stimmen und Erfahrungen jener vielen, die geblieben sind, fanden nur selten Gehör.

Für die gewerkschaftliche Geschichtsschreibung stellen der „Fordstreik" und andere migrantische Arbeitskämpfe freilich eine Herausforderung dar. Die Rolle der Gewerkschaften gegenüber den „Gastarbeitern" war über Jahrzehnte hinweg ambivalent. Zwar entwickelten sie seit den 60er Jahren im Vergleich zu anderen Verbänden, Institutionen und Behörden in der Bundesrepublik zahlreiche Initiativen, um ausländische ArbeitnehmerInnen zu organisieren und zu betreuen. Gleichwohl blieb das Verhältnis zu den MigrantInnen oftmals paternalistisch. Hauptadressat der Gewerkschaften waren die (männlichen) deutschen Facharbeiter. Diese Haltung geriet in spektakulärer Weise mit dem „Fordstreik" in eine Krise, als, wie auch in anderen migrantisch geprägten Arbeitskämpfen, deutlich wurde, dass große Teile der Belegschaften sich durch die gewerkschaftlichen Führungs- und Vertretungsansprüche nicht repräsentiert, oftmals sogar verraten fühlten. Die Quittung erhielten die Gewerkschaften, vor allem die *IG Metall*, in zahlreichen Betriebsratswahlen in den Jahren nach 1973. In einigen Betrieben musste der „angeschlagene Dinosaurier" (*Der Spiegel*) empfindliche Niederlagen einstecken, während alternative, oftmals von MigrantInnen (mit)initiierte Listen bemerkenswerte Erfolge erzielen konnten. Auch diese Entwicklungen sind dem Vergessen anheim gefallen. Die seit den frühen 80er Jahren entstandene, gesellschaftskritisch ausgerichtete Geschichtswerkstättenbewegung widmete sich ebenfalls nur selten der Migrationsgeschichte unter dem Aspekt von Widerstand und Selbstbehauptung.

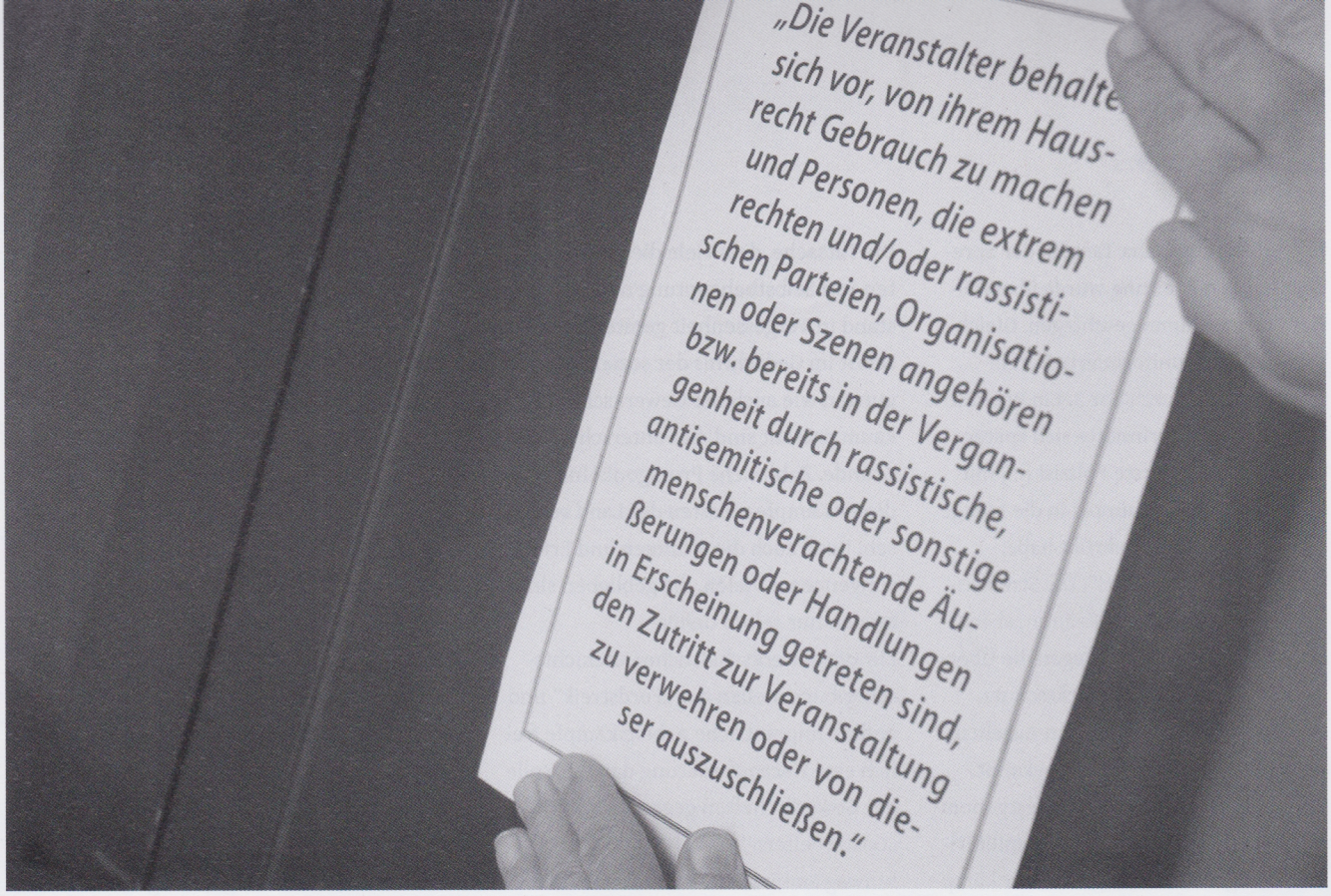
Ein Paradigmenwechsel vollzog sich erst nach der Jahrtausendwende. Migrantische Initiativen wie etwa *Kanak Attack* oder der 1990 gegründete Verein *DOMiT* (*Dokumentationszentrum und Museum über die Migration aus der Türkei e.V.*; seit 2007: *DOMiD – Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland*) eröffneten neue Perspektiven auf die Geschichte der Migration, in der nicht über MigrantInnen gesprochen und geschrieben wird, sondern diese als eigenständige AkteurInnen selbst zu Wort kommen oder „Geschichte" schreiben. Im Rahmen einer Diskussionsrunde anlässlich des 30. Jahrestags des „Fordstreiks" postulierte ein Aktivist von *Kanak Attack*: „Es gibt eine Geschichte des Widerstands, das heißt Migranten sind nicht nur Opfer gewesen. Es gibt eine Geschichte des Widerstands, die [...] bewusst unsichtbar gemacht wird, weil sie eben komplementär ist, passend zum Status, der den Einwanderern aus dem Süden in Deutschland zugewiesen wird."

Veranstaltungshinweis

Fr., 27.9.2013, 19 Uhr
Ausbruch des Streiks und Aufbruchstimmung der 1970er Jahre. Filmausschnitte, Zeitzeugenberichte und Diskussion

Sa., 28.9.2013, ab 12 Uhr
Diskussionsveranstaltungen, Feiern, Essen & Trinken, Musik und Kultur

Naturfreundehaus Köln-Kalk,
Kapellenstr. 9a



Von Theo Borghausen

Nazis raus?

Ausschluss von Neonazis aus Veranstaltungen in geschlossenen Räumen

Einen „Sieg für die Meinungsfreiheit" will der Kreisverband Hamm der Vereinigung „Die Rechte" erstritten haben. Tatsächlich handelt es sich um eine olle Kamelle: Es gibt versammlungsrechtliche Probleme beim Ausschluss von Neonazis aus Veranstaltungen in geschlossenen Räumen. Dass das Thema jetzt wieder hochkommt, zeigt, dass viele VeranstalterInnen sich noch immer nicht genug mit ihm auseinandergesetzt haben.

Was war geschehen?

2012 fand in einer nordrhein-westfälischen Kirche eine Veranstaltung zur extremen Rechten statt, zu der die VeranstalterInnen über eine Website eingeladen hatten. Der spätere Kläger, der der rechten Szene angehört, betrat die Kirche und setzte sich. Nachdem er erkannt wurde, wiesen die VeranstalterInnen ihn auf ein Schild im Eingangsbereich hin, wonach man sich vorbehalte, einzelne Personen von der Veranstaltung auszuschließen. Von dieser Möglichkeit mache man in seinem Falle Gebrauch. Dabei war ein Polizist anwesend, der den Kläger nach dessen Angaben „mit sanftem Druck aus der Kirche gedrängt" habe, woraufhin er – der Kläger – Klage gegen das Land Nordrhein-Westfalen erhob. Das Verwaltungsgericht (VG) Arnsberg entschied mit Urteil vom 22. März 2013 – Az: 3 K 733/12 –, dass der Hinauswurf rechtswidrig war und das Land die Prozesskosten zu tragen habe. Das mag auf den ersten Blick erstaunlich erscheinen, unerfreulich ist es allemal. Tatsächlich liegt es jedoch auf der Linie der Rechtsprechung in ähnlichen Fällen. Auch LOTTA berichtete bereits vor gut vier Jahren über einen ähnlichen Fall (LOTTA #33, S. 54 f.).

(Ab-)Gründe

Um die zugrundeliegende Argumentation zu verstehen, ist ein kurzer Exkurs in das Versammlungsrecht erforderlich. Nach Artikel 8 Grundgesetz (GG) haben „alle Deutschen das Recht, sich [...] zu versammeln". Einzelheiten hierzu stehen im auch für NRW geltenden Ver-

sammlungsgesetz (VersG) des Bundes. Dessen zweiter Abschnitt regelt „Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen", und um eine solche ging es hier. Der Kläger hätte nur dann von der Versammlung ausgeschlossen werden dürfen, wenn sich in diesem Abschnitt eine Regelung finden würde, die den Ausschluss in solchen Fällen erlaubt. Dies ist nach der geltenden Rechtsprechung jedoch nicht der Fall.

Zwar übt nach § 7 Abs. 4 VersG der „Versammlungsleiter" das Hausrecht aus. Jedoch schränkt das VersG das Hausrecht nach der Rechtsprechung dahingehend ein, dass er das Hausrecht nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen nutzen darf, um TeilnehmerInnen aus der Versammlung auszuschließen. Das VersG sieht dies nur in zwei Fällen vor:

Nach § 11 Abs. 1 VersG können TeilnehmerInnen ausgeschlossen werden, die „gröblich stören". Dies war hier jedoch (noch) nicht der Fall. Dass der Kläger die Versammlung möglicherweise später gestört hätte, genügt der Rechtsprechung nicht. Freilich liegt die Messlatte für eine gröbliche Störung relativ hoch. Selbst wenn jemand seiner extrem rechten Gesinnung durch entsprechende Fragen oder Kommentare Ausdruck verleiht, kann daraus noch nicht auf eine „gröbliche Störung" geschlossen werden.

Der zweite Fall findet sich in § 6 Abs. 1 VersG: „Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden." Leider hatten es die VeranstalterInnen in diesem Falle – wie so oft – versäumt, diese Möglichkeit zu nutzen. Wichtig dabei ist, dass der Ausschluss bereits in der Einladung erfolgt. Ein Schild im Eingangsbereich genügt nicht.

Was tun?

VeranstalterInnen sollten sich rechtzeitig mit der Problematik befassen und einen Umgang damit finden. Die Entscheidung zeigt, wie wichtig es ist, bereits in der Einladung deutlich zu machen, welche Personen(gruppen) man nicht dabeihaben möchte. Zwar kann eine Einladung auch nachträglich modifiziert werden, dies ist jedoch fehleranfällig. Der entsprechende Ausschluss sollte daher von Anfang an vorgenommen werden. Wird eine Veranstaltung im Internet und über Flyer beworben, dann gehört der Ausschluss auch an beiden Stellen dazu. Ansonsten könnte sich jemand darauf berufen, von der Veranstaltung durch eine Einladung erfahren zu haben, die keinen Ausschluss enthielt.

Wie sollte ein Ausschluss aussehen? Typischerweise werden Formulierungen wie diese empfohlen: „Die VeranstalterInnen behalten sich vor, von ihrem Hausrecht Gebrauch zu machen und Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zur Veranstaltung zu verwehren oder von dieser auszuschließen."

Das VG Arnsberg ließ Zweifel anklingen, ob diese Formulierung scharf genug ist, um einen wirksamen Ausschluss darzustellen, entschied jedoch nicht darüber, weil es im vorliegenden Falle nicht darauf ankam. Jedoch wird deutlich, dass auch die Verwendung einer derartigen Klausel keine absolute Sicherheit gibt.

Da sich die Klage gegen das Land richtete und konkret das Verhalten des Polizisten betraf, sagt das Urteil auch nichts darüber, wie es rechtlich zu beurteilen ist, wenn man das Hausrecht selbst, also ohne Polizei durchsetzt. Hierzu ist zunächst festzustellen, dass es schon vorgekommen ist, dass die Polizei in solchen Fällen das Recht zur Teilnahme an einer Versammlung gegen den Willen des Veranstaltungsleiters durchsetzte, etwa in dem Fall, der im oben erwähnten Artikel aus LOTTA #33 beschrieben wurde. Zudem gehen die Beteiligten wohl auch das Risiko ein, sich strafbar zu machen, etwa wegen Nötigung oder Körperverletzung, wenn sie einen nach versammlungsrechtlichen Maßstäben rechtswidrigen Ausschluss durchsetzen. Der unwirksam ausgeschlossenen Person dürfte darüber hinaus sogar ein Notwehrrecht zustehen. Rechtlich gesehen löst dieser Weg das Problem also nicht.

Versammlungen außerhalb geschlossener Räume

All dies bezieht sich auf Versammlungen in geschlossenen Räumen. Außerhalb geschlossener Räume ist die Rechtslage anders. Die Möglichkeit, Personen durch die Einladung auszuschließen, ist dort grundsätzlich nicht vorgesehen. Das Recht, TeilnehmerInnen, die die Versammlung „gröblich stören", auszuschließen, liegt bei der Polizei und nicht beim Leiter oder der Leiterin. Die Polizei hat auch die Möglichkeit, solche Personen von der Versammlung fernzuhalten, von denen sie annimmt, dass sie nicht an der Versammlung teilnehmen, sondern diese nur stören oder verhindern möchten. Damit verlässt man allerdings das Versammlungsrecht und begibt sich in das Polizeirecht, weshalb dieses Thema hier nicht vertieft wird. Praktisch bedeutet das, dass die Möglichkeiten des Versammlungsleiters oder der Versammlungsleiterin noch stärker eingeschränkt sind als in geschlossenen Räumen, während der Polizei ein relativ weites Ermessen eingeräumt wird.

Über den Autor

Theo Borghausen ist bei *see red!|iL Düsseldorf* organisiert.

Von Verena Grün

Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“

Die Texte des Sammelbands untersuchen diskursanalytisch die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) und die monatlich erscheinende *Deutsche Stimme* (DS). Während erstere sich in einer jungkonservativen Tradition sieht und eine Zurechnung zum Spektrum der extremen Rechten von sich weist, stellt letztere das Parteiorgan der NPD dar. Dennoch, so die Analyse der Autor_innen, eint beide die Grundlage eines „völkischen Nationalismus“ – allerdings in einer je unterschiedlichen Lesart.
Die beiden ersten Beiträge des Buchs widmen sich der Ideologie der NPD bzw. der DS. Diverse Programme bzw. ausgewählte Artikel werden auf den völkischen Nationalismus hin untersucht. Ein langer Text des Herausgebers über den „‘wahren’ Konservatismus der Jungen Freiheit“ arbeitet die christlichen wie auch völkischen Grundlagen heraus und nimmt eine Positionsbestimmung des Blattes im konservativen Spektrum vor. Es schließen sich vergleichende Untersuchungen zu den Themenfeldern Antisemitismus, Migration, Geschlechterbilder, Geschichtspolitik, Parteienkritik und Außenpolitik an. Den Abschluss bilden Kurzdarstellungen zentraler Autor_innen der JF und der DS.
Die Methode erfordert eine umfassende Arbeit mit Zitaten. Daher findet stets eine enge Verknüpfung von Material und Analyse statt. Die Sprache ist allerdings eher universitär geprägt. Wer sich von Formulierungen wie „Resultat einer Applikation der Kernideologeme“ nicht abschrecken lässt, erhält bei der Lektüre einen breiten Überblick, wie in den Zeitungen einzelne Themen verhandelt werden und wie diese ideologisch fundiert sind.

Helmut Kellershohn (Hg.)
Die „Deutsche Stimme“ der „Jungen Freiheit“. Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten
Unrast-Verlag, Münster 2013
329 Seiten, 28 Euro
ISBN 978-3-89771-752-7

Von Johannes Hartwig

Europas radikale Rechte

So unterschiedlich die extreme Rechte in Europa auch ist, so einen sie die Ablehnung der Europäischen Union und ein mehr oder weniger offener rassistischer Ethnopluralismus. In zwölf Monaten haben **Martin Langebach** und **Andreas Speit** vierzehn europäische Länder bereist. Jedem ist ein Kapitel gewidmet, das die je spezifischen Erscheinungsformen und Themen der extremen Rechten darstellt. So behandeln die Autoren beispielsweise im Kapitel zu Deutschland die militante Szene, aus der auch der NSU und sein Unterstützerumfeld sich rekrutieren; im Kapitel zu Skandinavien gehen sie auf antimuslimischen Rassismus und Rechtspopulismus ein. Sie thematisieren im Kapitel zu Tschechien besonders die Rolle des Antiziganismus, während sie das Thema „Krise“ im Zusammenhang mit den Erfolgen der Faschisten in Griechenland beleuchten. Sie berichten über Parteien und Bewegungen in Frankreich, Ungarn, der Schweiz, Italien, England, Österreich und den Niederlanden. In einem weiteren Artikel wird die Arbeit der extrem rechten Fraktionen im Europaparlament dargestellt. Die Ablehnung der EU ist kein Hinderungsgrund für eine europäische Kooperation, deren Grundlage eine völkisch-nationalistische Vorstellung von einem „Europa der Vaterländer“ ist.
Speit und Langebach gelingt es, einen detailreichen Einblick in die extreme Rechte in Europa zu geben und ihre Entwicklung nachzuzeichnen. Der Reportagestil macht das Buch auch für Einsteiger_innen ins Thema gut lesbar.
Schade ist einzig und allein, dass Berichte über die in Deutschland recht unbekannten nationalistischen und extrem rechten Bewegungen auf dem Balkan, im Baltikum sowie auf der iberischen Halbinsel fehlen.

Martin Langebach, Andreas Speit
Europas radikale Rechte
Orell Füssli-Verlag, Zürich 2013
287 Seiten, 21,95 Euro
ISBN: 978-3-280-05483-3

Von Jan Raabe

Der NSU-VS-Komplex

Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf? So lautet die Frage im Untertitel des neuen Buches von **Wolf Wetzel**. Die Antwort fällt dem Autor leicht, betrachtet er doch den NSU quasi als einen Teil des Staates. So wird die Aktenvernichtung als organisierter Versuch gedeutet, „die Verwicklung nahezu aller staatlichen Verfolgungsorgane in die neonazistische Mordserie geheimzuhalten". Dass das Schreddern „nur" dazu diente, gängige und durchaus rechtswidrige Praktiken der Geheimdienste zu vertuschen, zieht er nicht in Erwägung. Zwar grenzt sich Wetzel von Verschwörungstheorien ab und behauptet: „Es kann nur darum gehen, ganz nüchtern darüber zu befinden, was angesichts der vorliegenden Fakten genauso wahrscheinlich ist". Doch genau dies tut er letztlich nicht und erweist damit der Auseinandersetzung mit dem NSU und mit der Verstrickung der Behörden einen Bärendienst. Hier gibt es zwar noch viele offene Fragen. Allzu schnell deutet der Autor jedoch Möglichkeiten und Eventualitäten zu Belegen für einen „tiefen Staat" um. Auch die (richtigen) Verweise auf die Geheimarmee *Gladio* in den 1970er und 1980er Jahren sind hier nicht erhellend. War die damalige Strategie hinter der Zusammenarbeit von Staaten und Neonazis offensichtlich, so weiß der Autor im Falle des NSU keine Motive für einen „Staatsterrorismus" zu nennen. Den „Tatbeitrag staatlicher Behörden zu 13 Jahren Nationalsozialistischem Untergrund und mindestens neun Morden" muss Wetzel in seiner Logik auch gar nicht belegen, denn: „Es kann ... nicht Aufgabe einer Kritik sein, zu beweisen was wirklich war." Eine schlüssigere These würde man sich dennoch wünschen.

Wolf Wetzel
Der NSU-VS-Komplex. Wo beginnt der Nationalsozialistische Untergrund – wo hört der Staat auf?
Unrast-Verlag, Münster 2013
132 Seiten, 12,00 Euro
ISBN 978-3-89771-537-0

Von Pia Gomez

Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen

Ein neuer Sammelband beschäftigt sich mit dem politischen Kontext des terroristischen NSU und der Rolle der Geheimdienste und Ermittlungsbehörden. „Mehr Fragen als Antworten" hat **Bodo Ramelow**, Vorsitzender der Fraktion *Die Linke* im Thüringer Landtag und Herausgeber des Sammelbandes. Darum geht es zugleich in diesem Buch: Die richtigen Fragen zu stellen, um Licht in das behördliche Dunkel zu bringen, das den wohl spektakulärsten Fall in der Geschichte des bundesdeutschen Rechtsterrorismus umgibt.
Um es vorwegzunehmen: Die durchgehend unaufgeregte Tonart und die zurückhaltende Wertung in den Beiträgen verhindert ein Abgleiten in unbelegbare Verschwörungstheorien und lenkt den Blick auf die zentralen Punkte, die zu einer sachlichen Bewertung der Ausmaße dieses Skandals notwendig sind. Da ein Gutteil der Autor_innenschaft mit der Tätigkeit in den Untersuchungsausschüssen zum NSU-Skandal beschäftigt ist, bieten viele der Beiträge interessante Einblicke in das Innere des behördlichen Versagens und zugleich teilweise in Blockadehaltungen und Vertuschungsaktivitäten hinsichtlich der Aufklärung. Ein weiterer inhaltlicher Schwerpunkt liegt in der Darstellung des NSU-Netzwerkes und dessen Aktivitäten. Hierzu liefern Journalist_innen und in antifaschistischen Initiativen Engagierte wertvolle Beiträge. Auch die Lotta-Redaktion ist mit einem Beitrag über die Anschläge in NRW vertreten. Als weiterer Themenschwerpunkt wird die Politik und die Praxis der Geheimdienste kritisch beleuchtet.
Leser_innen erhalten einen guten sowie zugleich spannenden Einblick in den NSU-Skandal. Lotta-Tipp: Lesen!

Bodo Ramelow (Hrsg.)
Schreddern, Spitzeln, Staatsversagen. Wie rechter Terror, Behördenkumpanei und Rassismus aus der Mitte zusammengehen
VSA Verlag, Hamburg 2013
240 Seiten, 12,80 Euro
ISBN 978-3-89965-550-6

DIE SINNE SCHÄRFEN! JETZT TESTEN:

4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

THEMA_
20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG

ZAG
ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 62/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00
ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 4/13 u.a.:

H. Rehm: »Im Weltauktionshaus. Crowdsourcing und der globale Wettbewerb um Arbeit – z.B. IBM«

A. Bachmann: »Unendliche Geschichte, leider: Tarifverträge gegen Equal Pay«

O. Brüchert: »Angestellt und angeschmiert« – zur Tarifrunde 2013 im öffentlichen Dienst der Länder

W. Hajek: »Chronik eines angekündigten Todes. Drei Monate Streik gegen Werksschließung bei PSA-Peugeot Aulnay«

J. Slaughter: »Keine Schraube verlässt das Gelände«, (Erfolgs-) Geschichte der Arbeiterkooperative Tradoc in Mexiko

Probelesen?! 4 aktuelle Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
Tel. (069) 67 99 84
express-afp@online.de
www.express-afp.info

Anzeige

INPUT

Antifaschistischer Themenabend in Düsseldorf

Programm September 2013

16. September, 20.00 Uhr
Deportiert nach Theresienstadt
Zeitzeuginnenveranstaltung mit Edith Erbrich
Ort: Kulturzentrum zakk, Fichtenstr. 40, Düsseldorf,
in Kooperation mit dem AK Gedenkstättenfahrt

---

23. September, 20.00 Uhr
„Hunderte solcher Helden"
Der Aufstand jüdischer Gefangener im NS-Vernichtungslager Sobibór
Referentin: Franziska Bruder (Historikerin und Autorin)
Ort: Buchladen BiBaBuZe, Aachenerstr. 1, Düsseldorf

---

30. September, 19.30 Uhr
Graue Wölfe heulen wieder
Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland
Referent: Dr. Kemal Bozay (Sozialwissenschaftler und Autor)
Ort: Zentrum Hinterhof, Corneliusstr. 108, Düsseldorf

Veranstalter: *Antifaschistischer Arbeitskreis an der FH Düsseldorf und AG INPUT, in Kooperation mit dem Antirassistischen Bildungsforum Rheinland (ABR)*

http://www.linkes-zentrum.de/gruppen/input

Wir decodieren und erklären die offenen Versteckspiele der Neonazis und extremen Rechten – keinesfalls, um nur den Lügen und Verharmlosungen der Verfassungsschützer fundierte Recherche entgegenzusetzen – wir bieten Wissen und Erklärungen für ein entschlossenes und entschiedenes Eintreten gegen Rechts.

Bezug:
rat · reihe antifaschistischer texte
c/o Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 · 20357 Hamburg
Einzelexemplar 7 Euro (inkl. Versand)
10 Exemplare: 55 Euro inkl. Versandkosten
nur gegen Vorkasse in bar und/oder Briefmarken
Größere Mengen können (gegen Rechnung) direkt beim Herausgeber bestellt werden
Agentur für soziale Perspektiven – ASP e.V.
Lausitzer Straße 10 · 10999 Berlin
Tel: 030-610 764 62 · Fax: 030-610 764 62
mail@aspberlin.de · www.aspberlin.de
www.dasversteckspiel.de

VERSTECKSPIEL

Lifestyle, Symbole & Codes
von Neonazis und extrem Rechten
Überarbeitet und aktualisierte Neuauflage 2013